



BAYERISCHE

GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Zukunftsforum Ländliche Entwicklung in Berlin:

Menschen mit Herz für die Heimat motivieren

„Gemeinsam für den ländlichen Raum“ lautete das Generalthema des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung, das im Rahmen der Internationalen Grünen Woche (IGW) in Berlin durchgeführt wurde. Veranstalter vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, hat sich das Forum mit Eröffnung, Begleitveranstaltungen sowie Abend- und Abschlussveranstaltung inzwischen zum Höhepunkt des nationalen Teils der IGW entwickelt, bei dem Akteure des ländlichen Raums aus Politik, Verwaltung, Institutionen, Verbänden, Wissenschaft und betroffene Personen aus dem ländlichen Raum kommunizieren.

Das Zukunftsforum mit über 1.000 Teilnehmern aus ganz Deutschland stand in engem Zusammenhang mit der Gemeinschaftsschau „Lust aufs Land – gemeinsam für die ländlichen Räume“. Hier wurden die Vielfalt

der ländlichen Regionen, ihre Attraktivität als Wohn- und Arbeitsort sowie ihre Leistungen für die Gesellschaft präsentiert. Unter anderem gab es die typischen Elemente eines Dorfbildes mit Marktplatz, Kirche, Gasthaus, Dorfladen und Landwirtschaft zu sehen. Außerdem wurden verschiedene Möglichkeiten der Daseinsvorsorge und des bürgerschaftlichen Engagements anhand von Beispielen aus der Praxis und Modellversuchen dargestellt.

Ziel der Bundesregierung

„Gemeinsam für den ländlichen Raum – das ist nicht nur das Motto des Zukunftsforums, sondern auch das erklärte Ziel der Bundesregierung“, erklärte Dr. Robert Kloos, Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, bei der Eröffnung. In Vertretung von Bundesminister Hans-Peter Friedrich wies Kloos darauf hin, dass das Ministerium zukünftig als Wirtschaftsministerium für die ländlichen Räume mehr Verantwortung übernehmen wird – „für die ganzheitliche ländliche Entwicklung ebenso wie für die

Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Teller“.

Dem bürgerschaftlichen Engagement kommt beim Leben auf dem Land eine ganz besondere Rolle zu. Daher betonte der Staatssekretär: „Ob in der Nachbarschaftshilfe, im Verein, in der Bürgerinitiative – in unserem vielfältigen Land mit ganz unterschiedlichen ländlichen Räumen ist das bürgerschaftliche Engagement zuhause. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist hier kein Fremdwort, sondern wird täglich gelebt.“ Das Engagement der Bürger in den Dörfern und ländlichen Regionen sei ein wertvoller Schatz, den es gelte, zu hüten und zu pflegen – erst recht angesichts der großen Herausforderungen der Zukunft wie dem demographischen Wandel. Dies sei auch Aufgabe der Politik. „Eine gesunde ländliche Entwicklung kann man nicht per Gesetz verordnen. Eine gesunde ländliche Entwicklung können wir nur erreichen, indem wir Menschen mit Herz für die Heimat motivieren. Der Staat muss hierfür den Rahmen schaffen und gute Ideen anschieben“, machte Kloos deutlich.

Qualitätskriterien

Einer repräsentativen Umfrage von TNS Emnid im Auftrag des BMEL zufolge halten gut zwei Drittel (68 Prozent) der Menschen auch in Zukunft ein Leben auf dem Land für attraktiv. Dafür muss aber auch etwas getan werden: Zu den wichtigsten Maßnahmen gehört nach Ansicht der Befragten, die Natur zu erhalten (80 Prozent). Fast genauso wichtig ist eine gute Infrastruktur für die ge-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Das Engagement der Bürger in den Dörfern und ländlichen Regionen ist ein wertvoller Schatz, den es zu hüten und zu pflegen gilt. Im Freistaat Bayern ist sicherlich manches einfacher als im Rest der Republik. Unser Bild entstand am Ortsende von Berchtesgaden.

Mitgliederversammlung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft:

Krankenhäuser zwischen Qualitätsanspruch und roten Zahlen

Die bayerischen Kliniken blicken gespannt auf die Krankenhausreform der neuen Bundesregierung. Bei der Mitgliederversammlung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) in München forderte deren Vorsitzender, Oberbürgermeister Franz Stumpf, dass die steigenden Kosten eines leistungsfähigen Krankenhauses endlich ausreichend finanziert werden müssen.

„Wir erwarten nicht, dass die individuellen Kosten eines jeden Hauses gedeckt werden. Wohl aber muss die allgemeine Kostenentwicklung wie Tarif- und Preissteigerungen finanziert werden“ so der BKG-Vorsitzende. In seiner Rede, in der er die kranken-

hauspolitischen Elemente des Koalitionsvertrags und seine Auswirkungen auf die bayerischen Kliniken analysierte, machte Stumpf deutlich: „Daran werden wir eine neue Regierung messen. Wenn die Grundregel einer fairen Krankenhausfinanzierung weiterhin missachtet wird, werden wir eine Fortsetzung des unwürdigen Spiels erleben, dass die Krankenhäuser mit Protestaktionen und Hilferufen darum betteln müssen, einen Ausgleich für Lohn- und Sachkostensteigerungen zu erhalten.“

Risiken und Fehleinschätzungen

Die BKG kritisiert die Aussagen zur Krankenhausfinanzierung im Koalitionsvertrag als zu vage und unbestimmt, beurteilt den Koalitionsvertrag insgesamt

aber differenziert. Der Koalitionsvertrag beinhalte für die Krankenhäuser Risiken und Fehleinschätzungen (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

Der Bürgermeister denkt nach über weitere Ideen für (noch!) fehlende Museen und/oder Artefakte, die man konservieren könnte. Ihm geht es nicht nur um nostalgische Reminiszenzen, wenn er vorschlägt, Sinneseindrücke, die man fühlen, sehen, hören, riechen oder schmecken kann, für die Nachwelt zu bewahren. Seite 15

Kommunalforum Alpenraum 2014:

Mehr Energie für die Gemeinden

Am 17. März 2014 geht im Lindner-Innovationszentrum in Kundl die zweite Auflage des „Kommunalforum Alpenraum“ über die Bühne. Die grenzüberschreitende Veranstaltung mit Kommunalvertretern aus Bayern, Tirol, Salzburger Land, Vorarlberg und Südtirol beschäftigt sich mit möglichen Einspar- und Effizienzpotenzialen für die Kommunen. Hochkarätige Experten erörtern die Bedeutung der Energiegewende für die Regionen im Alpenraum und suchen Antworten auf die Frage, welche Energiequellen den Gemeinden in Zukunft zur Verfügung stehen. Die Bandbreite der Best-practice-Beispiele reicht von der Nutzung der Wasserkraft bis zu Smart Communities. Der intensive Austausch unter den Teilnehmern steht bei den Thementischen im Mittelpunkt. Infos unter: www.gemeindezeitung.de.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Bürgerreise in Mittelfrankens polnische Partnerregion

Danzig, die Hafenstadt mit ihren beeindruckenden Bauwerken, die Halbinsel Hela, die Marienburg, das UNESCO-Weltkulturerbe an der Nogat, Ausflüge in die Kaschubische Schweiz oder in den Slowinski-Nationalpark sind die Ziele einer Bürgerreise, die vom 11. bis 17. Mai 2014 in die Woiwodschaft Pommern führt. Während der Reise lernen die Teilnehmer aber nicht nur die touristischen Höhepunkte der Partnerregion des Bezirks Mittelfranken kennen, sondern treffen auch Menschen und Organisationen, die sich für die Regionalpartnerschaft zwischen Mittelfranken und Pommern und für die deutsch-polnischen Beziehungen engagieren. Weitere Informationen unter www.bezirk-mittelfranken.de.

Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth:

Starke Kommunen – starkes Bayern

Die CSU bleibt der Garant für die Eigenstaatlichkeit Bayerns und für handlungsfähige Kommunen, betonte Horst Seehofer bei der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion im oberbayerischen Wildbad Kreuth. Dies gelte gerade auch im Hinblick auf Europa. Nur die CSU vertrete Bayerns Interessen auf allen politischen Ebenen. Schwerpunkt bei der Klausurtagung war das Thema Kommunalpolitik. Dazu verabschiedeten die CSU-Landtagsabgeordneten nach Diskussionen mit den Vorsitzenden der kommunalen Spitzenverbände einstimmig die Resolution „Starke Kommunen – Starkes Bayern“.

Wie CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer hervorhob, „geht von Kreuth ein klares Signal der Unterstützung für die Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke aus“. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer ergänzte: „Die CSU ist die lebendigste und modernste Volkspartei in Europa. Wir haben das Vertrauen der Bayern. Das ist unser klarer Arbeitsauftrag: den bayerischen Erfolgsweg weiter gehen. Mit einem starken Ergebnis bei den Kommunalwahlen wollen wir unsere Koalition mit den Bürgern bekräftigen.“

Rekordsumme im Finanzausgleich

„Kein deutsches Land fördert die Kommunen besser als wir“, heißt es in dem Positionspapier. Bayern will seine Kommunen 2014 mit einer Rekordsumme von 8,04 Mrd. Euro im Kommunalen Finanzausgleich unterstützen. Gleichzeitig setze sich der Freistaat im Zusammenspiel mit der CSU-Landesgruppe und der Bayerischen Staatsregierung auch auf Bundesebene für Bayerns Kommunen ein – mit Erfolg: Auf Initiative von Ministerpräsident Horst Seehofer und auf Druck der gesamten CSU entlaste der Bund die Kommunen von den Kosten für die Grundsicherung im Alter. Damit sparen die Kommunen derzeit bayernweit pro Jahr rund 550 Mio. Euro.

11-Punkte-Programm

„Auch haben wir uns im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene erfolgreich für die Schaffung eines Bundesleistungsgesetzes eingesetzt, durch das die Kommunen bei den Kosten der Eingliederungshilfe in den nächsten Jahren massiv entlastet werden“, heißt es weiter. Bis zum Inkrafttreten des Bundesleistungsgesetzes werde der Bund ab dem Jahr 2015 übergangsweise insgesamt 1 Mrd. Euro jährlich übernehmen, was für die bayerischen Kommunen eine Entlastung von etwa 150 Mio. Euro pro Jahr bedeute.

Mit folgenden elf Punkten will die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag in dieser Legislaturperiode „im Rahmen der jeweiligen haushaltsmäßigen Möglichkeiten“ die Kommunen für eine erfolgreiche und lebenswerte Zukunft stärken:

1. In jeder Kommune sollen ausreichend öffentliche Finanzen zur Verfügung stehen.

Auf Bundesebene setzt sich die CSU für weitere Finanzmittel für Bayerns Kommunen ein. Profitieren sollen sie beispielsweise durch die Reform des Länderfinanzausgleichs. „Wir wollen, dass bayerisches Steuergeld nicht verfehlte Politik in Berlin oder Bremen ausgleichen muss, sondern dass es – neben dem Schuldenabbau – den bayerischen Kommunen zugute kommt.“

2. In jeder Kommune sollen die Schülerinnen und Schüler auch weiterhin bestmögliche Bildungsangebote erhalten.

Die wohnortnahe Schule soll erhalten werden. „Während andere deutsche Länder Grundschulen in der Fläche schließen, werden wir die wohnortnahe Grundschule erhalten und unser Schulnetz bedarfsgerecht weiter ausbauen.“

3. In jeder Kommune sollen Familien noch leichter zwischen bestmöglichen Betreuungsangeboten für ihre Kinder wählen können.

Bis 2018 soll es in allen Schularten für jede Schülerin und jeden Schüler bis 14 Jahre ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot geben. Bereits heute werde auf Initiative der CSU-Fraktion im Staatshaushalt genügend Geld zur Verfügung gestellt, damit jeder bewilligungsfähige Antrag auf Einrichtung eines Ganztagsangebotes auch genehmigt werden kann. Mit einem bayerischen Sonderinvestitionsprogramm habe man bereits so viel Geld wie kein anderes deutsches Land in den nächsten Jahren massiv investiert und damit zur Verbesserung von familien- und kindergerechten Lebensbedingungen im ländlichen und städtischen Raum beigetragen. Parallel zum rasanten Ausbau der Kinderbetreuung setze man aber gleichzeitig auf die wei-

tere Verbesserung der Betreuungsqualität.

4. In jeder Kommune sollen Menschen ein selbstbestimmtes Leben im Alter führen.

Um bei einer älter werdenden Gesellschaft die Lebensqualität und ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu sichern, müssten vor Ort altersgerechte, d. h. gerade auch barrierefreie Wohnformen vermehrt geschaffen werden: Mehrgenerationenhäuser und Gruppenwohnungen in Haus- und Wohngemeinschaften mit integrierten Pflegewohnplätzen ermöglichten die Einbindung in eine lebendige, generationenübergreifende Nachbarschaft und garantierten bedarfsgerechte Unterstützung. Darüber hinaus fördere die CSU den Aufbau von Sozialgenossenschaften, die ein wichtiger Baustein für eine neue Verantwortungsgemeinschaft von Bürger und Staat sind. Bis zu 30.000 Euro stelle man pro Neugründung gleichwertiger Lebensverhältnisse und zur Bewältigung des wirtschaftsstrukturellen und demografischen Wandels sollen verstärkt werden. Dies gelte insbesondere für die Aktivierung von Brachflächen und die barrierefreie Umgestaltung der Stadt- und Ortszentren.

8. In jeder Kommune sollen wichtige Entscheidungen vor Ort getroffen werden.

Bayern soll dezentraler werden. Öffentliche Aufgaben sollen nicht auf eine größere Einheit verlagert werden, wenn sie von der kleineren Einheit genauso gut erfüllt werden können. Dadurch mache man die Verwaltung schlanker, bürgerfreundlicher, effektiver und unbürokratischer. Im Rahmen der CSU-Initiative zum Bürokratienabbau würden zudem im Interesse der Kommunen die zahlreichen Förderprogramme und -verfahren des Freistaates künftig noch stärker in den Blick genommen und auf Deregulierungs-, Vereinfachungs- und Beschleunigungsmöglichkeiten hin überprüft.

Auch Europa müsse sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentrieren, in denen ein gemeinsames Handeln der Europäer notwendig ist. Brüssel dürfe sich nicht in Belange einmischen, die Mitgliedsstaaten, Länder und Kommunen selbst regeln können. Außerdem sollen falsche Anreize zur Zuwanderung verringert werden. In Zusammenarbeit mit der nationalen wie europäischen Ebene werden Lösungen zur Verhinderung von Sozialleistungsmissbrauch angestrebt.

9. In jeder Kommune müssen die Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin in Sicherheit leben können.

Damit öffentliche Sicherheit und Ordnung auch weiterhin gewährleistet werden können, setzt sich die CSU für eine verstärkte Polizeipräsenz an lokalen Brennpunkten ein. Mit einer großangelegten Informationskampagne der Polizei würden die Bürgerinnen und Bürger informiert, wie sie sich vor Einbrechern schützen können. Auch werde am Einsatz von Videokameras festgehalten, um auftretende Kriminalitätsschwerpunkte wirksam bekämpfen zu können. Zudem sollen im Zuge der Fortentwicklung der Bayerischen Integrationspolitik Menschen mit Migrationshintergrund verstärkt für ehrenamtliches Engagement – auch im Bereich des Katastrophenschutzes – gewonnen werden. Zudem werde man prüfen, ob bei der Verlängerung der Sperrzeit und dem Verbot von Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen nachgebessert werden muss, um den Kommunen eine rechtssichere Handhabung zu ermöglichen.

10. In jeder Kommune sollen die Menschen am kulturellen

Stauzeiten oder Verspätungen bei Bus/Bahn mit einberechnet und somit insgesamt verringert.

7. In jeder Kommune soll das Wohnen bezahlbar sein.

Wichtig sei die Bereitstellung von Bauland und von innerörtlichen Flächen für den Wohnungsbau. „Wir werden mit einem Investitionsprogramm für bezahlbaren Wohnraum auch die Ballungsräume unterstützen. 2014 wollen wir 260 Mio. Euro für die Wohnraumbeförderung zur Verfügung stellen. Gleichzeitig wollen wir mit neuen und bewährten Eigentumsmodellen erreichen, dass noch mehr Menschen in Bayern, gerade auch junge Familien mit Kindern, vor Ort Wohneigentum erwerben können.“

So soll beispielsweise das „Einheimischenmodell“ um weitere sinnvolle Modelle ergänzt werden. Darüber hinaus ist daran gedacht, mit Genossenschaftsmodellen vermehrt bezahlbaren Wohnraum vor Ort gerade für Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen zu schaffen. Die Impulse der Ausweitung der Städtebauförderung zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und zur Bewältigung des wirtschaftsstrukturellen und demografischen Wandels sollen verstärkt werden. Dies gelte insbesondere für die Aktivierung von Brachflächen und die barrierefreie Umgestaltung der Stadt- und Ortszentren.

11. In jeder Kommune müssen Angebote ambulanter und stationärer Versorgung wohnortnah erreichbar sein.

„Wir werden mit einem eigenen bayerischen Präventionsplan der Vorsorge einen noch deutlich

Bürgermeister des Jahres gesucht

Preis würdigt besondere Verdienste
Bewerbungsfrist: 14. Februar 2014

Bürger in Oberbayern, Niederbayern und Schwaben haben bis zum 14. Februar 2014 Gelegenheit, ihre Bürgermeister für den Titel „Bürgermeister des Jahres“ vorzuschlagen. Ausgelobt wird der Preis von der LKC Rechtsanwalts-gesellschaft in der LKC Gruppe, einer Kanzlei für Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung und Recht mit Hauptsitz in Grünwald.

„Mit dem Preis soll das Engagement, die Kreativität und Verantwortung von Bürgermeistern gegenüber nachfolgenden Generationen Wertschätzung und Aufmerksamkeit erfahren sowie anderen Kommunen als Vorbild dienen“, sagt Dr. Stefan Detig, Kommunalexperte bei LKC. Die LKC Gruppe ist Mitglied bei HLB Deutschland, einem Netzwerk von unabhängigen und selbstständigen Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften.

Vergeben wird der Preis in drei Kategorien: innovative Energieprojekte, neue Finanzierungsmodelle/EU-Beihilferecht und Besteuerung der öffentlichen Hand. Sonderpreise für herausragende Projekte, die nicht in diese Kategorien fallen, sind möglich. Als Sachpreise winken rechtliche und steuerliche Beratungsleistungen für eine örtliche gemeinnützige Einrichtung in Höhe von je 2.000 Euro. Geehrt werden neben den Bürgermeistern zugleich die Stadt- und Gemeinderäte und die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter ohne die diese Projekte nicht beschlossen und erfolgreich durchgeführt werden könnten.

Nominierungen sind durch Bürger, Stadt- und Gemeinderatsmitglieder, Verwaltungsmitarbeiter und die Bürgermeister selbst möglich. Der Nominierung beiliegen muss eine rund zweiseitige Projektbeschreibung, die von einer kommunalwirtschaftlich und -politisch erfahrenen Jury bewertet wird.

Weitere Informationen im Internet: www.lkc.de/bgmdj.

Reichtum Bayerns teilhaben können.

Mit der von der CSU-Fraktion initiierten 2. Säule des Kulturkonzepts werden weitere 26 Mio. Euro in die ganze Breite der Kultur überall im Land investiert. „Die nichtstaatlichen Orchester, Theater und Museen werden davon ebenso profitieren wie die Musik- und Jugendkunstschulen, die Laienmusikverbände, die Museums-pädagogik und die Kinder- und Jugendliteratur.“

11. In jeder Kommune müssen Angebote ambulanter und stationärer Versorgung wohnortnah erreichbar sein.

„Wir werden mit einem eigenen bayerischen Präventionsplan der Vorsorge einen noch deutlich

größeren Stellenwert geben als bisher. Darüber hinaus werden wir die gute Gesundheitsversorgung überall im Land, aber insbesondere in ländlichen Räumen fördern.“ Es sollen Anreize zur Niederlassung von Ärzten auf dem Land gegeben werden. Auch solle der Bund eine zukunfts-gerechte Krankenhausvergütung gewährleisten. Bayern mache hierbei seine Hausaufgaben und investiere weiter in eine optimale Krankenhausversorgung. „Für das Jahr 2014 werden wir voraussichtlich in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden erneut Mittel in Höhe von 500 Mio. Euro für Bauvorhaben im Krankenhausbereich zur Verfügung stellen.“

DK

Landtagsauftakt 2014:

Bayern soll ein starkes Land bleiben

Seehofer steht zur Verlagerung der Entscheidungen auf Kommunen und Bürger

Der Landtagsauftakt zur 17. Wahlperiode des Bayernparlaments steht nach den traditionellen Klausuren der vier Fraktionen weitgehend im Zeichen widersprüchlicher oder unausgeglichener Tendenzen im Bund und in der Europäischen Gemeinschaft. Ministerpräsident Horst Seehofer hat die Arbeit mit fast einhelliger Zustimmung seiner CSU-Fraktion unter das Motto gestellt, „Bayern ist ein starkes Land“. Das gelte daheim wie in Berlin und Brüssel. In diesem Sinne werde die Staatsregierung vor allem in die anstehenden Aufgaben gehen und im Sinne der bayerischen Bürgerinnen und Bürger sowie in einer von oben nach unten verlagerten Zuständigkeit lösen.

Es geht um die Energiewende, um Bildung und Ausbildung vom Kindergarten bis zur Hochschule und um Landesentwicklung im Sinne der Balance zwischen Stadt und Land. Nicht aktuelle Umfragen, welche die CSU nach 47,7 Prozent in der Landtagswahl vom 15. September letzten Jahres aktuell nahe 50 Prozent sehen, sondern die Wählerstimmen in der Kommunalwahl am 16. März dieses Jahres und in der Neuwahl des EU-Parlaments am 25. Mai in Deutschland seien entscheidend. Neben Staats- und Bundesregierung wird die CSU nach Parteibeschluss bei der Europawahl von ihrer bewährten Mannschaft unter Leitung von Markus Ferber als Spitzenkandidat vertreten.

Subsidiaritätsprinzip

Im Sinne der Zuständigkeitsverlagerungen von Ministerien und Bezirksregierungen nach unten will die CSU Stadt- und Gemeinderäte gemeinsam mit örtlichen Sachzusammenschlüssen der Kommunen sowie örtlichen Wirtschafts- und Entwicklungs-

organisationen stärker zu Wort kommen lassen. Seehofer hatte in seiner Regierungserklärung am 12. November bereits die Möglichkeit von Volksbefragungen zu landespolitischen Themen in Aussicht gestellt. Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer sicherte dem Regierungschef nach der Kreuther Klausur die volle Zusammenarbeit und Diskussionsbereitschaft der Mehrheitsfraktion zu. Der Opposition bot er sachliche Gespräche an.

Volksbefragungen

Davon machte die SPD, mit 20,6 Prozent zweitstärkste Partei, prompt Gebrauch. Fraktionschef Markus Rinderspacher hatte auf der Klausur in Kloster Irsee zwar in Einzelfragen unabhängig von der schwarz-roten Berliner Koalition gegebenenfalls harte Auseinandersetzungen mit Staatsregierung und CSU angekündigt, griff aber die Volksbefragung bereits diese Woche im Plenum auf. In der letzten Legislaturperiode habe die CSU entsprechende Initiativen (Fortsetzung nächste Seite)

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Deusel
96170 Lisberg
am 30.1.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Hümmer
97258 Oberkelsheim
am 3.2.

Landrat Alfred Reisinger
94315 Straubing
am 4.2.

Bürgermeister Franz Pestenhofer
93189 Reichenbach
am 10.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Otto Völk
86420 Diedorf
am 5.2.

Bürgermeister Bruno Schmidt
91244 Reichenschwand
am 8.2.

Bürgermeister Johann Pollinger
93155 Hemau
am 11.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Günther Rögner
91238 Engelthal
am 11.2.

Bürgermeister Helmut Kirmeier
84431 Heldenstein
am 30.1.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Werner Roder
95519 Vorbach
am 4.2.

Bürgermeister
Joachim Federsmidt
am 5.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Dollacker
92266 Ens Dorf
am 2.2.

Bürgermeister
Franz Ehgartner
84419 Obertaufkirchen
am 2.2.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

1. Deutscher Pfl egetag:

Überfällige Reformen

Gemeinsames Positionspapier von Pfl egerat, Pfl egekassen und Kommunen

Sowohl professionell Pfl egende als auch viele pfl egende Angehörige stehen an ihrem Belastungslimit und warten auf überfällige Reformen. Mit der neuen Legislaturperiode richten sich alle Augen erwartungsvoll auf die große Koalition. Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe eröffnete in Vertretung von Kanzlerin Dr. Angela Merkel den Deutschen Pfl egetag in Berlin. Sein Kommen deutete die Branche als Signal, dass die Pfl ege endlich zum Topthema der Politik geworden ist. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund unterstützte als Kooperationspartner des Deutschen Pfl egetages die Veranstaltung.

In seiner Rede hob Minister Gröhe besonders die Bedeutung aber auch den anstehenden Handlungsbedarf in der Pfl ege hervor. Zurzeit sind in Deutschland rund 2,5 Millionen Menschen auf Pfl ege angewiesen. Diese Zahl wird sich Schätzungen zufolge bis zum Jahr 2030 um eine Million vergrößern. Damit werden dann in eineinhalb Jahrzehnten bereits 3,5 Millionen Menschen auf pfl egerische Hilfe angewiesen sein.

Schwerpunktthema der Bundesregierung

Angesichts der aktuellen Herausforderungen und vor dem Hintergrund der weiteren Folgen des demografischen Wandels hat die Bundesregierung die Pfl ege zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht: „Für die Verbesserungen in der Pfl ege werden wir in dieser Legislaturperiode stufenweise insgesamt sechs Milliarden Euro mehr zur Verfügung stellen. Das ist eine gute Nachricht für Pfl egekräfte – genauso wie für Menschen, die Pfl ege brauchen und ihre pfl egenden Angehörigen“, stellte Gröhe fest. „Es muss zügig ein Gesetzgebungsverfahren zum neuen Pfl egebedürftigkeitsbegriff eingeleitet werden“, betonte der Präsident des Deutschen Pfl egerats, Andreas Westerfellhaus. Er warnte: „Jede Reform wird ein Flop, wenn nicht in erster Linie geklärt ist, woher die professionell Pfl egenden kommen, wie sie zu qualifizieren sind, wie wir sie im Beruf halten wollen und welche Aufgaben sie übernehmen sollen.“ Westerfellhaus forderte einen Nationalen Aktionsplan für die Pfl egenden, der neben einem Berufsgesetz auch die Festlegung

von Personalmindestmengen in Krankenhäusern und Pfl egeheimen beinhalten sollte.

Versorgungslücke

So prognostizierte jüngst die Bertelsmann Stiftung im Pfl ege-report 2030 eine Versorgungslücke von rund einer halben Million Vollzeitkräfte und forderte vor allem die Kommunen zum Handeln auf. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) nehme die Herausforderung an: „So wie wir jetzt versuchen, in einem Kraftakt ein kinderfreundliches Land zu werden und die Kitaplätze in den letzten Jahren immens ausgebaut haben, werden wir uns auf die alternde Gesellschaft vorbereiten müssen. Bereits bei der Stadtplanung müssen die zukünftig erforderlichen häuslichen Versorgungsdienste, ambulante Pfl egeeinrichtungen und ein vernetztes Hilfesystem im Sozialraum bedacht und berücksichtigt werden“, unterstrich Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied im DStGB. DPR-Präsident Westerfellhaus erklärte, dass alle Akteure gemeinsam ganzheitliche Konzepte entwickeln müssen.

Pfl ege geht alle an: Deshalb forderten auf dem Deutschen Pfl egetag Pfl egekassen und Leistungserbringer gemeinsam, jetzt die richtigen Weichen zu stellen. „Alle, die Verantwortung für die Strukturen der Pfl ege tragen, müssen einen Beitrag zu ihrer zukunftsfähigen Gestaltung leisten – Gesetzliche Kranken- und Pfl egeversicherung, Pfl egeberufe, Bund, Länder und Kommunen sowie Einrichtungsträger“, heißt es in einem gemeinsamen Positionspapier von AOK-Bundesver-

band, Deutschem Städte- und Gemeindebund sowie dem Deutschen Pfl egerat. Die Organisationen forderten, die Pfl ege ins Zentrum der gesellschaftlichen Diskussion zu rücken und sie als Beruf attraktiver zu machen, die Pfl egebedürftigkeit neu zu definieren, die Qualität in der Pfl ege zu fördern sowie Pfl ege mitten im Leben zu gestalten.

Selbstbestimmtes Leben

Die künftige Pfl egepolitik müsse auf die Weiterentwicklung von Strukturen ausgerichtet sein, die den Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben zu Hause ermöglichen. Dafür seien bestehende Wohnangebote bedarfsgerecht auszubauen und wohnortnahe Beratungs- und Dienstleistungsstrukturen so zu gestalten, dass sie ein altersgerechtes Umfeld bieten und soziale Kontakte fördern.

Alternativen zur häuslichen Pfl ege wie Wohngemeinschaften, Generationenwohnen, kleine stationäre Einrichtungen und betreutes Wohnen müssten ebenso weiterentwickelt werden wie sinnvolle technische Unterstützungssysteme. Neue Versorgungskonzepte seien erforderlich, um dem Fachkräftemangel und dem abnehmenden familiären und ehrenamtlichen Pfl egepotenzial zu begegnen. Notwendig seien lokale gemeinwesenorientierte Wohn- und Assistenzangebote mit einem Hilfe-Mix aus Familien, Nachbarschaft, bürgerschaftlichem Engagement, kommunalen und professionellen Dienstleistern. Zudem wurde gefordert, die Rahmenbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie (bezogen auf Erziehung und Pfl ege) weiter auszubauen. **DK**

Bezirkskrankenhäuser spüren den demographischen Wandel

Symposium in Schloss Werneck: „Altersmedizin in Verantwortung des Bezirks“

Werneck. (mm) Es war natürlich reiner Zufall, dass der Bezirk Unterfranken genau einen Tag vor dem G8-Gipfel zum Thema Demenz in London zu einem Symposium unter der Überschrift „Altersmedizin in Verantwortung des Bezirk Unterfranken“ ins Bezirkskrankenhaus Schloss Werneck lud. Aber dennoch zeigte sich daran die weltweite Brisanz des Themas!

Die Gesellschaft werde immer älter „und damit kommen gewaltige Probleme auf uns zu“, betonte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel in seiner Begrüßung den Zusammenhang zwischen steigender Lebenserwartung und altersbedingten Erkrankungen. In knapp 30 Jahren werde die Hälfte



Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel.

aller Deutschen älter als fünfzig sein, sagte Dotzel. Für die meisten sei der Lebensabend mit allerlei Unbill verbunden, mit kleineren oder größeren Gebrechen und oft auch mit schweren Krankheiten, wie etwa Altersdemenz oder Altersdepression.

Deutlich zu spüren sei diese Entwicklung in den beiden psy-

Kolumne Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

bei meinen bisherigen Kolumnen habe ich bereits versucht, den Blick über Oberbayern hinaus zu richten und Themen aufzugreifen, die alle bayerischen Bezirke beschäftigen. Am 6. Dezember 2013 wurde ich zum Bezirkstagspräsidenten gewählt und somit ist es für mich nun eine selbstverständliche Notwendigkeit, diese übergeordnete Perspektive einzunehmen.

Ich freue mich über die neue, zusätzliche Aufgabe und vor allem auch über den Zeitpunkt: Die von meinem verdienten Vorgänger Manfred Hölzlein initiierte, beinahe zeitgleiche Umbenennung des Verbands der bayerischen Bezirke



Vertrag steht, sondern in konkrete Gesetzestexte gegossen ist! Für mich bedeutet das Bundesleistungsgesetz nämlich nicht nur eine finanzielle Entlastung der Kommunen, sondern das Herausholen der Menschen mit Behinderungen aus der Sozialhilfe und damit zur wirklichen Teilhabe. Skeptisch macht mich allerdings die Ergänzung im Koalitionsvertrag, dass die Bund-Länder-Finanzbeziehungen in ein Bundesleistungsgesetz einbezogen werden sollen. Wir müssen wachsam sein, dass am Ende der Bund wirklich mit im Boot sitzt und nicht nur das Land, denn das wäre aus kommunaler Sicht nur ein unbefriedigender Etappensieg; damit hätten wir nur eines von zwei Zielen erreicht.

Wenn ich auf Seite 110 des Vertrags lese „nicht über uns ohne uns“, dann geht es in die richtige Richtung. Auch auf Bezirke-Ebene müssen wir noch stärker mit Betroffenen – und Angehörigenvertretern zusammenarbeiten. Diese Vorhaben treffen bei den bayerischen Bezirken auf offene Ohren und geben uns Rückenwind.

Ein zweites Herzensanliegen neben der Eingliederungshilfe ist mir persönlich die Hilfe zur Pfl ege. Hier darf es kein „Weiter so!“ geben. Wir wissen alle, dass es immer mehr alte und damit auch immer mehr pfl egebedürftige Menschen geben wird und können die Augen davor nicht verschließen. Es geht um die Qualität der Pfl ege, die ganz eindeutig von der Attraktivität des Berufsbildes abhängt, also von angemessener Bezahlung und besseren Pfl egeschlüsseln. Das müssen und das können wir uns auch leisten! In diesem Punkt haben wir auch die Bevölkerung und sicherlich auch unsere Umlagezahler hinter uns. Die aktuelle Anpassung der Pfl egeschlüssel, die auch auf Initiative der Bezirke zustande kam, ist da ein erster Schritt. Allerdings wird dies nicht genügen: Eine Neufassung des Pfl egebedürftigkeitsbegriffs und natürlich auch eine Anpassung der Leistungen der Pfl egeversicherungen sind überfällig.

Ihr Josef Mederer

Bezirkstagspräsident von Oberbayern
Präsident des Bayerischen Bezirkstags

Was bedeutet Pfl egebedürftigkeit?

in Bayerischer Bezirkstag ist ein idealer Aufhänger, um unserer Dachorganisation nach außen ein neues Profil zu geben. Der Bezirkstag hat nicht nur einen neuen Namen, sondern auch ein neues Gesicht bekommen – mit einem neuen Logo und neuem optischen Erscheinungsbild, aber auch mit einem neuen Präsidenten. Mein Ziel ist es, dass sich der Bezirkstag zukünftig lauter und häufiger zu politischen und gesellschaftlichen Themen äußern und damit im Quartett der bayerischen kommunalen Spitzenverbände hörbarer und sichtbarer wird. Unsere Partnerverbände Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag haben diesen beherzten Schritt in die Öffentlichkeit bereits vollzogen.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt unserer Arbeit in der nächsten Zeit liegt dabei auf der Hand: Nie zuvor war die Einführung eines Bundesleistungsgesetzes für die Eingliederungshilfe so in Reichweite wie jetzt! In den Koalitionsvertrag wurde dieses Vorhaben aufgenommen und bei der Klausurtagung in Kreuth von Seiten der CSU noch einmal bestärkt. Bravo! Wir Bezirke werden nicht locker lassen, bis dieses Thema nicht nur als vage Absichtserklärung in einem

Bayern soll ...

(Fortsetzung von Seite 2)
ven noch zurückgewiesen. In erster Lesung wurde der SPD-Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswahlgesetzes durch Einführung der Volksbefragung zu landespolitischen Themen erörtert. Die jeweils nur mit Ja oder Nein zu beantwortenden Fragen sollten von einem Fünftel des Landtags initiiert werden. Man müsse aber sehr sorgfältig damit umgehen. Rinderspacher rechnet mit vier bis fünf Befragungen pro Legislaturperiode. Aktuell wäre über die Windenergie zu entscheiden. Hier habe der Ministerpräsident aber eine Kehrtwende vollzogen. Es gehe um etwa 1.500 Windräder. Rinderspacher erwartet in den Ausschussberatungen Alternativanträge der Fraktionen.

Für die Grünen (9,4 Prozent) haben Fraktionschefin Margarete Bause und Landesvorsitzende Sigi Hagl zwar ebenfalls die Volksbefragungen begrüßt; sie sehen jedoch in Seehofers Änderung bei der Abstandsregelung von Windrädern wie überhaupt in der Förderung erneuerbarer Energien eine völlige Abkehr von den im Bundeskabinett gerade beschlossenen Änderungen im Sinn von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) bei der Bezuschussung erneuerbarer Energien. Das Konzept, im nächsten Jahrzehnt weitgehend aus der Kernenergie auszustiegen, werde ihrer Auffassung nach aufgegeben. Die Grünen wollen an ihrer bisherigen Politik festhalten. Die Zu-

sammenarbeit mit der SPD wurde bedingt erklärt. Als gemeinsamen Sprecher der Opposition möchte Bause Rinderspacher nicht anerkennen.

Positive Zusammenarbeit

Auch die Freien Wähler (9,4 Prozent) zeigten sich in ihrer Klausur zu positiver Zusammenarbeit mit der CSU bereit. Sie stützen sich, so Vorsitzender Hubert Aiwanger, Bernhard Pohl und Michael Piazolo auf ihre kommunale Basis, über die sie bereits erfolgreiche Volksbegehren mit Gesetzeswirkung durchführten. Eine Einheitsfront der Opposition lehnten sie ab, wie sie grundsätzlich auch eine Koalition mit der Union nicht ausschließen.

Zur finanziellen Situation aller Programme und Planungen teilte Finanzminister Markus Söder mit, die vorerst weiter zu erwartenden Steuermehreinnahmen ermöglichten die Schwerpunktsetzungen von Staatsregierung und CSU-Fraktion. Demografisch strukturschwache Gemeinden könnten mit rund 100 Millionen Euro Stabilisierungshilfe rechnen. Für die von Kommunen und Wirtschaft als entscheidend erachtete Breitbandförderung seien in den kommenden Jahren 1,5 Milliarden Euro eingeplant. Gemeinden mit vielen Ortsteilen könnten mit Hilfe bis zu 90 Prozent ihrer Kosten rechnen. Der Fördertopf sei schon jetzt mit 500 Millionen Euro gefüllt. **mm**

wirklichkeit auf den gerontopsychiatrischen Stationen der Bezirkskrankenhäuser gab Marianne Schaffarczyk. Sehr am Herzen lag der Pfl egedirektorin aus Lohr am Main die individuelle Analyse: „Jeder Patient bringt seine Biographie mit!“ Aufgabe des medizinischen Personals sei es daher, „das Erleben der Patienten herauszufinden“. Ihr engagiert vorgetragenes Referat beendete Schaffarczyk mit dem Appell an die Zuhörer: „Lassen Sie uns dafür eintreten, das hohe Niveau in den Bezirkskrankenhäusern zu erhalten!“

Somatisierung der Geronto-Psychiatrie

Dr. Dominikus Bönsch, Ärztlicher Direktor des Krankenhauses für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin in Lohr am Main, fächerte das breite Spektrum altersbedingter Erkrankungen auf, zu denen er nicht nur Alzheimer, sondern alle Formen der Demenz sowie Depression, Delir, Wahn sowie Anpassungs- und Belastungsstörungen zählte, wie sie mit den Jahren auf viele Menschen zukommen. Insbesondere die Altersdepression sei eine sehr häufige Erkrankung: Zehn bis zwanzig Prozent der Senioren seien davon betroffen, und in Heimen liege dieser Wert sogar über dreißig Prozent.

Darüber hinaus registrierte Bönsch eine „Somatisierung der Geronto-Psychiatrie“. Damit meinte der Mediziner die Tendenz, dass immer mehr körperlich kranke Patienten in psychiatrische Krankenhäuser eingelie-

fert werden, weil sie auch seelisch krank sind. Von einem „riesigen Problem“ sprach Bönsch im Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen, die durch den Missbrauch von Schmerzmitteln ausgelöst werden. Aber auch Suchterkrankungen würden zunehmend zu einer Aufgabe der Geronto-Psychiatrie: „Sechzigjährige Drogenabhängige sind keine Seltenheit mehr!“

Trotz der vorhandenen großen Kapazitäten seien beide Bezirkskrankenhäuser oft überbelegt, stellte Prof. Hans-Peter Volz fest. Eine Lösung dieses Problems sah der Ärztliche Direktor des Krankenhauses für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin in Schloss Werneck zum einen in einer Neustrukturierung und zum anderen in einer Optimierung der vorhandenen Kapazitäten. Manches lasse sich ganz einfach bewerkstelligen, sagte er. So habe man zum Beispiel mit so genannten Kindersicherungen die Steckdosen verschlossen. Anderes sei zwar wünschenswert, aber nicht realisierbar. Von Bedeutung sei aber in jedem Fall, alle Mitarbeiter „mitzunehmen“. Die Analysen und deren Umsetzung seien in Gruppenarbeit entstanden, und nun stehe zum Abschluss eine Mitarbeiterbefragung auf der Agenda.

Soweit waren unterdessen in London die Vertreter der acht wichtigsten Industrieländer noch nicht. Aber immerhin: auch weltweit haben die Experten die gesellschaftliche Brisanz der Alterskrankheiten erkannt. Der britische Premierminister David Cameron erklärte im Vorfeld des G8-Gipfels, sich rasch politisch und medizinisch mit der Volkskrankheit Demenz zu befassen. In Unterfranken ist man derweil schon dabei, Lösungsansätze umzusetzen. **□**

Statistisches Jahrbuch 2013

Gemeinsam mit der neuen Präsidentin des statistischen Landesamts, Marion Frisch, hat Staatsminister Joachim Herrmann das Statistische Jahrbuch 2013 vorgestellt.

Bayern bleibt ungebrochen attraktiv. Allein zwischen Mai 2011 und Juni 2013 ist die Einwohnerzahl um mehr als 150.000 Personen gestiegen. Dabei gewann der Freistaat allein durch Zuzüge aus den übrigen Bundesländern 30.734 Einwohner. Das entspricht in etwa der Einwohnerzahl der Großen Kreisstadt Forchheim in Oberfranken. Und

das obwohl der Saldo aus Geburten und Sterbefällen zwischen Mai 2011 und Juni 2013 mit minus 45.523 negativ war.

Herrmann betonte, dass die Anziehungskraft Bayerns aber weit über das Bundesgebiet hinaus reiche. Es zogen in diesem Zeitraum 146.608 Personen mehr nach Bayern zu als weg, davon mehr als 80 Prozent

aus der Europäischen Union.

Noch schneller als die Einwohnerzahl ist in den letzten 40 Jahren der Autoverkehr in Bayern gewachsen. Waren 1970 nur 3,14 Millionen Kraftfahrzeuge auf Bayerns Straßen unterwegs - nicht einmal jeder dritte Einwohner hatte ein Auto - nähern wir uns 2013 bei aktuell 9,1 Millionen Kraftfahrzeugen mit großen Schritten der 10 Millionen-Marke. Mittlerweile besitzt nur noch jeder vierte Einwohner kein Kraftfahrzeug. Das hat Konsequenzen für das bayerische Straßennetz. Die Investitionen in die Autobahnen sowie Bundes- und Staatsstraßen haben sich von 2000 bis 2012 um mehr als die Hälfte auf fast 1,5 Milliarden Euro erhöht. Von insgesamt 250 Millionen Euro für die Staatsstraßen wurden 2012 allein 222 Millionen direkt für die Erhaltung sowie den Um- und Ausbau des Straßennetzes eingesetzt.

Verkehrssicherheit

Diese Investitionen sind auch im Hinblick auf die Verkehrssicherheit gut angelegtes Geld. So ist die Zahl der verunglückten Verkehrsteilnehmer seit 2000 um 20 Prozent auf rund 70.000 zurück gegangen. Getötet wurden 2012 662 Menschen, die niedrigste Zahl seit 1953 - leider aber noch immer

zu viele. Mit dem Verkehrssicherheitsprogramm „Bayern mobil - sicher ans Ziel“ soll die Zahl der Toten im Straßenverkehr bis 2020 gegenüber 2011 um 30 Prozent reduziert und die Zahl der schweren Unfälle insgesamt verringert werden.

Luft- und Schienenverkehr

Um fast zwei Drittel gestiegen ist zwischen 2000 und 2012 auch die Zahl der Flugpassagiere. Passierten im Jahr 2000 noch 26,2 Millionen Reisende die bayerischen Flughäfen, stieg das Fluggastaufkommen 2012 auf 42,8 Millionen Reisende. Der Luftverkehr ist für die Standortqualität der bayerischen Wirtschaft und für den Tourismus von großer Bedeutung. Ebenso Verkehrsträger mit Zukunft ist auch die Schiene. Das bayerische Schienennetz weist zwischenzeitlich beachtliche 6.310 Kilometer aus, fast so weit wie von München nach New York. 2012 wurden auf der Schiene fast 53 Millionen Tonnen Güter transportiert, 15 Prozent mehr als 2005 mit 46 Millionen Tonnen.

Bezugsmöglichkeiten

Das Statistische Jahrbuch für Bayern 2013 kann als Druckversion für 39 Euro oder als CD-ROM für 12 Euro beim Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung erworben werden. □

Menschen mit Herz für ...

(Fortsetzung von Seite 1)
sundheiliche Versorgung (78 Prozent) sowie erreichbare Bildungs- und Betreuungsangebote (68 Prozent). Etwa jeder zweite hält Investitionen in die Infrastruktur für erforderlich.

Auf 21 Begleitveranstaltungen, darunter die Themen „Segel oder Anker setzen? – Wo Kirche im Dorf konkret wird, „Allianzen pro Frauen: gemeinsam Zukunft gestalten! Erwerbs- und Beteiligungsmöglichkeiten für Frauen im ländlichen Raum“, „Kultur als Entwicklungsfaktor in ländlichen Räumen“, „Herausforderungen beim Start der ELER-Förderperiode 2014 bis 2020“, „Wettbewerb ‚Menschen und Erfolge‘ – Ländliche Infrastruktur aktiv gestalten“, „Unfall-Rettung im Ländlichen Raum – neue Chance durch die neuen Medien?“ und „Der Lern- und Erlebnisort Bauernhof – ein Erfolgsmodell in Bayern“, präsentierten sich bürgerschaftlich engagierte Personen, wurden neue Wege der Daseinsvorsorge diskutiert sowie erfolgreiche Projekte und Praxisbeispiele vorgestellt. Hochkarätige Referenten gaben in Vorträgen und bei der Abschlussveranstaltung wichtige Impulse.

Jugendbeteiligung

Gelebte Jugendbeteiligung stand diesmal im Fokus des Wettbewerbs „Gemeinsam stark sein“, den die in der BLE angesiedelte Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) ausrief. Die drei Gewinnergruppen wurden beim Abendempfang geehrt.

Der erste Platz ging dabei an die „Teeniegruppe im Generationennetzwerk Bergau“ aus Bayern. Das Jugendprojekt aus dem bayerischen ILE Aktionsbündnis Oberpfalz-Mittelfranken (AOM) ist Teil eines Generationennetzwerks und damit eingebettet in ein Gesamtkonzept zur Vernetzung der Generationen, von Alt- und Neubürgern sowie von Vereinen. Die Teeniegruppe hat einen Imagefilm für Neubürger über die Gemeinde gedreht und verarbeitet die Themen der ländlichen Entwicklung in ihren Theaterstücken für Senioren.

Generationennetzwerk

Mit einem Generationennetzwerk reagiert die Gemeinde

Bergau auf die Folgen des demografischen Wandels. In dem Modellprojekt werden u. a. eine Nachbarschaftshilfe aufgebaut, Generationenwohnen etabliert, das Miteinander von Jung und Alt sowie Neuzugezogenen und Altbürgern gefördert, Angebote für Vereine entwickelt und geschlechtsspezifische Angebote wie Mitmachangebote für Mädchen erarbeitet. Koordiniert wird das Netzwerk durch einen professionellen Kümmerer.

Teenagergruppe

In diesem Rahmen hat sich im Herbst 2012 eine 20-köpfige Teenagergruppe gebildet, die sich bis heute in vielen Bereichen des kommunalen Lebens engagiert: Theater am Seniorennachmittag, ein Imagefilmprojekt für die Gemeinde und das Generationennetzwerk. Außerdem auch eine szenische Darstellung von kommunalen Entwicklungsprozessen (Integration von Neubürgern, Taschengeldbörse, Miteinander in der Gemeinde etc.) mit Hilfe eines von den Jugendlichen geschriebenen Theaterstücks. Es wurde ein eigener Exkursionsbaustein für Besucher, Belegung und Unterstützung kommunaler Kultur- und Sportveranstaltungen (Gemeindestaffellauf) geschaffen.

Das Generationennetzwerk entstand nach einer Bürgerbefragung und soll in Kooperation mit den Gemeinden Pyrbaum und Postbauer-Heng zum Generationenkompetenzbaustein für den ländlichen Raum weiterentwickelt werden. Bergau wird dabei seine Kompetenz im Bereich Jugendarbeit einbringen.

Die Gruppe nahm mit rund 30 jungen Projektbeteiligten an der Siegerehrung teil und freute sich über die Gratulationen von BMEL-Staatssekretär Kloos und Dr. Hanns-Christoph Eiden, Präsident der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), zu der die DVS gehört. Ersterer würdigte das Engagement der jungen Landbewohner, die sich für attraktive ländliche Regionen einsetzen und ihr Umfeld selbst mitgestalten. Für den Wettbewerb wurden insgesamt 23 Projekte eingereicht, die sich mit kreativer Freizeitgestaltung, Vernetzung der Generationen und Regionalentwicklung aus Sicht junger Menschen beschäftigen. **DK**

Bayerntourismus weiter auf Erfolgskurs

Wirtschaftsministerin Aigner zieht positive Zwischenbilanz im Tourismus

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zieht eine erste positive touristische Bilanz für das Jahr 2013: „Mit der Entwicklung, die der bayerische Tourismus in diesem Jahr genommen hat, können wir sehr zufrieden sein, auch wenn Petrus dem Bayertourismus so manche Wetterüberraschung beschert hat.“

Die Ministerin lobt: „Dieses sehr gute Zwischenergebnis zeigt, dass die Leitökonomie Tourismus in Bayern stark aufgestellt ist und damit auch unvorhersehbare Ereignisse gut ausgleichen kann. Bayern findet als eine der Top-Destinationen weltweit großen Zuspruch bei Urlaubsreisenden aus dem In- und Ausland.“

Urlaubsreisen und Tagestourismus

Neben den Urlaubsreisen verdiente auch der Tagestourismus eine zunehmend größere Aufmerksamkeit. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie zum Thema ‚Tagesreisen der Deutschen‘ für den Untersuchungszeitraum Mai 2012 bis April 2013. 79 Milliarden Euro setzen die Deutschen alljährlich am Ziel ihrer Tagesreisen um. Pro Tag und Kopf geben die Tagesreisenden im Schnitt 27,70 Euro vor Ort aus. Bayern habe demnach in diesem Marktsegment eine starke Stellung. 451 Millionen Tagesrei-

sen und damit ein Anteil von 15,3 Prozent am gesamtdeutschen Markt entfallen auf den Freistaat. Dabei finden 41,6 Prozent aller Tagesreisen in Bayern in Destinationen im ländlichen Raum statt.

Aigner betont: „Am Beispiel der Tagesreisen zeigt sich einmal mehr, dass der Tourismus in all seinen Facetten nicht nur den Städten, sondern sehr stark auch den ländlichen Regionen im Freistaat zugute kommt. Bayern ist in allen seinen Landesteilen und Regionen mit seinem hochwertigen und vielfältigen Leistungsangebot ein attraktives Reiseziel für Gäste aus Nah und Fern.“

Die amtliche Statistik weist für den Zeitraum Januar bis Oktober 2013 sowohl bei den Gästekünften (+ 1,5 Prozent) als auch bei den Übernachtungen (+ 0,2 Prozent) ein Plus gegenüber dem Rekord-Vorjahr aus. Insgesamt verzeichnete der Freistaat bis einschließlich Oktober 27,5 Millionen Gästekünfte und 73,9 Millionen Übernachtungen. □

Deutscher Landkreistag:

Ermutigende Signale

Mitte Januar verabschiedete das EU-Parlament das Richtlinienpaket zum EU-Vergaberecht. Mit den Ergebnissen sehr zufrieden zeigte sich der Präsident des Deutschen Landkreistages Hans Jörg Duppré. Die Herausnahme der Kommunalkredite und der Rettungsdienste ebenso wie die kommunale Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich beider Richtlinien entspreche den zentralen Forderungen der Kommunen.

Nach Dupprés Worten ist es erfreulich, dass Kommission, Parlament und Rat die Bedeutung des Rettungsdienstes als Bestandteil des Zivil- und Katastrophenschutzes anerkannt haben und Landkreise die Notfallrettung den Hilfsorganisationen wie dem Deutschen Roten Kreuz und anderen gemeinnützigen Organisationen übertragen können, ohne die formalen Vergabeverfahren der Richtlinien anwenden zu müssen. Mit den zusätzlichen ehrenamtlichen Strukturen dieser Organisationen werde ein effizienter und aufwuchsfähiger Zivil- und Katastrophenschutz auch in ländlichen Gebieten jederzeit sichergestellt sein. Daneben sei die Aufrechterhaltung der vergabefreien Aufnahme von Krediten für Kommunen wegen der erforderlichen schnellen Handlungsmöglichkeiten in diesem Feld unumgänglich gewesen.

Interkommunale Zusammenarbeit

Ebenso seien die erstmals getroffenen Regeln zu In-house-Geschäften und der interkommunalen Zusammenarbeit zur Zufriedenheit der Kommunen gelöst worden. Wichtig war hier laut Duppré insbesondere, dass die Zusammenarbeit wie bisher auch vergabefrei möglich bleibt, bei der eine Gebietskörperschaft für eine andere die Aufgabenerledigung übernimmt. „Letztlich konnten diese zufriedenstellenden Ergebnisse in diesen für die kommunale Ebene wichtigen Fragen auch dank der großen Unterstützung des EU-Parlaments erreicht werden, das für die kommunalen Anliegen immer ein offenes Ohr gezeigt hatte.“

Ein weiteres positives und ermutigendes Signal ist es für den Deutschen Landkreistag, dass die Musterklage der privaten Kran-

kenhausbetreiber gegen die vom baden-württembergischen Landkreis Calw gewährten Krankenhausbeihilfen Ende vergangenen Jahres mit Hinweis auf den nur den öffentlichen Krankenhausträgern obliegenden Sicherstellungsauftrag in erster Instanz vollumfänglich abgewiesen wurde. Schließlich, so Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, müssten die Landkreise auch künftig in der Lage sein, Krankenhäuser bei Bedarf finanziell zu unterstützen, um eine angemessene medizinische Versorgung in der Fläche sicherzustellen.

Zu Recht habe das Gericht den öffentlichen Sicherstellungsauftrag in das Zentrum seiner Argumentation gestellt, der trotz des bestehenden Wettbewerbs Zuschüsse der kommunalen Träger an ihre Krankenhäuser rechtfertigt, betonte Henneke. Hätte die Klage der privaten Krankenhausbetreiber Erfolg, würde die Krankenhauslandschaft in weiten Teilen Deutschlands regelrecht umgepflügt – mit unübersehbaren Konsequenzen für die medizinische Versorgungssicherheit speziell in vielen ländlichen Räumen. Der Landkreistag werde den weiteren Gang der gerichtlichen Auseinandersetzung aufmerksam verfolgen.

„Sollte sich wider Erwarten doch noch abzeichnen, dass die Rechtsprechung kommunale Krankenhausbeteiligungen zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung spürbar erschwert, so wird man politisch gegensteuern müssen“, erklärte der Hauptgeschäftsführer. Einer Vollprivatisierung des Krankenhauswesens müsse rechtzeitig ein Riegel vorgeschoben werden. Alles andere hieße, die Axt an die Wurzel von öffentlicher Daseinsvorsorge und kommunaler Selbstverwaltung zu legen. **DK**

Bezirketagspräsident Mederer bekräftigt:

Ja zum Erhalt der Förderschulen

Über 70 Prozent der bayerischen Bevölkerung sehen laut einer aktuellen Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen in einer guten schulischen Vorbereitung auf die berufliche Zukunft der Kinder eine zentrale Aufgabe für die Landespolitik. Insbesondere die Förderung der schwächeren Kinder und Jugendlichen ist dabei für 61 Prozent der Bevölkerung ein wichtiges Anliegen. Dieses Ergebnis wurde jetzt im Rahmen der Klausurtagung der CSU-Landtagsfraktion in Wildbad Kreuth vorgestellt.

Der Präsident des Bayerischen Bezirketags, Josef Mederer, sieht darin eine Bestätigung der Position der sieben bayerischen Bezirke, auch in Zukunft die Förderschulen in Bayern nicht in Frage zu stellen. „Die Umfrage zeigt, welchen Stellenwert die Menschen in Bayern einer Schulpolitik geben, die auch die Schwachen und Schwächsten im Lernprozess mitnimmt.“

Deshalb sagen wir als Bezirkstag weiterhin ein klares Ja zum Erhalt der Förderschulen, respektieren aber selbstverständlich auch, wenn Eltern ihre Kinder mit Behinderungen in eine Regelschule geben wollen. Umso mehr verweise ich noch einmal auf unsere Forderung an den Freistaat Bayern, die Regelschulen im Zuge des Aufbaus eines inklusiven Schulsystems personell so auszustatten, dass eine Beschulung von jungen Menschen mit Behinderung in Regelschulen ohne den Einsatz von Schulbegleitern und damit ohne Leistungen der Eingliederungshilfe möglich ist“, erklärt Mederer.

Darüber hinaus verweist der Bezirketagspräsident auch noch einmal darauf, dass der Freistaat aufgrund einer weiter steigenden Zahl von Schulbegleitern an den Förderschulen die finanziellen und personellen Defizite hier rasch beheben müsse. Soweit auf den Einsatz von Schulbegleitern noch nicht verzichtet werden kann, sollten diese in die Zuständigkeit der Schulen übernommen werden, die dann auch eine entsprechende Finanzierung zu tragen haben. „Denn nur so kann der grundgesetzlich verankerte Anspruch jedes Kindes auf Bildung in vollem Umfang entsprochen werden“, so der Bezirketagspräsident. □

Krankenhäuser zwischen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
zungen der Gesundheitspolitiker aber auch Chancen und es sei auch Positives zu erkennen.

Qualitätsoffensive

Die Ankündigung „mit einer Qualitätsoffensive die Qualität in der stationären Versorgung zu verbessern“ unterstützt die BKG. Man habe auch nichts gegen das Vorhaben der Koalition, dass die Qualität der Krankenhausbehandlungen künftig verständlich dargestellt in einer Vergleichsliste einsehbar sein soll. „Dies muss aber risikoadjustiert, unverfälscht und durch eine unabhängige Institution erfolgen“, so Stumpf.

Unterschiedliche Zu- und Abschläge für gute, hohe, durchschnittliche und unterdurchschnittliche Qualität einzuführen, so wie es im Koalitionsvertrag formuliert ist, hält die Krankenhausgesellschaft derzeit für realitätsfremd. Die Qualität von Krankenhausbehandlungen könne man nicht wie auf einer Bewertungsskala ablesen. Die Fachleute seien sich einig, dass eine sachgerechte Vergleichbarkeit eine hochkomplexe Angelegenheit sei und es derzeit dafür keine validen Daten gebe. „Hier war zu viel missionarischer Eifer und wenig Realitätssinn am Werk“, urteilte Stumpf. Er appellierte, eine Qualitätsoffensive zur gemeinsamen Sache aller Beteiligten zu machen und dabei nicht nur die Krankenhäuser einzubeziehen.

„Wir halten nichts davon, wenn eine Qualitätsoffensive als Deckmantel für Preis- oder Standortpolitik der Krankenkassen missbraucht wird. Und die transparente Information über die Qualität kann sich nicht nur auf die stationäre Versorgung erstrecken, sondern es müssen alle Leis-

tungserbringer einbezogen werden“ führte er aus.

Ausreichende Finanzierung

Der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Siegfried Hasenbein, stellte klar, dass eine ausreichende Finanzierung der Personalkosten der Krankenhäuser die beste Grundlage für gute Qualität sei. „Der nicht zu bestreitende Zusammenhang zwischen unzureichender Finanzierung und Beeinträchtigung der Qualität fehlt mir in der aktuellen Diskussion gänzlich.“

Abschließend resümierte er, dass die herausragende tagtägliche Leistung der 165.000 Mitarbeiter in den bayerischen Kliniken zu sehr in den Hintergrund gerate. „Wir Krankenhäuser sichern an 365 Tagen im Jahr, rund um die Uhr die medizinische Versorgung bei akuten Beschwerden, chronischen Leiden bis hin zu schweren Unfällen, getreu dem Motto: Wann immer das Leben uns braucht“ so Hasenbein abschließend.

Die Bayerische Krankenhausgesellschaft ist der Zusammenschluss von über 340 Krankenhäusern in Bayern mit insgesamt knapp 75.000 Betten. Rund 2,8 Millionen Patienten werden jährlich in den bayerischen Krankenhäusern umfassend stationär behandelt. Die bayerischen Krankenhäuser erbringen hierfür das gesamte Leistungsspektrum der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Die Einrichtungen sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber Bayerns. Über 160.000 Menschen der verschiedensten Berufe beziehen ihr Einkommen von den in der BKG zusammengeschlossenen Krankenhäusern. □



Zupacken für die Energiewende: Ilse Aigner (Mitte) beim Spatenstich des neuen „Centrum für Energiespeicherung“ in Straubing. □

Energiewende:

Genossenschaften steigern Akzeptanz

In einem Interview mit „Profil - das bayerische Genossenschaftsblatt“ hat sich Bayerns Energieministerin Ilse Aigner zur Rolle von Genossenschaften bei der Energiewende geäußert. Die Politikerin machte deutlich, wie die Rechtsform es ermöglicht, Bayerns Bürger an der Energieversorgung zu beteiligen.

Wie Ilse Aigner darlegte, wird der Anteil der erneuerbaren Energien an der Energieerzeugung in den kommenden Jahren weiter steigen. Dies bedeute einen erheblichen Strukturwandel. Die Energieversorgung werde dezentraler. Als Energieversorger engagierten sich neben den etablierten Unternehmen zunehmend Kommunen, kommunale und mittelständische Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger.

Genossenschaftliche Beteiligungsformen seien für dieses En-

gagement eine gute Rechtsform. Sie könnten einen Beitrag dazu leisten, dass insbesondere im ländlichen Raum die Bürgerinnen und Bürger in die Energieversorgung eingebunden werden und somit an der Energiewende teilhaben. Dies steigere die Akzeptanz und die Wertschöpfung bleibe in den Regionen.

Zudem wies die Ministerin darauf hin, dass der Umbau der Energieversorgung Bayern merklich verändern werde: „Die Energieinfrastruktureinrichtungen werden

Regulierung zwischen Kreditwirtschaft und grauem Kapitalmarkt:

Fahrenschon fordert bessere Balance

Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenschon, hat sich für eine bessere Balance bei Regulierung und Verbraucherschutz ausgesprochen. „Während das tägliche Geschäft von Banken und Sparkassen durch neue Vorschriften immer weiter erschwert wird, ist es am grauen Kapitalmarkt nach wie vor möglich, nahezu ungestört zehntausende von Anlegern mit riskanten Versprechen zu ködern. Aktuelle Beispiele zeigen, dass dabei offenbar Renditen versprochen werden, die fernab jeglicher Realität liegen“, so Fahrenschon in Berlin.

Jeder einzelne Schritt werde bei der Anlageberatung von Banken und Sparkassen inzwischen genauestens dokumentiert. Bei der Wertpapierberatung werde zusätzlich jeweils noch geprüft, ob das Produkt für den jeweiligen Interessenten angemessen und geeignet sei.

Als nächste Maßnahme drohe den Instituten derzeit die telefonische Sprachaufzeichnung von Anlagegesprächen. „Nichts davon findet man am grauen Kapitalmarkt. In diesem Segment ist nach wie

vor fast alles ungestraft möglich.“

Bei einem Fortschreiten der einseitigen Regulierung drohe ein Abwandern vieler Kunden in den grauen Kapitalmarkt. „Wenn es in diesem Bereich weiterhin ungeregt möglich bleibt, Kunden mit gefährlichen Versprechungen zu riskanten Geschäften zu verleiten, werden zahlreiche Menschen auch zukünftig in die Falle tappen. Das kann nicht im Sinne von Politik und Aufsicht sein“, hob Fahrenschon hervor. □

sichtbarer sein als in der Vergangenheit.“ Sie habe großes Verständnis dafür, dass sich die betroffenen Menschen über die Veränderungen vor Ort Gedanken machen. Aber nur gemeinsam mit allen Bürgerinnen und Bürgern werde der Einstieg in ein neues Energiezeitalter gut gelingen. Und hierfür werde Akzeptanz benötigt.

Information hat Vorrang

Aigner: „Wir müssen die Menschen in Bayern über den Umbau der Energieversorgung und die Zusammenhänge informieren. Nur wer versteht, wie und warum sich sein Umfeld ändert, kann

auch Verständnis für diese Veränderungen entwickeln. Außerdem müssen wir die Menschen frühzeitig in die Planungsprozesse mit einbinden und ihnen die Möglichkeit geben, sich aktiv einzubringen.“

Akzeptanz könne auch durch die finanzielle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Anlagen vor Ort geschaffen werden. „Wir wollen die Menschen daher motivieren, sich an diesem Prozess zu beteiligen“, betonte Aigner. Die Broschüre „EnergieGewinner!“ des Bayerischen Wirtschaftsministeriums erkläre, wie sich die Bürger konkret an Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie beteiligen können. □



Genossenschaftsverband Bayern:

Verbandsdirektor Erhard Gschrey in den Ruhestand verabschiedet

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende und Verbandsdirektor des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Erhard Gschrey, ist zum 1. Januar 2014 in den Ruhestand eingetreten. Bei einer Feierstunde wurde ihm für seine über 40-jährige berufliche Tätigkeit im GVB die Raiffeisen/Schulze-Delitzsch-Medaille in Gold des Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverbands (DGRV) verliehen. Sie ist die höchste Auszeichnung der Genossenschaftsorganisation. Zudem erhielt er die Fakultätsmedaille der Universität Bayreuth für sein Engagement als Dozent am Lehrstuhl für Finanzwirtschaft und Bankbetriebslehre. GVB-Präsident Stephan Götzl würdigte den 64-Jährigen während des Festakts als „Wirtschaftsprüfer-Koryphäe“ und „unermüdlichen Verfechter der genossenschaftlichen Interessen auf allen politischen Ebenen“.

Nach erfolgreicher Ausbildung zum Bankkaufmann begann Gschrey seine Karriere 1970 als Prüfungsdienststanwärter beim Bayerischen Raiffeisenverband, dem Vorläufer des GVB. Es folgten Bestellungen zum Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Von 1994 bis zu seinem Ausscheiden gehörte er dem Vorstand des GVB an – seit 2008 als stellvertretender Vorstandsvorsitzender.

Auf der Festveranstaltung wurde zudem Konrad Irtel, Vorstandssprecher der Volksbank Raiffeisenbank Rosenheim-Chiemsee eG und GVB-Verbandsratsvorsitzender, anlässlich seines 60. Geburtstags geehrt. Für seine 30-jährigen Verdienste im Genossenschaftswesen wurde ihm die Goldene Ehrennadel des DGRV verliehen. Der Jubilar ist seit 1996 Mitglied im GVB-Verbandsrat, seit 2008 hat er den Vorsitz des Kontrollgremiums inne.

Unser Bild zeigt von links: GVB-Präsident Stephan Götzl, Konrad Irtel, Erhard Gschrey und GVB-Vorstand Alexander Büchel. □

10 Fakten über die einzigartige Kraft der Genossenschaft:

1. Jeder fünfte Deutsche ist Mitglied bei den Volksbanken Raiffeisenbanken.
2. Die Volksbanken Raiffeisenbanken sind „mitgliederverpflichtet“, denn die Förderung ihrer Mitglieder steht im Zentrum ihrer Interessen.
3. Die Volksbanken Raiffeisenbanken gehören Ihren Mitgliedern. Wir als Bank sind unseren Mitgliedern verpflichtet.
4. Die Volksbanken Raiffeisenbanken sind mit über 1.100 Banken und mehr als 13.200 Bankstellen in Deutschland zu Hause.
5. Die Volksbanken Raiffeisenbanken sind demokratisch, denn wo es langgeht, entscheiden ihre Mitglieder.
6. Die Volksbanken Raiffeisenbanken haben allein im Jahr 2012 rund 140 Mio. Euro für soziale und gemeinnützige Zwecke gespendet.
7. Die Volksbanken Raiffeisenbanken zahlten 2012 in Deutschland knapp 2,1 Mrd. Euro Steuern.
8. Die Volksbanken Raiffeisenbanken fördern den Nachwuchs und bilden jährlich 4.000 junge Menschen aus.
9. Die Volksbanken Raiffeisenbanken haben noch nie auch nur einen Euro Staatshilfe benötigt.
10. Die Volksbanken Raiffeisenbanken haben über 30 Mio. zufriedene Kunden in Deutschland.

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wie Sie von der Kraft der Genossenschaft profitieren können und wie sich unsere 160.000 Mitarbeiter täglich dafür einsetzen, Ihre Ziele zu verwirklichen, erfahren Sie auf vr.de/was-wir-anders-machen

Wir machen den Weg frei. Gemeinsam mit den Spezialisten der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken: DZ BANK, WGZ BANK, Bausparkasse Schwäbisch Hall, DG Hyp, DZ PRIVATBANK, easyCredit, Münchener Hyp, R+V Versicherung, Union Investment, VR LEASING, WL Bank.

**Volksbanken
Raiffeisenbanken**



**Jetzt von unserer
einzigartigen
genossenschaft-
lichen Beratung
profitieren!**

Die Kreissparkasse in sozialen Netzwerken (www.kskmse.de/socialmedia):

Kunden finden und begeistern

Workshop der Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg für regionale Unternehmer

„Kunden wollen mehr als Produkte – sie wollen Lösungen!“ postulierte Marketingcoach Emil Hofmann vor rund 30 regionalen Unternehmern in Sauerlach. Unter dem Motto „Kunden finden und begeistern“ hatte die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg ihre Firmenkunden zum Workshop rund um erfolgreiches Marketing eingeladen.

Hofmanns erste Empfehlung: Bevor ein Mittelständler an die Neukundenakquise denke, müsse die gesamte Kommunikation auf den Prüfstand. „Kunden werden immer sensibler“, so der Trainer und Marketingexperte, der seit 16 Jahren mittelständische Unternehmen berät. „Der mit Abstand häufigste Grund für Kundenverlust ist heute, dass sich die Kunden schlicht missachtet fühlen. Ihr Verhalten als Geschäftsführer und das Ihrer Mitarbeiter bringt deshalb den entscheidenden Wettbewerbsvorteil.“

Kundenbindung

Gute Kundenbindung beginne damit, wie man sich am Telefon melde und ziehe sich durch die gesamte Kommunikation, so Hofmann. Dazu zählten auch vermeintliche Kleinigkeiten: „Eine

Tür, an der statt ‚Öffnungszeiten‘ steht: ‚Wir sind für Sie da von – bis‘ wirkt deutlich einladender.“

Umsatzfresser

Auch die größten Umsatzfresser entlarvte der Marketingcoach: „Wer seinen Anrufbeantworter nicht bei jeder Abwesenheit einschaltet oder nicht regelmäßig abhört, wer zu kleine Schriftgrößen auf Briefbögen verwendet oder für die Rücksendung von Antwortkarten Porto verlangt, der behindert die Kommunikation mit seinen Kunden.“

Alleinstellungsmerkmale gelte es auch inhaltlich zu schaffen: „Wenn Sie ein Angebot schreiben, dann machen Sie sich im Wettbewerb unvergleichlich. Schreiben Sie zum Beispiel einen vom Angebot getrennten Begleitbrief, in

dem Sie kurz und präzise den konkreten Nutzen Ihrer Lösung für den Kunden beschreiben.“

Und wie lässt sich der Kundenkreis zielgerichtet vergrößern? Von Postwurfsendungen über Direkt-Mailings bis hin zum Telefonmarketing erklärte Hofmann nützliche Maßnahmen und Kniffe zum Aufbau professioneller Marketingkanäle. Eine immer größere Rolle spielten dabei Empfehlungen: „Die Menschen blicken in der Masse der Angebote nicht

mehr durch. Sie wollen kein Risiko eingehen oder verstehen komplexere Produkte nicht ohne Erklärung. Deshalb hören sie eher auf Empfehlungen von Bekannten oder sogar von Fremden im Internet.“ Jedes Unternehmen könne die Macht dieser positiven Mundpropaganda nutzen. Die Krux: Positive Erfahrungen erzählten Kunden nur dann weiter, wenn ihre Erwartungen auch deutlich übertroffen worden seien.

Hofmanns Fazit: „Nehmen Sie Abschied vom Kunden als reinem Umsatzbringer. Kommunizieren Sie mit Ihren Kunden. Nehmen Sie sie ernst, erfahren Sie mehr über Ihre Wünsche und Bedürfnisse. Dann können Sie Lösungen anbieten, die Ihre Kunden wirklich begeistern.“

Studie der KPMG-Wirtschaftsprüfungsgesellschaft:

Kommunale Beschaffung im Umbruch

Angestoßen durch neue Regelungen auf europäischer Ebene befindet sich das Vergaberecht der Bundesländer und somit die rechtliche Grundlage für das Beschaffungswesen der Kommunen im Umbruch. Beim Einkauf der öffentlichen Hand sollen nun Nachhaltigkeitsaspekte, die über rein ökonomische Kriterien hinausgehen, stärker Berücksichtigung finden. Soweit die Intention des Gesetzgebers. Doch wie sieht die gelebte Praxis aus?

Um diese Frage zu beantworten, hat das Institut für den öffentlichen Sektor e.V. sowie des Fachbereichs Supply Chain Management & Procurement der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG AG die Gebietskörperschaften untersucht, auf die das größte öffentliche Beschaffungsvolumen in Deutschland entfällt: die Kommunen.

Auf schätzungsweise bis zu 480 Milliarden Euro summiert sich das Beschaffungsvolumen, das Bund, Länder, Kommunen und sonstige öffentliche Auftraggeber jährlich ausschreiben. Entsprechend hoch sind die Einsparpotentiale: Nur ein Prozent dieser Summe würde die öffentlichen Kassen erheblich entlasten, bei einer Einsparung von dreieinhalb Prozent könnte Deutschland sogar auf seine Nettokreditaufnahme verzichten.

56 Kommunalverwaltungen

Für die Studie wurden im Frühjahr 2013 die Kommunalverwaltungen der 174 größten deutschen Kommunen zur Rolle der Nachhaltigkeit in deren Beschaffung befragt. 56 Kommunalverwaltungen, d. h. 32,2 Prozent, nahmen an der Befragung teil. Die Ergebnisse legen nahe, dass nachhaltige Beschaffungsstrategien dringend notwendig sind, vielerorts jedoch noch Instrumente und Know-how zu ihrer Umsetzung fehlen.

Nach Aussage der befragten Kommunen werden ökologische und soziale Standards künftig bei der Beschaffung eine noch wichtigere Rolle spielen. Dennoch ist die Mehrheit der Ansicht, dass die Beschaffungskosten weiterhin der bedeutendste Faktor bleiben.

Ökologische und soziale Gesichtspunkte

Über drei Viertel der Kommunalverwaltungen beziehen ökologische und soziale Gesichtspunkte schon jetzt in die Ausschreibung ein. Umweltaspekte sind bei der großen Mehrheit ein Bestandteil der Leistungsbeschreibung und der Zuschlagskriterien. Sozialstandards finden hingegen bei jeweils circa zwei Dritteln der Befragten bei den Anforderungen

an den Bieter und in der Leistungsbeschreibung Berücksichtigung.

Mehr als die Hälfte der Kommunen gibt an, dass rechtliche Vorgaben seitens der Landesregierungen die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten in ihrer Beschaffung fordern, etwas mehr nennen entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse. Bei einer isolierten Betrachtung der Städte erklären sogar über 70 Prozent, über einen solchen Beschluss zu verfügen.

Drei Dimensionen der Nachhaltigkeit

Die kommunalen Beschaffungsstellen beziehen alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Soziales – in ihr Begriffsverständnis einer nachhaltigen Beschaffung ein. Am bedeutendsten sind hierbei Themen wie der Einsatz umweltschonender Stoffe und Materialien, das zielgerichtete ressourcenschonende Bedarfsmanagement sowie die Beachtung tarif- und arbeitsrechtlicher Bestimmungen durch die Lieferanten und Dienstleister.

Geht es um die Relevanz der drei Dimensionen für die kommunale Beschaffung in ihrer Kommune, geben die Befragten ökonomischen Aspekten ein Gewicht von zwei Dritteln. Ökologische Gesichtspunkte erhalten eine Gewichtung von durchschnittlich knapp einem Fünftel; soziale Aspekte von gut 14 Prozent.

Sozialstandards

Bei der Gestaltung von Ausschreibungen orientieren sich Kommunalverwaltungen an ökologischen Zertifikaten und Siegeln – am häufigsten am Blauen Engel; gefolgt von Energy Star und Forest Stewardship Council (FSC). Bei den Sozialstandards finden häufig die meist bereits gesetzlich vorgeschriebenen Standards wie Mindestlohn und Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) Anwendung.

Steuerungsinstrumente zur Förderung einer nachhaltigen Beschaffung sind bis auf Dienstaneweisungen und eine kommunale Beschaffungsrichtlinie bisher nicht weit verbreitet. Nur gut jede fünfte befragte Kommune orientiert sich an übergreifenden Kennzahlen. Instrumente



Kunden wollen ernst genommen werden: Marketingcoach Emil Hofmann beim Workshop der Kreissparkasse im Hotel Sauerlach. Post.

Stadtparkasse München:

Ralf Fleischer ist neuer Vorstandsvorsitzender

Ralf Fleischer hat zum 1. Januar 2014 den Vorstandsvorsitz der Stadtparkasse München übernommen. Der 50-jährige Rheinländer gehört dem Führungsgremium von Bayerns größter Sparkasse bereits seit dem vergangenen September an

Strötgens Nachfolger

Fleischer, zuvor Geschäftsführer des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands, folgt auf Harald Strötgen, der die Stadtparkasse München zwölf Jahre leitete und sich zum Jahresende 2013 mit 67 Jahren in den Ruhestand verabschiedete.

Der Münchner Stadtrat hatte Ralf Fleischer auf Vorschlag des Verwaltungsrates bereits vor mehr als einem Jahr zum neuen Vorstandsvorsitzenden der „Bank unserer Stadt“ bestellt. Dem Vorstand der Stadtparkasse München gehören außerdem Dr. Thomas Grützemacher, Joachim Ebener, Marlies Mirbeth und Dr. Bernd Hochberger an. Ralf Fleischer ist insbesondere für die Bereiche Personal, Revision, Compliance, Kommunikation & Vorstandsservice sowie Immobilien- und Facilitymanagement zuständig.



wie Benchmarking, Controlling, gesonderte Budgets für Nachhaltigkeitsaktivitäten oder interne Leitfäden setzen die Kommunen ebenfalls eher ausnahmsweise als regelmäßig ein. Besonders auffällig: Zwar verfügt ein Viertel der Kommunen über eine Nachhaltigkeitsstrategie, aber fast keine über die dafür notwendigen Steuerungs- und Zielsysteme.

Fokus auf Kooperationen

Viele Kommunen setzen zur Kostensenkung auf Kooperationen. So bündelt eine große Mehrheit die Einkaufsaktivitäten innerhalb der eigenen Verwaltung. Mit anderen Kommunalverwaltungen arbeiten immerhin noch knapp zwei Drittel zusammen. Bislang wird jedoch eine gemeinsame Beschaffung von Kernverwaltung und öffentlichen Unternehmen im „Konzern Kommune“ vernachlässigt. Die Beschaffung scheint weitgehend entkoppelt von strategischen Kostenvorgaben zu agieren. Nur gut ein Viertel der Befragten erklärt, dass hinsichtlich zu erreichender Kostenverbesserungen eine übergreifende Zielsetzung (zum Beispiel im Haushaltssicherungskonzept) vorhanden sei.

Interner Dienstleister

Die Beschaffung ist innerhalb der Verwaltung derzeit bei einem Drittel lediglich in die operativen Aufgabenstellungen eingebunden und versteht sich als interner Dienstleister (Bedarfs- und Bestellabwicklung). Gegebenenfalls schafft sie noch durch umfassende Marktkenntnisse und intensive Lieferantenbeziehungen einen Mehrwert (Koordination und Marktbearbeitung). Nur selten wird die Beschaffung in die Planungs- und Budgetierungsphase

eingebunden und somit als taktischer Partner verstanden. Lediglich eine Minderheit sieht die Beschaffung als internen Innovationstreiber, der zur Erreichung strategischer Ziele der Kommune beiträgt (strategischer Manager). Organisatorisch ist die Beschaffung meist in Mischformen aus zentraler und dezentraler Verantwortung aufgestellt; nur eine Minderheit gibt an, dass sie über ein überwiegend zentral organisiertes Beschaffungswesen verfügt.

Potenziale nutzen

Fazit: Dem Beschaffungswesen kommt in der Kommunalverwaltung eine besondere Funktion zu. Wegen seines Querschnittcharakters kann es durch Vorgaben und Entscheidungen Einfluss auf das Nachhaltigkeitsverständnis der eigenen Kommunalverwaltung nehmen. Aufgrund des beträchtlichen finanziellen Volumens könnte die Beschaffung auch möglicherweise einen erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft entfalten. Laut Institut für den öffentlichen Sektor gilt es nun, die Potenziale der Beschaffung für eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen zu erkennen und zu nutzen.

Innovationstreiber

Hierbei scheine es von zentraler Bedeutung zu sein, die Rolle der Beschaffung innerhalb der Kommunalverwaltung grundsätzlich zu überdenken. „Diese sollte sich hin zu einem strategischen Manager entwickeln, der als Innovationstreiber innerhalb der Verwaltung agiert und zu gemeinsamen Zielen beiträgt, zum Beispiel zur Haushaltskonsolidierung. Außerdem sollte verstärkt über eine gemeinsame Beschaffung im Konzern Kommune nachgedacht werden.“

DK

Probleme für die Kommunalfinanzierung

DSGV-Präsident Georg Fahrenschon bei VKU-Verbandstagung in Berlin

Erläuterungen zur kommunalen Verschuldungssituation waren Gegenstand eines Vortrags von DSGV-Präsident Georg Fahrenschon im Rahmen der VKU-Verbandstagung in Berlin. Fahrenschon wies darauf hin, dass zwischen dem Jahr 2000 und Juni 2011 die Schulden der kommunalen Kernhaushalte um 30 Mrd. Euro auf 128 Mrd. Euro angestiegen sind. Das Gesamtvolumen der Kredite bezogen nur auf die Gemeinden und Zweckverbände betrage 173,8 Milliarden Euro. Daran halte die Sparkassen-Finanzgruppe einen Anteil von rund 85,5 Mrd. Euro.

Den Kommunen als unterster staatlicher Ebene seien in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten immer mehr Aufgaben zugewiesen worden, betonte Fahrenschon. Als Beispiele nannte er den Kita-Ausbau, das Betreuungsgeld, Obdachlosenunterkünfte, die Finanzierung der Langzeitarbeitslosigkeit und letztlich auch die damit verbundenen zusätzlichen Verwaltungsaufwendungen für die übertragenen Aufgaben.

Kassenkreditverschuldung in Rekordhöhe

Verschärft wird Fahrenschon zufolge die Situation dadurch, dass es in einzelnen Regionen eine sinkende finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen gibt: „Die Kassenkreditverschuldung hat eine Rekordhöhe von rund 46 Mrd. Euro erreicht, innerhalb der letzten zehn Jahre hat sie sich mehr als vervierfacht. Das ist insofern besorgniserregend, als mittels der Kassenkredite hauptsächlich laufende Ausgaben beglichen werden. Somit belasten die Kassenkredite insbesondere strukturschwache Kommunen, die Heterogenität zwischen den Regionen in Deutschland nimmt zu. Das heißt: Kredite, die eigentlich zur Überbrückung von kurzfristigen Liquiditätsengpässen gedacht waren, sind nun zu Dauerschulden geworden.“

Regulierung der Finanzmärkte

Ein weiteres Problem für die Kommunalfinanzierung ergebe sich durch die Regulierung der Finanzmärkte. Denn bereits heute sei mit Blick auf kommende Regulierungslasten ein Rückzug von Banken bei der

Kommunalfinanzierung festzustellen. So forderten die Basel-III-Regeln eine erhöhte Eigenkapitalausstattung bei zugleich verschärften Kapitalanforderungen für Kreditinstitute, die Einführung einer risikounabhängigen Verschuldungsobergrenze (Leverage Ratio). Sie könnte laut Fahrenschon eine begrenzte Wirkung auf die Vergabe von lang laufenden Kommunaldarlehen haben, weil dort nur die Volumen, nicht aber das Risiko eine Rolle spielen.

Mögliche Konkurrenzsituation

Fahrenschon: „Das kann innerhalb der jeweiligen Bank zur Konkurrenzsituation zwischen dem großvolumigen Kommunalfinanzierungsgeschäft und der für die örtliche Entwicklung ebenfalls wichtigen Mittelstandsfinanzierung führen; eine erweiterte Liquiditätsreserve zur Sicherung der kurzfristigen Zahlungsfähigkeit unter Stressbedingungen. Sie erschweren lange Laufzeiten bei Krediten etwa für Infrastrukturmaßnahmen.“

Angebotsverknappung

Dies wiederum führe zwangsläufig zu einer Angebotsverknappung, deren Folgen für die Kommunen gleich in mehrfacher Hinsicht zu spüren sein werden, prognostizierte der DSGV-Präsident. „So werden die Kreditkosten steigen, die Kreditlaufzeiten kürzer werden und sich das Kreditangebot insgesamt weiter verknappen. Dies wird die Kommunen massiv tangieren, denn sie finanzieren sich zu fast 100 Prozent über Bankkredite.“

DK

Versicherungskammer Bayern setzt erfolgreichen Kurs fort

Die Geschäftsentwicklung des Konzerns Versicherungskammer Bayern (VKB) verlief im Jahr 2013 weiter positiv. Der Marktführer in Bayern und der Pfalz sowie größte öffentliche Versicherer wird stärker als im Vorjahr wachsen. Nach den vorläufigen Geschäftszahlen liegt das Beitragsvolumen im selbst abgeschlossenen Geschäft bei 7,09 Mrd. Euro; das entspricht einem Plus von 4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr (3,4 Prozent). Im gesamten Versicherungsgeschäft (inkl. aktive Rückversicherung) stiegen die Beitrags-einnahmen auf 7,14 Mrd. Euro. Der Kapitalanlagenbestand wächst auf 41,89 (40,50) Mrd. Euro.

Dazu Dr. Frank Walthes, Vorsitzender des Vorstands des Konzerns VKB: „Es ist uns gelungen, im Geschäftsjahr 2013 – trotz einer anhaltenden Niedrigzinsphase zu wachsen. Aufgrund unserer ausgeprägten Kundenorientierung gelang es uns zudem, unsere Prozesse bei mehreren Groß- und Kumulschadensereignissen, unbürokratisch auf die hohe Anzahl der Schäden anzupassen und in kürzester Zeit Hilfe sowie Schadenzahlungen zu leisten.“

Krankenversicherung

Die beiden Krankenversicherer der Sparkassen-Finanzgruppe, die Bayerische Beamtenkrankenkasse und die Union Krankenversicherung, steigern die gebuchten Bruttobeiträge um 1,5 Prozent auf 2,20 Mrd. Euro. Die Anzahl der versicherten Personen wird sich auf 2,9

Mio. erhöhen – ein Anstieg von rund 60.000 Personen.

Besonders gut entwickelte sich das Geschäft mit der Pflegezusatzversicherung. Die beiden privaten Krankenversicherer haben knapp 65.000 Kunden für die geförderte Pflegezusatzversicherung, den sog. Pflege-Bahr, und damit knapp ein Fünftel des Gesamtmarktes in diesem Segment gewonnen. Zu diesem Erfolg haben alle Vertriebswege, insbesondere die Sparkassen beigetragen.

Die Verwaltungskostenquote bleibt erwartungsgemäß mit 2,0 Prozent unter Marktniveau. Der Kapitalanlagenbestand erhöht sich um 7,3 Prozent auf 11,77 Mrd. Euro. „Positiv ist, dass die neue Regierung in ihrem Koalitionsvertrag auch weiterhin auf das duale System in der Krankenversicherung setzt und damit das Kapitaldeckungsverfahren als wichtige

Basis im Hinblick auf die demografische Entwicklung sieht“, so Walthes weiter.

Schaden- und Unfallversicherung

In der Schaden- und Unfallversicherung steigen die Beiträge im Konzern um 2,3 Prozent auf 2,06 Mrd. Euro, in Bayern und der Pfalz liegt das Wachstum bei 4,0 Prozent. Die Combined Ratio brutto liegt insgesamt auf Marktniveau, netto unter 100 Prozent.

„Der Bereich Komposit war 2013 geprägt von Kumulschäden wie z. B. dem Juni-Hochwasser und den beiden Hagelereignissen Othello und Franz mit einem Gesamtschadenvolumen von knapp 140 Mio. Euro“, erklärt Walthes. Die Hochwasserschäden von rund 80 Mio. Euro bei einer nach wie vor geringen Versicherungsdichte machen die Bedeutung einer umfassenden Absicherung gegen Elementarschäden deutlich. Die Betriebskostenquote beträgt rund 24,3 Prozent und ist somit voraussichtlich deutlich besser als der Markt. Der Kapitalanlagenbestand (inkl. Rückversicherung) erhöht sich um 3,9 Prozent auf 5,91 Mrd. Euro.

Besonders erfreulich ist das erzielte Ergebnis im Jahreswechselgeschäft 2013/2014 in der Kraftfahrtversicherung. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Anzahl der Neuabschlüsse nahezu verdoppelt werden. Die Zusammenführung der Partnerwerkstätten von ADAC und des Konzerns VKB in dem neuen Service Partner Netzwerk und die damit verbundene Vereinfachung der Schadensabwicklung mache das Angebot in diesem Bereich für die Versicherungsnehmer zukünftig noch attraktiver, so Walthes weiter.

Lebensversicherung

Die Lebensversicherung konnte erneut stark zulegen und verzeichnet ein Beitragswachstum um 8,0

Prozent auf 2,83 Mrd. Euro. Die Einnahmen aus laufenden Beiträgen liegen in etwa auf Vorjahresniveau. Die Einmalbeiträge werden mit einem Plus von rund 18 Prozent verbucht und resultieren überwiegend aus dem Abschluss von Altersvorsorgeprodukten. Insbesondere die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken in Bayern tragen zu einem hohen Anteil an der positiven Entwicklung des Lebensversicherungsgeschäftes bei. Die Verwaltungskostenquote liegt mit 1,7 Prozent deutlich unter dem Marktniveau. Der Kapitalanlagenbestand erhöht sich um 2,3 Prozent auf 24,20 Mrd. Euro. „Auch bei einer weiter anhaltenden Niedrigzinsphase können wir unsere Verpflichtungen gegenüber Kunden jederzeit erfüllen. Zum einen haben wir hohe Bewertungsreserven und verfügen damit über einen wichtigen Risikopuffer. Zum anderen steuern wir mit wohl überlegten Maßnahmen und einem ganzheitlichen Blick den Auswirkungen der anhaltenden Niedrigzinsphase aktiv entgegen“, führt Walthes aus.

Überschussbeteiligung 2014 über dem Kapitalmarktzins

Die Bayern-Versicherung bietet auch im Jahr 2014 eine gute Gesamtverzinsung auf den Sparanteil, die deutlich über dem aktuellen Kapitalmarktzins liegt. Für Neuverträge gegen laufenden Beitrag beträgt sie 3,6 Prozent. Diese setzt sich aus der laufenden Verzinsung in Höhe von 3,0 (3,1) Prozent sowie dem Schlussüberschuss inklusive der Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven in Höhe von bis zu 0,6 Prozent (wie Vorjahr) zusammen.

Walthes: „Wir agieren vorausschauend und sichern damit eine langfristige und zuverlässige Altersvorsorge für unsere Kunden.“ □

VKB startet mit Familienoffensive ins neue Jahr

Die Versicherungskammer Bayern fokussiert sich im ersten Tertial 2014 auf eine zielgerichtete Beratung von Familien in Sachen Versicherung und Vorsorge. Ab sofort können Familien einen auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenen Familien-Check rund um Versicherung und Vorsorge in Anspruch nehmen. „Bei Familien verändern sich die Lebensumstände stärker als bei Singles oder Senioren; insofern sehen wir hier auch besonderen Bedarf an spezifischen Absicherungslösungen sowie eine auf Familien zugeschnittene Beratung“, so Barbara Schick, Vorstandsmitglied für den Bereich Lebensversicherung.

Studien zeigen, dass direkt nach der Gesundheit des Kindes, die für alle Eltern den höchsten Stellenwert einnimmt, mit jeweils über 70 Prozent die Finanzierung der Ausbildung des Kindes sowie die Absicherung der Familie rangiere. Allerdings sähen sich über 40 Prozent der Eltern mit den konkreten Möglichkeiten der Absicherung ihres Kindes überfordert.

Beratung und Information

„Hier wollen wir in den kommenden Monaten gezielt ansetzen und Eltern entsprechende Beratung und Information bieten“, so Schick. Oft seien neben den Eltern auch Großeltern oder Paten an einer längerfristigen Vorsorge für den Nachwuchs interessiert. „Unser FlexVorsorge Junior bietet einen planbaren Kapitalaufbau auch schon mit kleinen Beiträgen samt der Chance, von positiven Entwicklungen am Kapitalmarkt zu profitieren, sowie höchste Flexibilität für alle Lebenslagen“, so Schick.

Die Kampagne der Versicherungskammer Bayern verfolgt ei-

nen ganzheitlichen Beratungsansatz, der flexibel auf die Veränderungen im Familienleben eingeht, etwa die verschiedenen Absicherungsphasen der Familien und deren Kinder. Als besonderes Highlight für die Familien gibt es nach dem Check eine Eintrittskarte für einen Tierpark nach Wahl für einen Erwachsenen und zwei Kinder.

Aktion bis April 2014

Neben dem Münchner Tierpark Hellabrunn stehen für die Familien folgende Tierparks zur Auswahl: Wildpark Bad Mergentheim, Zoologischer Garten Hof, Tiergarten Nürnberg, Zoo Augsburg, Tiergarten Straubing und Zoo Landau (Pfalz). Die Aktion geht von Januar bis April 2014, die Eintrittskarten sind kontingentiert.

Weitere Infos zum Familien-Check und den Aktionsbedingungen unter www.versicherungskammer-bayern.de/familie sowie in den meisten Sparkassen-Filialen, Genossenschaftsbanken und Agenturen der Versicherungskammer Bayern im Geschäftsgebiet Bayern und der Pfalz. □



Von rechts: Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer, Verwaltungsratsvorsitzender Landrat Leo Schrell, Kreisbaurin Hannelore Schmid, H.-Josef Berchtold (Senioren-Gemeinschaft Wertingen) und Direktor Josef Holzmann. □

Erfolge im Dienst der Menschen:

Größtes Projekt: „Uns schickt der Himmel“

Viel Anerkennung für Sozialbilanz der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

Dillingen. Von sehr vielseitig positiver Wirkung der Förderung hervorragenden ehrenamtlichen und gemeinnützigen Engagements geprägt ist die Sozialbilanz der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen im Jahr 2013. Bei der Vorstellung der Unterstützung vorbildlichen Einsatzes für das Gemeinwohl würdigte der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Landrat Leo Schrell, die Leistungsstärke der Sparkasse und das Leitwort „den Erfolg in den Dienst der Menschen zu stellen“. Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer bekräftigte den besonderen Rang der Förderung von Einrichtungen, Vereinen, Kultur, Kirchen, Jugend, Sport und Einzelprojekten. Diese seien auf kontinuierliche Hilfen wie hier durch die Sparkasse angewiesen. Hier gebe es, so wurde zu verstehen gegeben, sozusagen eine Mutmacher-Funktion für wohltätige Zwecke.

Schwarzbauer konnte zu dem Festabend im Sparkassensaal zahlreiche Repräsentanten des öffentlichen Lebens, der Kommunen, der Pfarreien und caritativer Organisationen begrüßen. Flächendeckend werden mit insgesamt über 200.000 Euro fünf Bereiche bedacht: Jugend, Wissen und Lernen 75.000 Euro (30 Prozent), kirchlich, sozial, gemeinnützig 57.000 Euro (23 Prozent), Jugend und Sport 48.500 Euro (20 Prozent), Kunst und Kultur 59.500 Euro (23 Prozent) und verschiedene Projekte 10.000 Euro (4 Prozent).

Mit den Fördergeldern wurden, so versicherte Thomas Schwarzbauer, ganz besonders für die Gemeinschaft unentbehrliche Empfänger geehrt, die von der Gesellschaft nicht ausreichend geholfen werden könne. Das soziale Netz werde zudem auch Lücken auf.

Dass die Kreis- und Stadtpar-

kasse Dillingen im Rahmen ihrer vor Ort zielgerecht organisierten Marktbeobachtung sehr willkommene Hilfe leisten könne, sei, so Schwarzbauer, möglich infolge der erfolgreichen soliden Geschäftspolitik des Hauses. Hingewiesen wurde u. a. auf „qualitätsorientiertes Wachstum und konsequente Kundenorientierung“.

Präsentiert wurden unter den Erfolgswerten des Hauses in der Geldvermögensbildung ein Bestand von 1,345 Milliarden Euro, 89 Millionen Euro Bestand im Deka-Investmentfonds, 125 Millionen Euro an Aktien und festverzinslichen Wertpapieren, 110 Millionen Euro Anlagen in Lebensversicherungen, 65 Millionen Euro beim Bausparen und 761 Neuverträge im Jahr 2012 bei Investitionen in Sachwerten mit dem Schwerpunkt eigengenutzte Immobilie.

Im Kreditgeschäft mit Kunden gab es einen Anstieg im Jahr 2012 um 6,8 Prozent auf 898 Millionen Euro. Sehr bemerkenswert ist der ganz herausragende Rang 2 im Auslandsgeschäft unter den bayerischen Sparkassen. Registriert wurden auch nicht weniger als rund 13.000 Finanzkonzept-Gespräche.

So vielseitig waren die von der Sparkasse Dillingen geforderten Spenden-Projekte noch nie. Zusammen mit Thomas Schwarzbauer, seinem Vorstandskollegen Josef Holzmann und Marketing-Leiter Martin Jennwein wurden die einzelnen Projekte vorgestellt. Zu Wort kamen auch verschiedene Sprecher der von der Sparkasse Dillingen unterstützten Vereinigungen, von den Schulen bis zum Jugendhaus Wertingen, dem Bayerischen Bauernverband, dem BRK, der Caritas, der Lebenshilfe, Regens Wagner, Donautal-Aktiv und der Seniorengemeinschaft Wertingen.

Große Anerkennung für Förderung gab es u. a. auch für Spenden für die Dillinger Kulturtage, die Europäische St.-Ulrichs-Stiftung, die 7. Rosenschau in Unterliezheim und das größte Einzelprojekt mit dem Filmteam des Kreisjugendrings, die Sozialaktion des BDKJ unter dem Leitwort „72 Stunden – uns schickt der Himmel“.

Text und Bild: -jdt

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ► Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe **Bayern LB**

Freizeitcamps helfen Drogenmissbrauch zu verhindern

Kinder- und Jugendstiftung der Stadtparkasse München unterstützt „Keine Macht den Drogen e.V.“ mit 10.000 Euro

Bei rund 40 Prozent aller jugendlichen Gewalttaten sind Täter und/oder Opfer laut Angaben des Polizeipräsidiums München alkoholisiert oder stehen unter Drogeneinfluss. Prekäre gesellschaftliche Bedingungen, unklare Zukunftsaussichten, Probleme im familiären und sozialen Umfeld oder eine schlechte wirtschaftliche Situation erhöhen die Attraktivität von illegalen Drogen und Alkohol. Seit 1990 engagiert sich der gemeinnützige Förderverein „Keine Macht den Drogen e.V.“ für Sucht- und Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen. Der Verein möchte mit seiner Arbeit das Selbstbewusstsein von Kindern und Jugendlichen stärken, damit Drogen erst gar nicht interessant werden können.

Peergroups leisten einen wichtigen Beitrag zur Herausbildung einer stabilen jugendlichen Identität und unterstützen so die Suchtprävention. Dies fördert das Projekt „Adventure Camp“. In diesen Freizeitcamps können junge Leute außerhalb ihres normalen sozialen Umfelds ihr Selbstvertrauen durch Grenzerfahrungen bei sportlichen Unternehmungen und durch neue Freundschaften stärken.

„Sich in einer Gruppe Gleichaltriger zu behaupten und zu lernen, dass es völlig in Ordnung ist, auch mal eine andere Meinung als die anderen zu vertreten, ist meiner Ansicht nach der beste Weg zu einem stabilen Selbstbewusstsein. Damit ist man schon einmal gut gewappnet gegen die Anziehungskraft aller Art von Drogen“, so Ralf Fleischer, neuer Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse

München, der erstmals in dieser Funktion einen Spendenscheck überreichte.

Durch Erlebnispädagogik und zusätzliche Gesprächsrunden werden die Adventure-Camp-Teilnehmer im Umgang mit Drogen und Alkohol sensibilisiert. Auch Konfliktfähigkeit und gewaltfreie Problemlösung werden in den Camps thematisiert und geübt. Die Kinder- und Jugendstiftung der Stadtparkasse München unterstützt das „Adventure Camp“-Projekt mit 10.000 Euro. Mit dieser Spende können im Jahr 2014 bis zu 300 Jugendliche ein Adventure Camp besuchen.

Die Kinder- und Jugendstiftung der Stadtparkasse München unterstützt seit 1999 Projekte für den Münchner Nachwuchs. In allen gesellschaftlichen Bereichen hilft die Stiftung dort, wo Hilfe dringend benötigt wird. □



V. l.: Florian Beckenbauer, Geschäftsführer der Vereinsgeschäftsstelle, Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München, und Nicolo Witte, stellvertretender Vorstandsvorsitzender von „Keine Macht den Drogen e.V.“. □

Difu-Seminar am 7. und 8. April in Berlin:

Standortfaktor Stadt - Perspektiven für die kommunale Wirtschaftsförderung

Kommunale Wirtschaftsförderung ist traditionell eng mit Fragen der Stadtplanung und Stadtentwicklung verknüpft. In Zeiten der Globalisierung, des Strukturwandels, demographischer Umbrüche und den Erfordernissen eines nachhaltigen Umbaus von Städten ergeben sich jedoch neue Notwendigkeiten und Perspektiven an der Schnittstelle zwischen Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung.

Wirtschaftsförderung engagiert sich dabei, Städte als Unternehmensstandorte zu profilieren. Etwa wenn es darum geht, geeignete Flächenangebote und leistungsfähige Infrastrukturen für Bestandsunternehmen und ansiedlungswillige Betriebe zu schaffen. Nach Jahren des Strukturwandels ist die Debatte um die Zukunft der Stadt als Produktionsstandort aktueller denn je. Beispiele dafür sind kommunale Masterpläne zur Stärkung der Industrie, Cluster- und Netzwerkinitiativen zur Verknüpfung von Produktions- und Dienstleistungsunternehmen oder Aktivitäten zur nachhaltigen Umgestaltung von Industrie- und Gewerbegebieten.

Dabei geht der Blick über harte Standortfaktoren hinaus: In Zeiten internationaler Standortkonkurrenz und des Fachkräftemangels ist die Gestaltung urbaner Qualitäten für attraktive Wohn- und Lebensorte ein Thema der Wirtschaftsförderung geworden. Und unter dem Schlagwort „Smart Cities“ betreiben Städte gezielt Wirtschaftsförderung, in dem sie Unternehmen und Forschungseinrichtungen ein Labor und Schaufenster für innovative Technologien und Systemlösungen bieten von nachhaltiger Mobilität, ressourceneffizientem Städtebau bis zur intelligenten Ver- und Entsorgung.

Im Mittelpunkt des Difu-Seminars am 7. und 8. April in Berlin steht daher die Frage, was Stadtentwicklung zur wirtschaftlichen Entwicklung von Städten beiträgt und wie sich Wirtschaft und Wirtschaftsförderung an entsprechenden Planungs- und Veränderungsprozessen beteiligen können.

Dabei sollen unter anderem die folgenden Aspekte diskutiert werden:

- Welche Perspektiven gibt es für Produktionsunternehmen in der Stadt?
- Wie lassen sich Städte zum Labor für innovative Unternehmen entwickeln?
- Wie kann Stadtentwicklung zur Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte beitragen?
- Welche Strategien, Konzepte und Instrumente gibt es zur Verknüpfung von Wirtschaft, Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung?

Die Seminarleitung haben Dipl.-Verw.Wiss. Daniel Zwicker-Schwarm und Dr. phil. Holger Floeting, Deutsches Institut für Urbanistik, inne.

Nähere Info unter www.difu.de

22. Bayerischer Ingenieuretag in München:

„Krisen - Chancen - Ingenieure“

Am 31. Januar findet ab 10 Uhr der 22. Bayerische Ingenieuretag, in diesem Jahr unter dem Motto „Krisen - Chancen - Ingenieure“, in der Alten Kongresshalle, Theresienhöhe 15, München, statt.

Die renommierte Wirtschaftsexpertin Prof. Claudia Kemfert spricht über die wirtschaftlichen Chancen einer klugen Energiewende. Der international anerkannte Risikoforscher Professor Ortwin Renn erläutert das „Risikoparadox“ und geht der Frage nach, warum wir uns häufig vor dem Falschen fürchten. Der bayerische Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Joachim Herrmann, spricht das Grußwort zum diesjährigen Ingenieuretag.

Alle Informationen zum 22. Bayerischen Ingenieuretag unter www.bayerischer-ingenieuretag.de □

Politische Forderungen zur Stadtentwicklung:

Charta Zukunft Stadt und Grün

„Grüne Stadtentwicklung in Deutschland - handeln statt reden!“: Unter diesem Motto trafen sich die Organisatoren der Initiative Zukunft Stadt und Grün zur Pressekonferenz in Berlin. Die Initiatoren, der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. und die Stiftung DIE GRÜNE STADT haben gemeinsam mit mehr als 20 Unternehmen – darunter die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen DGNB – in dem Dokument zentrale Forderungen zur Stadtentwicklung unterzeichnet. Die Charta zeigt ganz konkret Handlungsfelder für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf.

Bundesministerin Dr. Barbara Hendricks nahm die Charta im Rahmen der Pressekonferenz entgegen. Prof. Alexander Rudolphi, Präsident der DGNB, betonte: „Ob beim Bau einzelner Gebäude oder in der Städteplanung großer Metropolen: Dort wo wir wohnen und arbeiten muss das Wohlbefinden der Menschen im Zentrum unserer Betrachtungen stehen. Initiativen wie die Charta ‚Zukunft Stadt und Grün‘ rücken das Bewusstsein für die Natur in den Fokus und fördern die Lebensqualität in unserer gebauten Umwelt. Die Unterzeichner bekennen sich zur aktiven Gestaltung unserer gebauten Umwelt und damit zur Nachhaltigkeit als Leitbild einer zukunftsorientierten Gesellschaft. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass die Initiatoren und die Unterzeichner mit diesem Bekenntnis weit über das hinausgehen was heute von regulatorischer Seite vorgeschrieben ist. Neue Standards, beispielsweise hinsichtlich der Energieeffizienz von Gebäuden, sind wichtig und richtige Ansatzpunkte.“

Die DGNB will aber auch dazu beitragen, Nachhaltigkeit ganz-

heitlich in der Bau- und Immobilienbranche zu verankern und einen Bewusstseinswandel hin zu mehr ressourcen- und qualitätsbewusstsein zu gestalten. Grundlage für einen solchen Bewusstseinswandel ist laut Rudolphi die wirtschaftliche Umsetzbarkeit der Veränderungsprozesse. Sowohl der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. als Initiator als auch die Unterzeichner der Charta ‚Zukunft Stadt und Grün‘ stünden für diesen Ansatz und zeigten damit ein vorbildliches Engagement, „an dem wir uns gerne beteiligen“. Rudolphi abschließend: „Es ist ein Kernanliegen der DGNB, neben den ökologischen Aspekten auch die sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Kriterien aber auch die ökonomischen Aspekte in die Bewertung der nachhaltigen Planung und Ausführung von Gebäuden und Stadtquartieren zu integrieren. Mit dem DGNB Zertifizierungssystem und dem daraus resultierenden Wissen werden wir uns auch weiterhin an der Förderung von Grün in den Städten beteiligen und Initiativen wie die Charta ‚Zukunft Stadt und Grün‘ tatkräftig unterstützen.“ □

Deutscher Sparkassen- und Giroverband:

Sachlich falsche Analyse zu Regionalbanken

Nach Bewertung der Analyse der Beratungsgesellschaft 4P Consulting, in der öffentlich vor einer „drohenden Regionalbankenkrise“ in Deutschland gewarnt wird, stellt der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) fest: „Die Studie wurde entgegen Medienberichten nicht von Sparkassen oder ihren Verbänden beauftragt. Sie ist in wesentlichen Teilen sachlich falsch und in den Schlussfolgerungen maßlos übertrieben. Schon die Beschreibung der Ausgangssituation ist grob fehlerhaft. So werden beispielsweise Geschäftssegmente als defizitär angesehen, die auch nach Abzug von Risikokosten für die Institute profitabel sind.“

Die von der Beratungsgesellschaft vorgenommene Einteilung der Regionalbanken in „wettbewerbsstarke“ oder „wettbewerbsgefährdete“ Institute ist für die deutschen Sparkassen völlig unzutreffend. Die Aussagen zur Projektion auf das Jahr 2018 seien nicht nachvollziehbar, da keinerlei Angaben zu den unterstellten Prämissen gemacht werden. Der in der Studie skizzierte Ertragseinbruch sei auch bei einer unverändert anhaltenden Niedrigstzinsphase nicht realistisch. Der DSGV empfiehlt daher, diese Berechnungen nicht zu verwenden.

Der DSGV stellt vielmehr fest, dass die Institute der Sparkassen-Finanzgruppe in aller Regel hervorragend kapitalisiert und aufgrund ihrer Kompetenz und Marktstärke in der Lage sind, auch in einer länger andauernden Niedrigstzinsphase Erträge zu erwirtschaften. Die dauerhafte Stabilität der Gruppe zeige sich nicht zuletzt auch in entsprechenden Rating-Bewertungen der Agenturen Moody's, Fitch und DBRS, die den Instituten eine gute Bonität bescheinigen und insbesondere die Stabilität und Verlässlichkeit der Sparkassen-Finanzgruppe würdigen. □

Minister Söder und Landrat Dießl:

Mittelfränkische Bauleitpläne frei verfügbar im Internet

Landkreis Fürth hat als erster in Mittelfranken alle Geltungsbereiche der Bauleitpläne im Netz

Bayern treibt den Ausbau von eGovernment für die Bürgerinnen und Bürger voran. „Der Landkreis Fürth stellt als erster Landkreis Mittelfrankens die Geltungsbereiche aller Bebauungspläne flächendeckend online zur Verfügung“, teilte Finanzminister Dr. Markus Söder bei der Freischaltung des Services mit Landrat Matthias Dießl und den örtlichen Bürgermeistern in Zirndorf mit.

„Hand in Hand mit den Kommunen möchte der Freistaat alle rechtskräftigen Bebauungspläne im Internet verfügbar machen. Gerade das hohe Engagement des Landkreises hat Bayern auf dem Weg zur Digitalisierung jetzt wieder einen Schritt vorangebracht. Auch die Zusammenarbeit zwischen der Vermessungsverwaltung und den Kommunen, die wir als ‚Breitbandtandem‘ für den Ausbau des schnellen Internet nutzen wollen, hat hier ihre Bewährungsprobe schon bestanden“, so der Finanzminister. „Ich freue mich, dass der Landkreis Fürth zusammen mit seinen Gemeinden als erster Landkreis in Mittelfranken diesen neuen Online-Service für die Bürgerinnen und Bürger bietet“, so Landrat Matthias Dießl und weiter „nur durch die gute Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden im Landkreis Fürth, dem Vermessungsamt und dem Landratsamt war es möglich, dieses Projekt gemeinsam mit dem GIS-Dienstleister Kom21 umzusetzen. Allen Beteiligten gilt mein besonderer Dank.“

Intensive Zusammenarbeit

660 Bauleitpläne von 14 Landkreisgemeinden können in ihrem Geltungsbereich jetzt online und unabhängig von gemeindlichen Öffnungszeiten eingesehen werden, bei 550 Bauleitplänen von 10 Gemeinden sind auch alle Daten online verfügbar. Bayernweit wurden seit 2009 bereits ca. 45.000 Bauleitpläne gescannt und ins Internet gestellt. Umgesetzt wird dies in intensiver und vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung und den Kommunen. Bisher beteiligten sich

68 Prozent der Gemeinden aktiv am Projekt. Weitere 29 Prozent haben ihre Mitwirkung zugesagt.

Der zentrale Einstieg in den Service erfolgt über www.bauleitplanung.bayern.de. Auch die Bebauungspläne aus dem Landkreis Fürth sind künftig dort verlinkt; die Homepage des Landkreis Fürth www.landkreis-fuerth.de bietet ebenfalls einen entsprechenden Einstieg.

Mehr Transparenz

Die Vorteile liegen auf der Hand: Bauwillige Bürger und investitionswillige Unternehmer können sich unmittelbar auch außerhalb gemeindlicher Öffnungszeiten über das lokale Baurecht informieren. Architekten und Planer können die Daten direkt in ihre Systeme einbinden; die Pläne werden nämlich nicht nur bildhaft sondern auch als Geodaten dienst angeboten. Außerdem fördert dieses Angebot die Transparenz bei politischen Prozessen und behördlicher Aufgabenwahrnehmung.

Konsequente Beachtung des Datenschutzes

Der Freistaat hat sich das Ziel gesetzt, weitere Daten zu digitalisieren und für Bürger, Wirtschaft und Verwaltung nutzbar zu machen. Söder: „Der Datenschutz wird hierbei konsequent beachtet. Den flächendeckenden Breitbandausbau haben wir auf den Weg gebracht. Jetzt gilt es über eGovernment die verfügbaren Informationen zu den Bürgern zu bringen“. Dies sei ein wichtiger Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilen Bayerns. □

Mehr Insolvenzen erwartet

Bisnode Deutschland-Index steigt

Der Deutschland-Index des Wirtschaftsinformationsdienstes Bisnode ist in Dezember 2013 gestiegen. Damit steigt zum Ende des Jahres die Zahl der in den kommenden 12 Monaten zu erwartenden Unternehmensausfälle in der deutschen Wirtschaft.

Im Dezember lag der Bisnode Deutschland-Index, der die Ausfallwahrscheinlichkeit aller deutschen Unternehmen prognostiziert, bei 89,2 Prozent und damit fast 2 Prozentpunkte höher als im Vormonat (November 2013: 87,3 %). Der Darmstädter Wirtschaftsinformationsanbieter prognostiziert damit eine steigende Anzahl von Insolvenzen in der deutschen Wirtschaft für die kommenden 12 Monate.

Trotz der gestiegenen Insolvenzerwartungen bewertet Bisnode den Verlauf aber noch nicht als nachhaltige Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in den deutschen Unternehmen. Auf Jahressicht ist die Anzahl möglicher Ausfälle konstant gesunken. Seit seinem Höchststand von Januar 2013 (92,18 %) hat sich der Index in einem stabilen korridorartigen Verlauf nach unten eingependelt. Aktuell liegt der Deutschland-Index auch weiterhin deutlich unter dem Referenzwert 100 von Ende Dezember 2010.

Der Bisnode Deutschland-Index setzt den Hoppenstedt360 Deutschland-Index fort, der seit September 2011 monatlich veröffentlicht wird. Bisnode errechnet und liefert für nahezu jedes der 4,7

Millionen deutschen Unternehmen einen Bonitätsindex. Der Bonitätsindex drückt die Ausfallwahrscheinlichkeit aus, das heißt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Unternehmen innerhalb der nächsten 12 Monate entweder insolvent wird oder seine Geschäftstätigkeit einstellt, ohne zuvor alle Gläubiger bezahlt zu haben.

Der Deutschland-Index bündelt die Ausfallwahrscheinlichkeit aller deutschen Unternehmen in einer Zahl und gibt damit Auskunft über die Entwicklung der Unternehmen im Besonderen sowie der Wirtschaft im Allgemeinen. Erhöht sich die Ausfallwahrscheinlichkeit, dann steigt der Index, verbessert sich die Lage bei den prognostizierten Unternehmensfällen, dann sinkt der Index.

Referenzgröße ist der Wert 100, der die erwarteten Ausfälle am 31. Dezember 2010 darstellt. Der Index basiert damit im Vergleich zu vielen anderen Konjunkturzahlen nicht auf Befragungen, sondern auf mathematisch-statistischen Analysen und Berechnungen. Der Index ist Teil der Analyse-Reihe „Wir vermessen Deutschland“ und gibt einen regelmäßigen Einblick in die deutsche Unternehmenslandschaft. □

Fachtagung Städtebauförderung 2013 in Freyung:

Bilanz „Ort schafft Mitte“

Die Ortsmitte ist gerade für kleinere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum als räumlicher und sozialer Identifikationsort von großer Bedeutung. Die Städtebauförderung widmet sich deswegen seit jeher der Erhaltung und Weiterentwicklung der Stadtzentren und Ortskerne. Allerdings hat in den vergangenen Jahren der demographische und wirtschaftsstrukturelle Wandel vor allem in peripher zu Wachstumsräumen liegenden Städten und Gemeinden zu Gebäudeleerständen, Brachflächen und Infrastrukturdefiziten geführt. Die Oberste Baubehörde startete daher im Jahr 2010 das Modellvorhaben „Ort schafft Mitte“, in dessen Rahmen in ausgewählten Kommunen neue Instrumente der Ortsmittenstärkung entwickelt und erprobt wurden.

Im Rahmen der jährlichen Fachtagung der Städtebauförderung in Bayern in der Modellkommune Freyung fand nun mit rund 300 Teilnehmern die Abschlussveranstaltung von „Ort schafft Mitte“ statt. Dabei wurden die Impulsprojekte der Modellkommunen und der Abschlussbericht des Modellvorhabens einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt.

85 Bewerbungen

Wie Bayerns Bauminister Joachim Herrmann erläuterte, seien insgesamt 85 Bewerbungen

Kemnaths historische Mitte ist mittelalterlich geprägt, was die Eingangstore und Teile einer Stadtmauer dokumentieren. Der Leerstand bezieht sich auf Wohngebäude und ehemalige gewerbliche Nutzungen einschließlich Einzelhandel und Gastronomie. Kemnath konzentriert sich auf Leerstandsbehebung durch „versorgtes Wohnen“, einer Kombination von Serviceangeboten für Bewohner und Übernachtungsmöglichkeiten für Auswärtige in der Ortsmitte.

Blaibachs Mitte wiederum weist eine dörfliche Prägung

lungsfonds, mit dem die Gemeinde wichtige Gebäude erworben hat sowie die Projektierung einer neuen Ortsmitte an einer Hauptverkehrsstraße. Engagiertes Immobilienmanagement ermöglichte es der Gemeinde Mitwitz, einen Antiquitätenhändler, einen Gastronomiebetrieb und einen Arzt in der Ortsmitte anzusiedeln.

Röttingen

Röttingens Altstadt umgibt eine vollständig erhaltene Stadtmauer. Die Enge der Altstadt und die Vielzahl von ehemals landwirtschaftlich genutzten Gebäuden unter Denkmalschutz macht eine Anpassung an heutige Ansprüche ausgesprochen schwer. In der Folge steht ein Viertel der Hauptgebäude leer. Neben dem Grundstücks- und Entwicklungsfonds, der auch in Röttingen zum Einsatz kommt, liegt ein Auswertungsschwerpunkt bei Erfolgsfaktoren zur Entwicklung als famili-

Verbund unter den Modellvorhaben dar und hatten ursprünglich den ambitionierten Plan eines interkommunalen Grundstücks- und Entwicklungsfonds. Dieser Plan wurde mittlerweile zugunsten kommunaler Projekte zurück gestellt. Während Naila und Schwarzenbach jeweils mehrere Einzelprojekte der Leerstandsbehebung realisiert haben, entwickelt Selbitz auf Teilen einer Industriebrache eine „Neue Ortsmitte“ als Park- und Erholungsgelände.

Stadtlauringen hat einen Teil seiner umfassenden Gebäudeleerstände in der von Denkmälern geprägten Ortsmitte bereits im letzten Jahrzehnt mit Hilfe der Städtebauförderung revitalisieren können, in der Regel durch Erwerb, Sanierung und Vermietung durch die Kommune. Bei einem leerstehenden Gebäudekomplex und einem Gebäude am Marktplatz stößt die Kommune nach erfolgtem Zwischenerwerb eine private Investition an. Besonders Interesse gilt dabei der Frage, welche Rolle ein Grundstücks- und Entwicklungsfonds spielen kann.

Ideen und Strategien

Wie Minister Herrmann bilanzierte, „ist und bleibt die Stärkung und Wiederbelebung von Ortszentren auch 2014 ein Schwerpunkt der Städtebauförderung. Dank innovativer Ideen und Strategien gegen Gebäudeleerstand und Brachflächen können wir kommunale Ortszentren neu beleben.“ Fünf Wege führten zum Erfolg: Von der Konkurrenzfähigkeit zentraler Standorte überzeugen, Impulse durch eigene kommunale Angebote setzen, Planungen zwischen Kommune und Privaten eng abstimmen, kommunales Immobilienmanagement einrichten und örtliche Investitions- und Renditemöglichkeiten anbieten.

Hilfe zur Selbsthilfe

Im Doppelhaushalt 2013/2014 sei geplant, dass der Freistaat alle Bundesprogramme in vollem Umfang kofinanziert und für das Bayerische Städtebauförderungsprogramm darüber hinaus rund 48 Millionen Euro beisteuert. Bei allen Maßnahmen sei es wichtig zu verinnerlichen, dass die angebotenen Finanzhilfen und Beratungen in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe sind, betonte Herrmann. „In aktiven Kommunen mit eigenen guten Ideen, mit Bürgern, Geschäftsleuten und Wirtschaftsunternehmen, die sich ebenfalls aktiv einbringen, fallen diese Hilfen nachweislich auf besonders fruchtbaren Boden.“

DK

LBS-Service:

Modernisierungsmaßnahmen richtig finanzieren

Ob Wohnung oder Haus, vermietet oder selbst genutzt – alle 20 bis 30 Jahre ist eine Immobilie reif für eine größere Modernisierung, denn ungefähr so lange halten Fassadendämmung, Fenster und Heizung im Durchschnitt. In einem veralteten Haus ist die Wohnqualität geringer und der Energieverbrauch unzeitgemäß hoch. Die Gefahr von Bauschäden nimmt zu, der Vermögenswert dagegen ab. Wer als Hauseigentümer rechtzeitig modernisiert, profitiert deshalb mehrfach: Er wohnt komfortabel, hat niedrigere Heizkosten und beugt Schäden am Gebäude vor. Und er erhält den Wert seiner Immobilie oder steigert ihn sogar.

Auch eine Modernisierung muss finanziell auf sicheren Füßen stehen, teilt die LBS Bausparkasse mit. Damit diese das Haushaltsbudget nicht über Gebühr belastet, ist rechtzeitige Vorsorge entscheidend. Mit einem Bausparvertrag können Eigentümer gezielt vorsorgen. Wer zehn Euro pro Quadratmeter Wohnfläche im Jahr in einen Bausparvertrag einzahlt, schafft die finanziellen Voraussetzungen für spätere Modernisierungsarbeiten.

Was viele nicht wissen: Das Bauspardarlehen ist vielseitig einsetzbar. So können neben der offensichtlichen Verwendung für den Erwerb und die Entschuldung von Wohneigentum auch Modernisierungs-, Umbau- und Energiesparmaßnahmen finanziert werden. Wenn die Besitzer tätig werden, ist ihr Eigenheim häufig über dreißig Jahre alt. Während Bewohner notwendige Arbeiten also gerne vor sich herschieben, modernisieren

Käufer von Gebrauchtimmobiliën meist direkt vor dem Einzug und dann in der Regel umfassender als langjährige Nutzer. Wichtig ist es, die Modernisierungskosten von vorneherein in die Gesamtfinanzierung einzuplanen.

Für Modernisierer, die ihr Projekt sofort realisieren wollen, kommt eine Kombinationsfinanzierung in Frage. Dabei wird ein Bausparvertrag in Höhe des Finanzierungsbedarfs und ein tilgungsfreies Vorausdarlehen in gleicher Höhe abgeschlossen. Zu Beginn zahlt der Modernisierer lediglich die Zinsen für den Kredit und spart parallel dazu den Bausparvertrag an. Ist dieser zuteilungsfähig, löst er mit der Bausparsumme das Vorausdarlehen auf einen Schlag ab und begleicht anschließend nur noch das Bauspardarlehen. Das Modell sorgt für Zins- und Planungssicherheit von der ersten bis zur letzten Rate.

□

Bund Deutscher Landschaftsarchitekten:

Neubestimmung von Grün in der Stadt

Für den Berufsstand der Landschaftsarchitekten ist es bedeutsam, die Diskussion um neue Arbeitsfelder und die Wirksamkeit von Landschaftsarchitektur zu befördern und stets aufs Neue qualitätsvolle Gestaltung im aktuellen Kontext unter Berücksichtigung der ästhetischen, räumlichen, sozialen oder ökologischen Komponenten einzufordern. Vor diesem Hintergrund hat der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) aus Anlass seines 100. Geburtstags eine 318-seitige Publikation mit dem Titel „StadtGrün“ veröffentlicht, die sich mit der städtischen Freiraumplanung auseinandersetzt.

47 Autorinnen und Autoren – Landschaftsarchitekten und Landschaftsplaner, aber auch Architekten und Stadtplaner, Gärtner, Ökologen und Juristen, praktisch Tätige und Lehrende, Kommunikationswissenschaftler und Journalisten – bieten ein breit gefächertes Angebot an Stimmen und Inhalten für die Leserschaft dieses von Almut Jirku herausgegebenen und im Fraunhofer IRB Verlag erschienenen Fachbuches.

In einem Vorwort weist bdla-Präsidentin Andrea Gebhard darauf hin, dass Freiräume das tragende Gerüst des öffentlichen Raumes seien, in dem sich das städtische Leben abspielt. Sie bilden die Grundlage und den Rahmen, in dem Stadtkultur öffentlich

sichtbar werden kann. Dabei werde der öffentliche Raum zunehmend von den Bewohnerinnen und Bewohnern zurückerobert und als Bühne des städtischen Lebens genutzt. Vor diesem Hintergrund seien innovative und dynamische Ansätze zur räumlichen Gestaltung und Nutzungsmöglichkeiten der Freiräume zu entwickeln.

Zugleich macht Andrea Gebhard deutlich, dass die Planungsaufgaben vielfältiger werden, teilweise diametral entgegengesetzt sind, vergleicht man zum Beispiel Wachstumsregionen, in denen eine qualitätsvolle und quantitativ vertragliche Verdichtung gefordert ist, und Regionen, wo Rückbau das Gebot der Zeit ist.

DK



Bayerns Bauminister Joachim Herrmann (Bildmitte) gemeinsam mit den Preisträgern.

□

von Städten und Gemeinden eingereicht worden – „ein deutliches Signal, dass Städte und Gemeinden von sich aus Initiative ergreifen wollen“.

Die Ergebnisse des Modellvorhabens belegten, dass gerade gemeinsame, zwischen Kommune und Bürgern abgestimmte Projekte einen breit angelegten Erneuerungsprozess einleiten können. Denn für viele Menschen stelle die Rendite nicht das einzige Motiv für Ihre Investitionen dar, erklärte Herrmann. Sie wollten ihr Geld auch „sinnstiftend“ einsetzen und damit ihre Heimat und den Ort, an dem sie leben, unterstützen. Abgestimmte Entwicklungskonzepte seien dabei eine wichtige Basis, um gemeinsam zukunftsfähige Lösungen für eine lebendige Ortsmitte zu finden.

Freyung und Kemnath

Anhand zwölf ausgewählter Modellkommunen stellte Herrmann die Ergebnisse des Modellprojektes vor. So erprobten Freyung und Kemnath erfolgreich Investitionsmöglichkeiten zur Vermarktung zentral gelegener Grundstücke. Freyung hat eine historische Stadtmitte mit verkehrsbelasteter Haupteinkaufsstraße. Zahlreiche Leerstände verteilen sich auf alle Nutzungen und über die gesamte Innenstadt. In der jüngeren Vergangenheit ist es gelungen, Investitionen für die Innenstadt als Einkaufs- und Freizeitstandort auszulösen. Aktuell liegt der Schwerpunkt auf Belebung durch Wohnen. Ein besonderes Auswertungsprofil stellt die erfolgreiche Mobilisierung lokaler Kapitalgeber für die Ortsmittenrevitalisierung dar.

mit heterogenem Gebäudebestand auf. Der Kern – ehemals von Wohnnutzung, Einzelhandel und Gastronomie geprägt – stand zum Start des Vorhabens 2011 nahezu vollständig leer. Wichtige Erkenntnisse liefert die Blaibacher Strategie der Neupositionierung als Musik- und Konzertstandort als Mittel zur Leerstandsbehebung der Ortsmitte.

Mertingen

Mertingen fehlt eine identifizierbare Ortsmitte. Der Stadt- raum, der die Ortsmitte prägen könnte, ist heute noch ein aufgegebener Produktionsstandort einer Molkerei. Den Leerstand macht damit hauptsächlich eine Industriebrache aus, ergänzt durch ehemalige Landwirtschaftsgebäude. Die Besonderheit des Mertinger Ortsmittensprozesses liegt in der engen Zusammenarbeit mit einem großen Unternehmen und Grundstückseigentümer. Nach enger planerischer Abstimmung zwischen Kommune und Unternehmen soll in der Gemeinde Mertingen auf einer ehemals zentralen Brachfläche der neue Verwaltungssitz des Unternehmens entstehen.

Mitwitz

Die Ortsmitte von Mitwitz wird von einer Hauptverkehrsstraße belebt, aber auch belastet. Diese Verkehrsbelastung ist mitverantwortlich für die umfangreichen Leerstände von Ladenlokalen und ehemals gewerblich genutzten Flächen. Die Auswertung berücksichtigt besonders den Einsatz des Grundstücks- und Entwick-

lungsfonds, mit dem die Gemeinde wichtige Gebäude erworben hat sowie die Projektierung einer neuen Ortsmitte an einer Hauptverkehrsstraße. Engagiertes Immobilienmanagement ermöglichte es der Gemeinde Mitwitz, einen Antiquitätenhändler, einen Gastronomiebetrieb und einen Arzt in der Ortsmitte anzusiedeln.

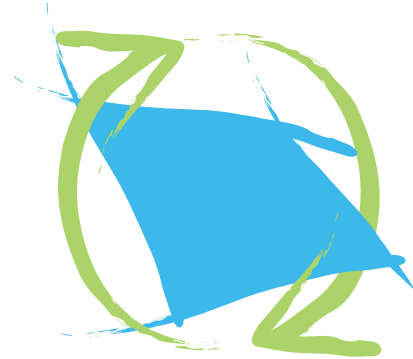
In der von vielen baukulturell bedeutsamen Gebäuden geprägten Altstadt von Schnaittach stehen zahlreiche denkmalgeschützte Gebäude leer. Ein ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäudekomplex mit Scheune wurde der Kommune gestiftet, die dort ein Modellvorhaben für altengerechtes Wohnen einrichten will. Nachdem sich die ursprüngliche Idee der Realisierung über eine Bürgerstiftung als nicht tragfähig erwiesen hat, konnte ein privater Investor gefunden werden. Dieser Veränderungsprozess steht im Fokus der Auswertung.

Schrobenhausen

Auch Schrobenhausens Altstadt umgibt eine komplett erhaltene Stadtmauer, innerhalb derer der Stadtplatz und anliegende Areale eine erstaunlich hohe Einzelhandelszentralität aufweisen. Trotzdem standen zahlreiche Ladenlokale leer. Schrobenhausen gelang es schließlich, von der Konkurrenzfähigkeit zentraler Standorte zu überzeugen. Mit Hilfe einer umfassenden Existenzgründungsberatung und einem Programm zur Aufwertung von Geschäftsflächen beleben heute neue Geschäfte die Ortsmitte.

Die Kommunen Schwarzenbach am Wald, Selbitz und Naila, die zu den bayerischen Kommunen mit den höchsten Bevölkerungsverlusten zählen, stellen den einzigen interkommunalen

Recyclingbaustoffe aus Bayern



BAUSTOFF
RECYCLING
BAYERN

**Der Umwelt zuliebe
nur mit diesem Zeichen!**

- sind geprüft, güteüberwacht und zertifiziert.
- gewährleisten die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung gemäß KrWG
- garantieren die Übereinstimmung mit bau- und umwelttechnischen Regelwerken
- schaffen Vertrauen zwischen Hersteller, Anwender und Behörden

www.baustoffrecycling-bayern.de

Deutliches Umsatzplus im bayerischen Bauhauptgewerbe

Personalstand ebenfalls höher als im November 2012, Auftragseingänge dagegen niedriger

Im November 2013 erzielten die in Bayern ansässigen bauhauptgewerblichen Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von gut 1,4 Milliarden Euro. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung entspricht dies einem nominalen Umsatzzuwachs von fast 108,2 Millionen Euro bzw. 8,3 Prozent gegenüber November 2012. Zu diesem deutlichen Umsatzplus haben alle Bausparten beigetragen, darunter überdurchschnittlich der gewerbliche und industrielle Tiefbau (+9,3 Prozent) sowie der Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (+24,4 Prozent).

Den gesamten baugewerblichen Umsatz regional auf Ebene der Regierungsbezirke betrachtet, zeigt sich, dass nur die Oberpfalz ein rückläufiges Ergebnis erfuhr (-2,1 Prozent), während die maßgeblichen Betriebe in den anderen sechs bayerischen Regierungsbezirken ihren baugewerblichen Umsatz im Durchschnitt zwischen 0,3 Prozent (Unterfranken) und

21,9 Prozent (Schwaben) steigern konnten.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe bezifferten sich im November 2013 auf insgesamt 714,3 Millionen Euro (-2,0 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert) und der Personalstand auf zusammen 82.641 tätige Personen (+8,0 Prozent), die im aktuellen Berichtsmonat fast 9,0 Millionen

Arbeitsstunden ableisteten (+6,9 Prozent) und dafür in Summe ein Bruttoentgelt in Höhe von 287,7 Millionen Euro bezogen (+8,0 Prozent).

Nominales Umsatzplus

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung mitteilt, erwirtschafteten die insgesamt 1.415 in Bayern ansässigen bauhauptgewerblichen Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen im November 2013 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von gut 1,4 Milliarden Euro. Im Vergleich mit dem Vorjahresergebnis bedeutet dies ein nominales Umsatzplus von 8,3 Prozent, wozu alle Bausparten beigetragen haben.

Die Umsatzzuwächse betrugen zwischen 4,9 Prozent (gewerblicher und industrieller Hochbau) und 24,4 Prozent (Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen). Regional nach Regierungsbezirken untergliedert, stehen dem im Vorjahresvergleich niedrigerem Umsatzwert in der Oberpfalz (-2,1 Prozent gegenüber November 2012) ausschließlich höhere Umsatzwerte in den anderen sechs bayerischen Regierungsbezirken gegenüber. Den relativ stärksten baugewerblichen Umsatzzuwachs erfuhr dabei Schwaben mit einem Anstieg von 21,9 Prozent auf 253,8 Millionen Euro.

Die Auftragseingänge der in Bayern ansässigen Betriebe des Bauhauptgewerbes von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen beliefen sich im November 2013 auf insgesamt 714,3 Millionen Euro, was einem Rückgang um 2,0 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert entspricht (November 2012: 728,6 Millionen Euro). Für dieses Minus zeichneten vier der sechs Bausparten verantwortlich.

Höhere Auftragseingänge verbuchten nämlich allein der öffentliche Hochbau (+65,1 Prozent auf 65,3 Millionen Euro) sowie der Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (+1,0 Prozent auf 68,9 Millionen Euro).

Der Personalstand in den maßgeblichen bauhauptgewerblichen Betrieben in Bayern lag im aktuellen Berichtsmonat ähnlich stark im Plus wie der baugewerbliche Umsatz. Mit insgesamt 82.641 tätigen Personen waren aktuell 8,0 Prozent mehr Personen im Bauhauptgewerbe beschäftigt als vor einem Jahr.

Die meisten dieser Beschäftigten waren erwartungsgemäß wiederum in der Branche „Bau von Gebäuden (ohne Fertigteilbau)“ eingesetzt (48,3 Prozent; November 2012: 47,4 Prozent). Von den insgesamt 82 641 Beschäftigten wurden zusammen fast 9,0 Millionen Arbeitsstunden erbracht (+6,9 Prozent gegenüber November 2012), womit eine Bruttoentgeltsumme in Höhe von 287,7 Millionen Euro einherging (+8,0 Prozent).

es im Infobereich und bei Vorträgen in der Haus- und Garten-Lounge.

Als Inspiration für das eigene Gartenparadies dienen darüber hinaus die kreativen Themengärten, die mit viel Liebe zum Detail gestaltet wurden. Sie widmen sich den Themen „Ur- laub auf Balkonien“, „Gärten für die Küche“, „Abenteuergarten“ sowie „Garten im Modern Style – Ideen für grüne Oasen“. Kinder frühzeitig für die Natur und den Garten zu begeistern, ist seit jeher ein Anliegen der Messeveranstalter. In der „Kinder-Gärtnerei“ lernen die kleinen Messebesucher den Umgang mit Pflanzen und finden Gelegenheit zum Spielen und Basteln.

Zu den größten Angebotsbereichen der Freizeit Messe gehört der Caravan- und Reisemobilsalon. Wer in seinem Urlaub Unabhängigkeit und Mobilität schätzt und am liebsten mit einem Reisemobil oder Caravan unterwegs ist, kann sich in den Hallen 7 und 7A über die neuesten Modelle von rund 40 in- und ausländischen Herstellern informieren. Die Freizeit-Messe ist eine gute Gelegenheit, um verschiedenste Grundrisse, Ausstattungen und Preise der Fahrzeuge direkt zu vergleichen. Das Spektrum reicht vom kompakten Campingbus bis hin zum geräumigen Luxus-Reisemobil mit allem erdenklichen Komfort. Neben den neuesten Fahrzeugmodellen kann man sich auch über Mietfahrzeuge informieren – für Neueinsteiger eine gute Möglichkeit, um erste Erfahrungen mit einem Reisemobil zu sammeln. **DK**

Holder Winter-Roadshow 2014:

Lösungen für den Winterdienst live erleben

Vom 23. Januar bis zum 27. März findet die 3. Holder Winter-Roadshow in ausgewählten Höhenlagen der Länder Deutschland, Österreich und Tschechien statt. In Fachgesprächen und kommentierten Präsentationen stellen Holder und Anbaupartner unter anderem die neuesten Entwicklungen rund um das Räumschild, die Frontkehrwalze, die Schneefräscheleuder und den Eiskratzer vor. Weitere Anwendungen aus dem kommunalen Sektor, wie z. B. Kehren und Mähen, werden ebenfalls vorgestellt.

Die Veranstaltung richtet sich an Entscheider in Kommunen und Bauhöfen sowie in Dienstleistungs- und Facility-Unternehmen, die nach kosteneffizienten und nachhaltigen Lösungen im Winterdienst suchen. Natürlich sind auch interessierte Fahrer willkommen.

Qualität und Komfort

Auf der Winter-Roadshow lassen sich Qualität und Komfort der Geräte selbst erfahren - im wahrsten Sinne des Wortes. Die multifunktionalen Geräte können von den Besuchern unter realen Bedingungen getestet werden. Beim Fräsen, Räumen und Schneekehren sowie beim Streuen von Sand, Splitt und Sole lässt sich die Leistungsfähigkeit der knickgelenkten Geräteträger gezielt in Augenschein nehmen. Außerdem besteht die Möglichkeit, mit Holder-Mitarbeitern und Vertriebspartnern individuelle Fachgespräche zu führen. Anschauliche Präsentationen und ausführliches Infomaterial runden das Programm ab.

Die Teilnahme ist kostenfrei, um Anmeldung wird gebeten.

Näheres unter: www.max-holder.com



Holder vor Ort - Gründung der Holder Services GmbH

Neben qualitativ hochwertigen Produkten ist ein professioneller Service die Grundlage für zufriedene Kunden. Dieser Service ist allerdings oft nur durch die unmittelbare Nähe zum Kunden zu gewährleisten.

Im Umkreis von Metzingen gelingt dies der Max Holder GmbH mit der hauseigenen Werkstatt bisher sehr gut. Der Anspruch des Unternehmens ist jedoch, den Service in ganz Deutschland und auch weltweit kontinuierlich zu verbessern. Deshalb wurde die Holder Services GmbH - eine hundertprozentige Tochterfirma der Max Holder GmbH - ins Leben gerufen. „Durch sie können wir noch flexibler und spezifischer auf die Anforderungen unserer Kunden reagieren“, teilt das Unternehmen mit. Geschäftsstart ist am 1. Februar 2014.

Leistungspalette

Folgende Leistungen werden weltweit von der Holder Services GmbH angeboten: Wartung und Reparatur, Garantieabwicklung, Durchführung von Fahrer- und

Technikerschulungen, Fahrzeugvorführungen und -einweisungen. Die Serviceleistungen der Max Holder GmbH bestehen natürlich weiterhin.

Neben dem Stammsitz in Metzingen wird am 1. Februar 2014 in Stadthagen (nahe Hannover) der erste Standort eröffnet. Die großzügig angelegten Räumlichkeiten verfügen über Werkstatt, Ersatzteillager, Waschküche, Ausstellungsbereich und Büroräume.

Für einen erfolgreichen Start konnten Mitarbeiter mit langjähriger Holder-Erfahrung gewonnen werden, die mit den Kunden und Produkten sehr vertraut sind. Kaufmännischer Geschäftsführer ist Philipp Betz und die operative Geschäftsführung wird durch Wolfgang Schwarz wahrgenommen.

Info: www.holder-services.de

Erstmals Bau- und Energietage Ostallgäu

Mit der Messe „Bau- und Energietage Ostallgäu“ setzten der Landkreis Ostallgäu und die Stadt Marktoberdorf in Zusammenarbeit mit eza! neue Akzente beim Thema Klimaschutz. Die Premiere der breitgefächerten Ausstellung, bei der 45 regionale Handwerksbetriebe, Planer und Architekten ihre Produkte und Dienstleistungen rund ums energieoptimierte Bauen und Sanieren präsentierten, fand im Marktoberdorfer Modeon statt. Auch die stärkere Nutzung erneuerbarer Energiequellen in privaten Haushalten war ein wichtiges Thema.

Ob Holzhausanbieter oder Massivhausanbieter, Fenster- oder Heizungsbauer, Planer oder Handwerksbetrieb - die Besucher erwartete ein umfassendes Informationsangebot, auch zum Thema Photovoltaik und der Speicherung von Solarstrom. Zudem standen 30 Vorträge an zwei Tagen auf dem Programm.

Einsparpotenziale

Laut Landrat Johann Fleschhut kommt im Energiemasterplan der Energieeinsparung neben dem Ausbau erneuerbarer Energien eine zentrale Rolle zu: „Unsere größten Einsparpotenziale stecken in den Bestandsgebäuden und deren energetischer Sanierung.“ Dort werden 28 Prozent der gesamten Energie im Landkreis verbraucht. „Wir müssen die Hausbesitzer

noch stärker aufklären, damit die Sanierungsrate steigt und der CO2-Ausstoß sinkt“, ergänzte Marktoberdorfs 1. Bürgermeister Werner Himmer. In der neuen Veranstaltung sehen beide ein wichtiges Informationsforum dafür und einen Baustein für die Umsetzung der bestehenden Klimaschutzkonzepte.

Denn hier werden die Besucher umfassend darüber aufgeklärt, wie sie ihren Beitrag zum Klimaschutz durch energieoptimiertes Bauen und Sanieren, Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien leisten können, erklärte Himmer und Fleschhut fügte hinzu: „Wir haben sehr innovative Unternehmen im Ostallgäu, die sowohl im Baubereich wie auch bei erneuerbaren Energien zukunftsweisende Lösungen anbieten.“

Freizeit-Messe Nürnberg:

Einstimmung auf den Frühling

Vom 26. Februar bis 2. März 2014 verwandelt sich das Nürnberger Messezentrum im Rahmen der Freizeit-Messe Nürnberg in ein riesiges Garten-, Urlaubs- und Freizeitparadies. Rund 750 Aussteller aus 12 Ländern präsentieren in acht Messehallen mit einer Ausstellungsfläche von rund 60.000 Quadratmetern Angebote der freizeitorientierten Branchen, stellen interessante Neuheiten vor und liefern viele Anregungen für die Urlaubs- und Freizeitgestaltung. Darüber hinaus ergänzen Themenparks und Aktionsbereiche das wirtschaftliche Angebot und sorgen für einen abwechslungsreichen und unterhaltsamen Messebummel.

Besonderen Wert legt die veranstaltende AFAG Messen und Ausstellungen GmbH auf einen hohen Erlebniswert. So setzen attraktive Erlebnisbereiche, aufwändig gestaltete Sonderschauen und unterhaltsame Events beim Messebummel die Akzente. Die Messebesucher können auch selbst aktiv werden z. B. auf einem Testparcours die neuesten Fahrräder testen, am kostenlosen Schnuppertauchen teilnehmen, beim Putting-Wettbewerb ihr Golftalent testen oder an der Reisetombola mitmachen und tolle Reisen und Sachpreise gewinnen.

In der Besuchergunst rangiert der Internationale Reisemarkt ganz vorn und wer noch nicht weiß, wohin die nächste Urlaubsreise gehen soll, findet in Halle 9 von der Naherholung bis zur Fernreise eine Fülle wertvoller Anregungen. Ob es ein Urlaub mit dem eigenen Auto sein soll, eine Flugreise, eine Busreise, eine Reise mit der Bahn oder eine Kreuzfahrt – das Angebot des Reisemarktes lässt kaum Wünsche offen.

Urlaub im eigenen Land ist bei den Deutschen überaus beliebt, wie die guten Tourismuszahlen der deutschen Ferienregionen belegen. Auch bei der Freizeit-Messe bilden die deutschen Urlaubsziele, von der Nord- und Ostsee bis zu den Alpenregionen, einen Schwerpunkt. Besondere Bedeutung hat die Naherholung und so zeigen die Touristikregionen Mittelfrankens, Oberfrankens, Unterfrankens und der Oberpfalz auf der Messe starke Präsenz und empfehlen sich für Tages-touren und Ausflüge und für erholsame und abwechslungsreiche Urlaubstage.

Auch diejenigen, die es in ihrem Urlaub in die Ferne zieht und die exotische Länder kennen lernen möchten, können sich bei Spezialreiseveranstaltern über Fernreisen in viele Länder der Erde sowie über individuelle Reisen abseits des Pauschalismus informieren. Anregungen für die nächste Urlaubsreise liefern außerdem die Filmbeiträge und Vorträge im Urlaubskino. Auf der Showbüh-

ne des Reisemarktes werden Reiseveranstalter und Urlaubsregionen besonders interessante Urlaubsziele vorstellen.

Traditionell präsentiert die Freizeit-Messe jedes Jahr ein Gastland. Diesmal steht Brasilien im Mittelpunkt einer stimmungsvollen Erlebniswelt, die unter dem Motto „Bemvindo Brasil“ das Gastgeberland der Fußball-WM 2014 in den Mittelpunkt stellt.

Gartenliebhaber werden schon ungeduldig der neuen Gartensaison entgegenfiebert. Mit einem Besuch der Freizeit-Messe lässt sich die Wartezeit verkürzen, denn für Hobbygärtner ist die größte Gartenmesse Nordbayerns ein wahres Eldorado. Wer seinen Garten verschönern möchte, Anregungen und Inspirationen sucht oder Gartenbedarf benötigt, findet in drei Hallen ein breites Angebot, das kaum Wünsche offen lässt.

Aufwändig gestaltete Mustergärten

Galabau-Betriebe aus der Region zeigen anhand aufwändig gestalteter Mustergärten die Gartentrends 2014 und liefern so wertvolle Anregungen und Ideen für eine Garten-Neugestaltung oder die Umgestaltung des eigenen Gartens. Tipps vom Gärtnermeister und eine fachkundige Beratung von Gartenverbänden, Organisationen und Interessengemeinschaften gibt

**3 LÄNDER
3 MONATE
11 ORTE**

EINLADUNG ZUR HOLDER WINTER-ROADSHOW 2014

Nutzen Sie die Gelegenheit und erleben Sie das Holder Komplettdienstprogramm gegen Eis und Schnee im härtesten Wintereinsatz. Alle Termine in Deutschland, Österreich und Tschechien sowie Anmeldung unter: www.max-holder.com

HOLDER
KEINE KOMPROMISSE

Nachhaltigkeit – (k)ein Thema für die öffentliche Abwasser-Entsorgung?

Nachhaltiges Handeln beinhaltet ökologische, ökonomische und soziale Kriterien, um sich nachfolgenden Generationen gegenüber verantwortlich zu zeigen. Von der Privatwirtschaft wird deshalb eine Corporate Responsibility (CR), auch als Corporate Social Responsibility (CSR) bezeichnet, erwartet: Ein Unternehmen in der Verantwortung des nachhaltigen Wirtschaftens. Dass dies eben nicht nur durch ökonomische Werte begründet wird, sondern insbesondere durch außer-monetäre Indikatoren ausgedrückt werden kann, wird beispielsweise in dem etablierten System der Global Reporting Initiative (GRI) in der aktuellen Version G4 deutlich.

Bereits 2001 legte die Kommission der Europäischen Gemeinschaften das GRÜNBUCH der Europäischen Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen vor. „Immer mehr europäische Unternehmen agieren sozial verantwortlich als Reaktion auf mannigfaltigen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Druck. Ihr Ziel ist, ein Zeichen zu setzen gegenüber den Stakeholdern, mit denen sie in einer Wechselbeziehung stehen: Arbeitnehmern, Anteilseignern, Investoren, Verbrauchern, öffentlichen Behörden und NRO“, so geschrieben im endgültigen Bericht der Kommission KOM (2001) 366.

Ab dem Jahr 2016 geht die EU wesentlich weiter: Es soll eine Berichtspflicht zur Corporate Responsibility von Unternehmen ab 500 Mitarbeitern per einem Umsatz ab 40 Mio. Euro pro Jahr gelten. Diese Berichtspflicht enthält dabei nicht-monetäre Kennzahlen beispielsweise zur Umwelt, zur

sozialen Verantwortung, zum Umgang mit Mitarbeitern und zur Anti-Korruption.

Die EU-Terminologie zur Corporate Responsibility bezieht sich auf Unternehmen, deren legitimes Oberziel in der Gewinnorientierung (For Profit) besteht, und die sich zukünftig darüber hinausgehend in gesellschaftlicher Hinsicht verantwortlich zeigen, also nicht nur sich selbst, sondern der Allgemeinheit dienen sollen. Diese gesellschaftliche Verantwortung wurde in der Vergangenheit insbesondere öffentlichen Betrieben (Nonprofit-Organisationen) zugeordnet, deren Oberziel wiederum in der Bedarfsdeckung besteht.

Dienstprinzip

Bereits vor Jahrzehnten wurde diesbezüglich das für den öffentlichen Betrieb typische Dienstprinzip (Prof. Dr. Karl Oettle, Vorstand des Institut für öffentliche Wirtschaft an der Ludwigs-Maximilians-Universität von 1968 bis

1994) beschrieben. Das Dienstprinzip zeichnet sich unter anderem durch einem ganzheitlichen Blick auf das gesamte betriebliche Handeln aus. Übertragen auf die Nachhaltigkeitsdiskussion folgt daraus, dass öffentliche Betriebe das Prinzip des nachhaltigen Wirtschaftens bzw. der Corporate Responsibility per se verinnerlicht haben sollten.

Nachhaltigkeit im Baubereich im Allgemeinen und in der Kanalisation im Besonderen

Nachhaltigkeitsaspekte griff im Jahr 2012 der damals amtierende Bundesminister Dr. Peter Ramsauer – dessen akademischer Lehrrer Karl Oettle war – im „Leitfaden Nachhaltiges Bauen“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung auf, in dem er verdeutlichte: „Öffentliche Bauten haben hier eine Vorbildfunktion.“ Und wie wichtig dies im Bereich der Kanalisation sein sollte, zeigt auch der Blick auf den erheblichen sozialen, ökologischen und ökonomischen Wert, den die Kanalisation in Deutschland darstellt. Seit Beginn der flächendeckenden Einführung vor etwa 150 Jahren kann die Abwasserentsorgung heute als ein wahrer Segen für die hygienische und daraus folgend für die urbane so-

wie industrielle Entwicklung in Deutschland bezeichnet werden. Ein unverzichtbares öffentliches Gut mit einem geschätzten heutigen Wert von etwa 700 Mrd. Euro. Claus Kumutat, Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, erklärte bereits 2011: „Öffentliche Kanalnetze sind häufig die größten Anlagenwerte von Städten und Gemeinden. Um dieses Vermögen auch in Zukunft zu erhalten, besteht ein erheblicher Handlungsbedarf.“

Mängel in der nachhaltigen Bewirtschaftung der Kanalisation

Doch leider wird das wertvolle Gut in einigen Kommunen nicht nachhaltig bewirtschaftet. Oft werden TV-Inspektionen nur unzureichend durchgeführt, insgesamt wird im Durchschnitt über Deutschland hinweg zu wenig investiert. Das Kanalnetz ist in die Jahre gekommen, denn etwa 28 % der Kanäle sind älter als 50 Jahre, 15 % älter als 75 Jahre und 6 % sogar älter als 100 Jahre. Derzeit wird nicht einmal so viel investiert, um das bestehende Kanalnetz zu erhalten. Die Folge: Aus bis zu 23 % der Kanalnetze in Deutschland exfiltrieren Abwässer aus brüchigen, überalterten Kanälen.

Das Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen (LANUV) zeigte in einer Studie von 2012, dass das Grundwasser in Siedlungsgebieten deutlich, statistisch signifikant stärker mit abwassertypischen Kontaminationen belastet ist als im ländlichen Raum. Neben anorganischen Indikatorstoffen wie Bor, Kalium, Natrium, Chlorid und Ammonium können Humanarzneistoffe, Röntgenkontrastmittel, Rückstände aus Körperpflegeprodukten sowie weit verbreitete Industriestoffe mit endokriner Wirkung nachgewiesen werden. Als dramatisch muss der punktuelle Eintrag von Darmbakterien (Coliforme und E. coli) in das Grundwasser bei Siedlungsgebieten angesehen werden.

Aktionsgemeinschaft Impulse pro Kanalbau fordert: Schluss mit dem Investitionsstau

Seit zwei Jahren fordert die Aktionsgemeinschaft „Impulse pro Kanalbau“ einen verstärkten nachhaltigen Umgang mit der Kanalisation. Hier erfuhr der Zusammenschluss von 25 Organisationen (Wirtschaftsverbände, IG BAU, sowie zwei Universitäten) ebenfalls die Unterstützung durch den Bundesbauminister. Dr. Ramsauer verdeutlichte in seinem Grußwort 2013 zum zweiten Forderungskatalog der Aktionsgemeinschaft: „Ich begrüße es, dass die Aktionsgemeinschaft „Impulse pro Kanalbau“ diese umfassende Aufgabe aufgreift.“



Viele Abwasserkanäle müssten nach Expertenmeinung hierzu saniert werden. Bild: djd/Impulse pro Kanalbau

125 Jahre Freisinger Trinkwasserversorgung

Wasser ist eine der wichtigsten Ressourcen für den Menschen und die Grundlage allen Lebens. Der freie Zugang zu einwandfreiem Trinkwasser in ausreichender Menge sollte ein sichergestelltes Grundrecht jedes Menschen sein. Bereits seit 125 Jahren darf die Freisinger Bevölkerung ausgezeichnetes Wasser permanent, preisgünstig und in großer Menge nutzen. „Wir empfinden dies heute als angenehme Selbstverständlichkeit“, erklärt Andreas Voigt, Werkleiter der Stadtwerke Freising. „Wenn ich im Urlaub Trinkwasser in Flaschen kaufen muss, wird mir wieder besonders bewusst, wie wichtig sauberes Wasser für unser Leben ist. Dafür setzen sich die Stadtwerke in Freising ein.“

Die Versorgung aller Freisinger Haushalte mit einwandfreiem Wasser konnte nach Angaben der Stadtwerke allerdings erst durch einen großen technischen und finanziellen Aufwand Ende des 19. Jahrhunderts hergestellt werden: Es musste eine „vorzügliche und reichhaltige Quelle“ gefunden werden, die nahe genug an der Stadt gelegen war, um eine Wasserleitung bauen zu können, aber nicht im Hochwasserbereich der Isar.

Die zunächst eher halbherzig angegangene Suche begann etwa im Jahr 1833, als die Stadt den Unterhalt für die 16 existenten Brunnen übernahm, und dauerte ganze 55 Jahre. In dieser Zeit haben sich verschiedene Mediziner besonders für die Suche nach sauberem Trinkwasser eingesetzt. Bis 1880 zogen sich Verhandlungen, Probebohrungen, Versuche und Expertisen hin.

Schließlich wurden Fachleute aus München hinzugezogen, denn die Suche nach sauberem Trinkwasser war auch dort wie in vielen Städten zu dieser Zeit ein wichtiges Thema. An der Spitze der konsultierten Fachleute stand Dr. Max Pettenkofer, Hygieniker, Geheimrat und Obermedizinalrat, dem München auch sein Abwasserkanalssystem verdankt. Doch die Anforderungen an die Qualität des Wassers, die von diesen Fachleuten formuliert wurden, konnten mit den in der Stadt vorhandenen Brunnen und Probebohrungen nirgends erfüllt werden.

1884 schaltete sich die Regierung von Oberbayern ein, indem sie definitiv die Einführung einer zentralen Wasserversorgung for-

derte. 1885 wurde man fündig: In neun Metern Tiefe stieß man auf einen Grundwasserstrom. Die probenhalber erbaute Maschinenanlage konnte 2.250 Kubikmeter pro Tag Wasser fördern.

Nun wurde das Projekt endlich ohne weitere Verzögerungen angegangen: Auf dem Schillerberg wurde ein Hochwasserreservoir geplant, 40 Meter über der Pumpstation, so dass die Straßenhydranten, die alle 100 Meter im Rohrnetz errichtet werden sollten, genügend Druck zur Brandbekämpfung haben würden. Mit der Wasserkraft der Veitsmühle an der Moosach sollte das Wasser auf den Berg gepumpt werden. Auch Neustift sollte an das Stadtrohrnetz angeschlossen werden. Spätestens war im April 1888. Nach einer zufriedenstellenden Druckprobe am 2. Dezember erfolgte einen Tag später die offizielle Inbetriebnahme.

Die Bemühungen um die zuverlässige Bereitstellung des täglichen Wasserbedarfs gingen danach unvermindert weiter. 1959, im Jahr ihrer Gründung, übernahmen die Stadtwerke Freising die Verantwortung für die Wasserversorgung. Jahr für Jahr wird in das Netz investiert, um die Versorgung langfristig sicherzustellen. So wurde beispielsweise unter hohem finanziellen Aufwand ein Trinkwasserhochbehälter gebaut, der mit seinen Speicherkapazitäten von 5.000 Kubikmetern die Versorgung Freisingis zuverlässig und langfristig sicherstellt. Modernste Computertechnik erlaubt heute eine ständige Kontrolle und die Fernsteuerung des Netzes. DK

Reparatur oder Erneuerung?

Kanalsanierung auf der IFAT 2014

Von undichten Kanälen gehen diverse Gefahren aus. So kann austretendes Schmutzwasser den Boden und das Grundwasser verunreinigen. Außerdem erhöht in die Kanalisation eindringendes Fremdwasser die Betriebskosten der Kläranlagen. Weiterhin kann es zu Bodenausspülungen kommen. Die damit im Extremfall verbundenen Senkungen können dann die darüber liegenden Infrastruktureinrichtungen und Gebäude gefährden.

Der Markt bietet eine Vielzahl von qualitativ hochwertigen und wirtschaftlich tragfähigen Sanierungslösungen. Die neuesten Technologien in diesem Bereich präsentieren die Aussteller der weltweit wichtigsten Umwelttechnologiemesse IFAT vom 5. bis 9. Mai 2014 in München.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts hat das Kanalnetz in Deutschland derzeit eine Länge von fast 562.000 Kilometern. Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) geht davon aus, dass rund 20 Prozent aller Abwasserkanalhaltungen hierzulande schadhaft sind. Otto Schaaf, DWA-Präsident und Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln weiß, dass „für viele dieser Schadensfälle Reparatur- und Renovierungsverfahren mittlerweile qualitativ und wirtschaftlich echte Alternativen zur Kanalnetzernuerung sind – vorausgesetzt natürlich, Planung und Umsetzung stimmen“.

Fachtechnische Eignung

Vor der Vergabe von Sanierungsaufträgen prüfen Auftraggeber und Netzbetreiber die Eignung der Bieter. Eine zwischen Auftraggebern, Ingenieurbüros und Auftragnehmern abgestimmte Grundlage zur Bewertung der fachtechnischen Eignung ist die Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961. Unternehmen mit Gütezeichen Kanalbau haben für bestimmte Ausführungsbereiche nachgewiesen, dass sie technisch leistungsfähig, erfahren und zuverlässig sind.

Dipl.-Ing. Hans-Christian Möser vom Güteschutz Kanalbau e.V. hierzu: „Fast alle Firmen, die in Deutschland in der Sanierung von Abwasserkanälen tätig sind, führen das entsprechende Gütezeichen Kanalbau. Die Anzahl der pro Sanierungsverfahren verliehenen Gütezeichen spiegelt

die Marktverhältnisse wider. Demnach sind die Schlauchliniungsverfahren nach wie vor dominierend.“

Neue Kameras

Nach den Beobachtungen von Möser erscheinen die Sanierungssysteme so ausgereift, dass Weiterentwicklungen hauptsächlich in Details stattfinden. Ähnlich sehe es auch bei der Kanalisationsinspektion aus. Als Beispiel nennt der Prüfingenieur neue, hochauflösende Kameras, die sich besonders für den Einsatz in Großprofilen eignen. Auch bei der Untersuchung der Grundstücksentwässerungs-

leitungen gehe es voran. „Durch weitere Miniaturisierung stehen bogengängige, abbiegefähige Kameras mit Dreh-/Schwenkkopf zur Verfügung. Die Weiterentwicklung der 3D-Vermessungssysteme ermöglicht eine weitgehend automatisierte Erstellung von Bestandsplänen, bei der alle relevanten Daten während der Inspektion vom System erfasst und ausgewertet werden“, schildert Möser.

Auf der IFAT 2014 werden die Aussteller aus diesem Bereich in den Hallen B4 und B5 sowie auf einem Teil des Freigeländes auf insgesamt rund 20.000 Quadratmetern einen umfassenden Marktüberblick über die neuesten Injektions-, Relling-, Einzieh- und Beschichtungsverfahren der Kanalsanierung geben.

Weitere Informationen gibt es unter www.ifat.de □

Hochwasserschutz in Niederbayern kommt mit großen Schritten voran

Im Rahmen des Sofortprogramms zur Beseitigung der Schäden des Juni-Hochwassers 2013 wurden bayernweit bereits umfangreiche Sanierungsarbeiten umgesetzt. Auch die sonstigen Baumaßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes laufen unter Hochdruck. Das betonte der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber bei einem vor-Ort-Besuch in Nattenberg.

Huber: „Die im Juni entstandenen Schäden müssen zum Schutz der Bürger vor Gefahren durch Hochwasser umgehend beseitigt werden. Seit Wochen finden bayernweit die Reparaturarbeiten mit höchster Priorität statt. Die Arbeiten entlang der niederbayerischen Donau kommen zügig voran: Alle gebrochenen Deiche wurden sofort erneuert, die Nachrüstung der weiteren Deiche läuft unter Hochdruck.“

Im Bereich Nattenberg wird als ergänzende Sicherungsmaßnahme der bestehende Donaudeich zwischen Steinkirchen und dem Autobahndamm der A 3 im Rahmen des Sofortprogramms auf einer Länge von 5.400 Metern durch eine Innendichtung gesichert, 4,3 Millionen Euro werden dafür eingesetzt. Die Arbeiten dazu beginnen Anfang 2014.

Die Maßnahmen in der Region

haben aufgrund der großen Betroffenheit der Menschen durch das Juni-Hochwasser besondere Bedeutung. So wurden beispielsweise die Deiche bei Fischerdorf und Auterwörth auf einer Länge von jeweils 300 Metern wieder hergestellt. Insgesamt wurden dafür knapp 2,5 Millionen Euro eingesetzt. Daneben wurden mit einem finanziellen Volumen von über 7,5 Millionen Euro mehr als zehn Kilometer Stahlpundwände in die Deiche in den Bereichen Fischerdorf, Nideraltaich, Auterwörth und Bogen eingebracht. Das Wasserwirtschaftsamt Deggen Dorf hat ein Sofortprogramm zur Schadensbeseitigung an den wasserwirtschaftlichen Anlagen aufgestellt. Dafür wurden dem WWA Deggen Dorf allein für dieses Jahr rund 19 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. □

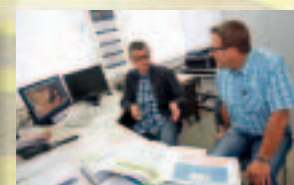
Qualität fordern – Maßstäbe setzen

neutral – fair – zuverlässig

Gütesicherung Kanalbau steht für eine objektive Bewertung nach einheitlichem Maßstab



Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961



Ihr Partner bei der Bewertung der

- Fachkunde
 - technischen Leistungsfähigkeit
 - technischen Zuverlässigkeit
- der ausführenden Unternehmen

www.kanalbau.com

Wasserwirtschaftliche Jahrestagung des BDEW in Berlin:

Strategien und Signale

Über aktuelle politische Entwicklungen und Zukunftsstrategien diskutierten auf der 12. Wasserwirtschaftlichen Jahrestagung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) in Berlin 130 Teilnehmer mit Spitzenvertretern aus Politik und Branche.

Das traditionelle Branchentreffen der Wasserwirtschaft befasste sich in zahlreichen Kurzvorträgen und Diskussionsrunden mit den Themen Dienstleistungskonzessionsrichtlinie sowie Bereichsausnahme Wasser, Fracking und Trinkwasserschutz, Auswirkungen der GWB-Novelle, die drohende Erhöhung der Abwasserabgabe, Cyberabwehr und Breitbandkabelausbau in der Wasserversorgung sowie Wasserwirtschaft als attraktiver Arbeitgeber.

Wichtige Signale

Als aktuell wichtige Signale für die Wasserwirtschaft wurden überwiegend die Bereichsausnahme für die Wasserwirtschaft in der Konzessionsvergaberichtlinie und eine grundsätzliche positive Ausrichtung des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD für die Wasserwirtschaft angesehen. Jetzt komme es darauf an, in den kommenden vier Jahren Konkretisierungen für die Vermeidung von Stoffeinträgen wie Pestizide und Nitrat sowie Regelungen zum Fracking umzusetzen, lautete der Tenor.

Von der Branche kritisch gesehen wird die im Koalitionsvertrag erwähnte Beendigung der Klärschlammausbringung zu Dünge Zwecken. Grundsätzliche Diskussionen sind auch bei einer möglichen Abwasserabgabe und der nationalen Umsetzung der prioritären Stoffliste zu erwarten.

Mit dem Koalitionsvertrag zeigte sich BDEW-Vizepräsident Wulf

Abke weitgehend zufrieden. Er erwartet von der neuen Bundesregierung für die (Ab)Wasserunternehmen Gestaltungsspielraum. Die Auswirkungen des Klimawandels und der demografische Wandel, der in einigen Gebieten fast eine Teilentvölkerung bedeute, stellten die Unternehmen vor neue Herausforderungen. Dafür benötigten die Unternehmen auch finanziellen Freiraum. Alle Ver- und Entsorger seien aufgerufen, kostendeckend zu arbeiten und die notwendigen Investitionen nicht aufzuschieben.

Mit Blick auf die Dienstleistungskonzessionsrichtlinie machte Abke deutlich, dass die Verhandlungen der EU zum geplanten Freihandelsabkommen (TTIP) nicht dazu führen dürften, dass die kommunale Verankerung der Wasserver- und Abwasserentsorgung in Deutschland beeinträchtigt wird.

Gute Ausgangsposition

Aus den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag berichtete MdB Ingbert Liebing, der zugleich Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU ist und in der vergangenen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages für die Union im Umweltausschuss für Wasser zuständig war. Man habe das Thema Wasser nicht aus der EU-Konzessionsvergaberichtlinie ausgenommen, um dieses nun mit dem geplanten Freihandelsabkommen (TTIP) wieder auf dem Tisch zu haben. Der Koalitionsvertrag

schaffe eine gute Ausgangsposition, um die Belange der Wasserwirtschaft umzusetzen, betonte Liebing.

Was die unkonventionelle Erdgasförderung anbelangt, macht der Koalitionsvertrag relativ deutliche Angaben. Liebing begrüßte, dass die neue Bundesregierung beim Thema Fracking dem Schutz des Trinkwassers ausdrücklich Vorrang vor der Erdgasgewinnung einräume.

Auf die Wasserversorger wenig Auswirkungen hat nach Auffassung von Felix Engelsing (Bundeskartellamt) und Thomas Freiherr von Fritsch (Landesregulierungs- und Wasserkartellbehörde Baden-Württemberg) die Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Neu im GWB sei der Begriff der rationalen Betriebsführung. Um sich diesem Begriff anzunähern, hat der BDEW ein Gutachten vergeben. Auftragnehmer Jörg Schielein (Rödl und Partner) erläuterte die Grundzüge des Entwurfs des Gutachtens.

Aspekte klären

Aus seiner Sicht geht es derzeit vordringlich um die Klärung folgender Aspekte für eine sachgerechte Wasserpreisaufsicht: Welche Leistungen bilden die rationelle Betriebsführung eines Wasserversorgers ab? Wie kann sichergestellt werden, dass bei einem Vergleich ein einheitlicher Kostenbegriff zugrunde gelegt wird? Welche Einflussfaktoren sind bei der rationalen Betriebsführung anzuerkennen und wie werden sie messbar?

Das von der Branche praktizierte Benchmarking, kartellrechtliche Ansätze (Vergleichsmarktan-satz/Kostenprüfung), unternehmensindividuelle Effizienzbestimmung (Kostenanalyse) sowie statistische Modelle werden von den Gutachtern anhand von zehn Kriterien untersucht und bewertet. Eine Gewichtung wird ausdrücklich nicht vorgenommen.

Mehr Beteiligung gefordert

Das von der Branche initiierte Benchmarking sowie der BDEW/

Umweltminister Marcel Huber:

VKU-Kalkulationsleitfaden wurden von Felix Engelsing (Bundeskartellamt) ausdrücklich begrüßt. Auch Ingbert Liebing sowie Jörg Rechenberg (Umweltbundesamt UBA) riefen die Branche zu mehr Beteiligung an diesen Leistungsvergleichen auf. Ein Pflicht-Benchmarking wolle man derzeit nicht, so Rechenberg, aber das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt erwarteten deutlich höhere Beteiligungsquoten. Sollten diese sich nicht einstellen, werde man nach fünf Jahren über ein Zwangsbenchmarking nachdenken.

Auch Franz Otillinger (Stadtwerke Augsburg Wasser GmbH) rief die Branche auf, sich mehr an Benchmarking zu beteiligen. Er stellte die fast abgeschlossenen Branchenkennzahlen vor, ebenso das Vorhaben von BDEW und DVGW, Hauptkennzahlen zu entwickeln. Die Branchenkennzahlen sollen im nächsten Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft, für März 2015 geplant, aggregiert veröffentlicht werden.

Leistungskatalog

Ein vom UBA entwickelter Katalog der vorsorgenden Leistungen der Wasserversorger für den Gewässer- und Gesundheitsschutz, vorgestellt von Jörg Rechenberg, soll mit den Hauptkennzahlen ebenfalls abgebildet werden. Das BMU wird auf das Bundesgesundheits- und das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) zugehen, um den Katalog abzustimmen. Geplant ist eine Veröffentlichung im Bundesanzeiger, um das Verständnis, um welche Leistungen es sich hier handelt, für Öffentlichkeit, Behörden und Gerichte, besonders bei Kartellverfahren, zu dokumentieren.

Riskantes Vorhaben

Klare Worte fand auch Ingrid Chorus (Umweltbundesamt) mit Blick auf das EU-Vorhaben, Breitbandkabel auch in Trinkwasserleitungen verlegen lassen zu wollen: „Trinkwasserleitungen sind nur fürs Trinkwasser da und dabei sollte es auch bleiben.“ Die Risiken seien zu groß. Auch auf europäischer Ebene deutet sich nun eine Ablehnung des Vorhabens an, auch wenn die Befürworter, allen voran die Telekommunikationsunternehmen, nach wie vor starkes Interesse bekunden. **DK**

25 Jahre Kläranlagen-Leistungsvergleich

Hennef. Sowohl bei den organischen Schmutzstoffen als auch bei den unter anderem für Algenblüten verantwortlichen Nährstoffen Phosphor und Stickstoff konnte eine stetige Verbesserung der Ablaufwerte der deutschen kommunalen Kläranlagen verzeichnet werden. Das stellt die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) als eines der Ergebnisse ihres jährlich durchgeführten Leistungsvergleichs kommunaler Kläranlagen fest.

In diesem Jahr wurde der Leistungsvergleich um aktuelle Fragestellungen erweitert: So wurden das Thema Energie/Energiecheck mit dem Parameter Stromverbrauch und der Einfluss unterschiedlicher Abwasserreinigungsverfahren behandelt. Mit den im Rahmen des Kläranlagenleistungsvergleichs erhobenen Daten könnte zukünftig auch der jährliche Energiecheck durchgeführt werden. Die DWA verfolgt seit 25 Jahren mit dem Kläranlagen-Leistungsvergleich die Entwicklung der Reinigungsleistung deutscher Kläranlagen und dokumentiert den Beitrag der Abwasserbehandlung zum Gewässerschutz.

Der Rückblick auf die Entwicklung der Kläranlagen-Ablaufwerte in den vergangenen 25 Jahren zeigt eindrucksvoll, dass die Ablaufqualität deutlich verbessert wurde und nunmehr bundesweit ein hoher Stand der Abwasserreinigung erreicht ist. Die Grenzen der Leistungsfähigkeit der bisher eingesetzten Reinigungsverfahren wurden bereits weitgehend erreicht. Eine weitere Steigerung ist nur durch den Einsatz zusätzlicher Abwasserbehandlungsverfahren (zum Beispiel bezüglich Spurenstoffen: Adsorption an Aktivkohle, Oxidation mit Ozon) möglich.

Deutliche Unterschiede in der Ablaufqualität (vor allem beim chemischen Sauerstoffbedarf CSB) zwischen den einzelnen Landesverbänden der DWA sind nunmehr vor allem auf die vorwiegend eingesetzten Kanalisations-systeme (Misch- und Trennverfahren), den unterschiedlich hohen Fremdwasseranfall und die dadurch bedingte Verdünnung des Abwassers zurückzuführen. Dies zeigen auch die Abbaugrade für unerwünschte Stoffe.

Auch den Vergleich der Ergebnisse mit Österreich und Südtirol brauchen die deutschen Kläranlagen nicht scheuen. Obwohl in Österreich höhere Anforderungen an die Abwassereinigung gestellt

werden (Phosphorfällung ab 1.000 Einwohnerwerten), sind keine markanten Unterschiede in der Ablaufqualität erkennbar.

Insgesamt konnten auch im Jahr 2012 (Datengrundlage des Leistungsvergleichs 2013) die Anforderungen der Europäischen Kommunalabwasserterrichtlinie im bundesweiten Mittel wiederum erfüllt oder deutlich übertroffen werden.

Reinigungsverfahren auf dem Prüfstand

Erstmals wurden beim diesjährigen Leistungsvergleich Auswertungen nach den in Deutschland eingesetzten Reinigungsverfahren vorgenommen. Der Vergleich erfasste Belebungsanlagen mit anaerober oder aerober Schlammstabilisierung, SBR-Anlagen (SBR: Sequencing Batch Reactor – das Abwasser durchfließt die Reinigungsbecken nicht kontinuierlich, sondern gestaut), Tropfkörper- und Pflanzenkläranlagen sowie belüftete und unbelüftete Abwasserteiche.

Wie die Ergebnisse von 3.219 Kläranlagen zeigten, bestehen durchaus Unterschiede in der Leistungsfähigkeit der untersuchten Reinigungsverfahren. Die CSB-Ablaufwerte lagen bei Belebungsverfahren am niedrigsten, gefolgt von den Pflanzenkläranlagen. Tropfkörperanlagen und Abwasserteiche erzielten etwas schlechtere Werte. Dies gilt ebenso für die Nitrifikation und den CSB-Abbaugrad, wobei Belebungsanlagen bis zu 10 Prozentpunkte bessere Werte erzielten.

Die höchste Stickstoff-Elimination erreichten SBR-Anlagen und Belebungsanlagen mit aerober Schlammstabilisierung. Bei den Anlagen mit Schlammfäulung steigt die Stickstoffelimination mit der Größenklasse an. Alle anderen Verfahren, die nur bei kleinen Anlagen bis 5.000 EW eingesetzt werden, erreichen lediglich Stickstoff-Abbaugrade von ca. 60 %.

Hinsichtlich des Stromverbrauchs weisen Pflanzenkläranlagen und unbelüftete Abwasserteiche die niedrigsten Werte auf. Tropfkörperanlagen liegen im Verbrauch niedriger als Belebungsanlagen, wobei aber hier entgegen dem allgemeinen Trend mit der Ausbaugröße der spezifische Stromverbrauch leicht ansteigt. Der spezifische Stromverbrauch belüfteter Abwasserteiche liegt niedriger als jener von Belebungsanlagen.

Ab 5.000 EW werden auch Belebungsanlagen mit anaerober Schlammstabilisierung eingesetzt, die den niedrigsten spezifischen Stromverbrauch aufweisen. Bemerkenswert ist die Feststellung, dass die Anlagen mit aerober Schlammstabilisierung nur einen geringfügig höheren spezifischen Stromverbrauch benötigen. Deutlich höhere Werte waren bei SBR-Anlagen festzustellen. **□**

gung erforderlich ist. Auch ohne den Erhalt der amtlichen Bekanntmachung ist die Teilnahme für Bürger der betroffenen Gemeinden durch eine Online-Registrierung möglich. Es können alle Bürger ab 16 Jahren im Projektgebiet mitmachen. Zu Beginn der Teilnahme an der Online-Befragung muss die eigene Gemeinde ausgewählt und der Gebietscode eingegeben werden. Anschließend startet die Befragung.

Die Online-Befragung und weitere Informationen zum Flussdialog sind auf www.flussdialog-liccaliber.de bereit gestellt. **□**

BDEW-Positionspapier:

Biogaserzeugung und Gewässerschutz

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) unterstützt ausdrücklich das im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD formulierte Ziel, dass Dünge- und Pflanzenschutzmittel so eingesetzt werden müssen, dass Risiken für Mensch, Tier und Naturlandwirtschaft minimiert werden. „Gerade für den Gewässerschutz und damit für den Schutz unserer Trinkwasserressourcen ist es wichtig, Belastungen aus der Landwirtschaft so gering wie möglich zu halten und nach Möglichkeit immer weiter zu reduzieren. Insbesondere mit Blick auf die Nitratbelastung von Gewässern in bestimmten Regionen Deutschlands muss das Vorsorge- und Verursacherprinzip gestärkt werden. Das zeigt auch der vor kurzem von der Europäischen Kommission vorgelegte „Nitratbericht“, in dem Deutschland bei der Gewässerbelastung eher schlecht abschneidet“, sagte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser in Berlin.

Nach wie vor besteht dem EU-Nitratbericht zufolge eine Belastung der Wasserressourcen durch landwirtschaftliche Quellen, vor allem in Gebieten, in denen Intensivlandwirtschaft mit einem hohen Düngemittelsatz betrieben werde, sowie in Gebieten mit starkem Maisanbau und in Veredelungsregionen.

Lösungsansätze

In seinem Positionspapier „Biogaserzeugung und Gewässerschutz“ hat der BDEW deshalb Lösungsansätze zur Vermeidung einer weiteren Zunahme der Gewässerbelastung und zur Reduktion der Schadstoffeinträge infolge der zunehmenden Biomasseerzeugung in Veredelungsgebieten vorgeschlagen. Demnach können die Nitrat- und Pflanzenschutzmittelbelastungen in Gewässern durch landwirtschaftliche Bewirtschaftungsmethoden mit Zwischenfruchtanbau, Änderungen in den Fruchtfolgen, Auswahl geeigneter Energiepflanzen und eine pflanzenbedarfsgerechte Düngung vermieden werden. Der landwirtschaftliche Anbau von Futter- oder

Nahrungspflanzen und der Energiepflanzenanbau müssen die allgemeinen und gebietspezifischen Anforderungen des Wasser- und des Düngerechtes strikt erfüllen.

Konsequente Kontrolle

Gärreste sollten dem Positionspapier zufolge genauso wie Gülle nicht in den Wasserschutzzonen I und II ausgebracht werden. Eine Ausbringung von Gärresten und Gülle in der Wasserschutzzone III sollte generell nur dann möglich sein, wenn besondere Anforderungen zum Schutz der Gewässer und des Trinkwassers eingehalten werden. Die Ausbringung von Gärresten und Gülle in der Wasserschutzzone III darf nur erfolgen, wenn der Gärrest/die Gülle qualitäts-gesichert/güte-gesichert ist.

In dem Papier fordert der BDEW zudem eine konsequente Einhaltung und Kontrolle der in der Landwirtschaft akzeptierten Regelungen der guten fachlichen Praxis und eine entsprechende Reduzierung der Vollzugsdefizite im landwirtschaftlichen Fachrecht. **□**

Der Ausbau des Lechs ist ein Generationenprojekt mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung. Dies betonte Bayerns Umweltminister Dr. Marcel Huber zum Start der Online-Befragung der Bürger am 28. Januar: „Flussneugestaltungen sind immer große Eingriffe mit weitreichenden Folgen für die Bevölkerung. Deshalb setzen wir auf einen engen Dialog mit den Bürgern. Bevor über konkrete Maßnahmen entschieden wird, wollen wir wissen, wie die Menschen vor Ort ihren Fluss vor der Haustüre nutzen und schützen wollen.“ Der Flussdialog „Licca liber“, der unter anderem Bürger, Verbände und Kommunen an der Gestaltung des Lechs beteiligt, dient dazu, gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten und die verschiedenen Interessen zu vereinen.

Der Lech ist mit seinen Auen eine der bayernweit bedeutsamsten Biotop-Verbundachsen von den Alpen bis zur Donau und Heimat einzigartiger Lebensräume für Tiere und Pflanzen. Huber erklärte: „Unser Ziel ist es, die Eintiefung des Lechs zu stoppen. Die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen sollen gleichzeitig den ökologischen Zustand des Flusses mit seinen Auen verbessern, um ihn als Lebens- und Erholungsraum bestmöglich weiterzuentwickeln. Zudem werden wir den Hochwasserschutz weiter voranbringen.“

Flussbegradigungen seit Mitte des 19. Jahrhunderts haben den Lech stark eingeeengt und zu einer teilweisen Eintiefung des Lechs

geführt. Die deshalb notwendigen wasserbaulichen Maßnahmen waren der Start für das Projekt „Licca liber“. Das Projektgebiet umfasst eine Länge von ca. 60 Kilometern entlang des Lechs, zwischen Mandichosee südlich von Augsburg bis zur Mündung in die Donau.

„Die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen bieten die Chance für eine ökologische Neugestaltung. Welche Maßnahmen konkret umgesetzt werden, ist noch völlig offen. Wir stehen erst am Anfang des Dialogprozesses“, so Huber. Natürlich könnten bestehende Vorschriften des Naturschutzes oder technische Notwendigkeiten nicht einfach ausgeblendet werden. Der Umweltminister ermutigte die ört-

liche Bevölkerung aber, ihre Gestaltungsspielräume im Rahmen der Online-Befragung zu nutzen. Huber versicherte zudem, dass im Planungsverfahren Auswirkungen auf die Trinkwasserversorgung, Grundwasserstände oder ähnliches genau geprüft und berücksichtigt würden. „Ziel des Lechausbaus ist schließlich eine Verbesserung und nicht eine Verschlechterung. Wenn Nachteile drohen, wird die Maßnahme so nicht gemacht und eine Alternative gesucht“, unterstrich Marcel Huber.

Bis 16. Februar 2014 können die Bewohner von Augsburg, Kissing, Königsbrunn und Mering im Rahmen einer Online-Befragung ihre Meinung im Internet äußern und so aktiv an der zukünftigen Gestaltung des Lechs mitwirken. Mehr als 150.000 Haushalte im Projektgebiet erhalten eine amtliche Bekanntmachung, die über die Augsburger Allgemeine Zeitung und das Wochenmagazin Extra verteilt wird. Diese informiert über die Online-Befragung und enthält einen Gebietscode, der für die Teilnahme an der Online-Befra-

Bürger sollen Zukunft des Lechs mitgestalten

Start der Bürgerbefragung im Internet / Teil des Flussdialogs „Licca liber“

Werkstätten:Messe in Nürnberg:

Spannende Produktwelt, erfolgreiche Inklusion

Vom 13. bis 16. März öffnet Deutschlands meistbesuchte Sozialmesse & Bildungsmesse im Nürnberger Messezentrum wieder ihre Pforten. Neben Trends und Entwicklungen der Branche werden neue Angebote und Produkte einem breiten Publikum zugänglich gemacht, Fortbildungsmaßnahmen für Fachkräfte präsentiert und Einblicke in Ausbildungsmöglichkeiten gegeben, die Menschen mit Behinderung Raum zur Entfaltung ihrer Möglichkeiten bieten. Dazu haben die Veranstalter ein vielfältiges Programm zusammengestellt.

2014 steht Bremen im Fokus der Werkstätten:Messe in Nürnberg. Auf über 100 m² präsentieren sich die Werkstätten dieses Bundeslandes in all ihrer Leistungskraft, Qualität und Vielfalt und zeigen wie die Zusammenarbeit mit Stadt und Arbeitswelt funktionieren kann.

Bremen im Fokus

Im Bundesland Bremen gibt es drei Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. In Bremerhaven die Elbe-Weser-Werkstätten mit 800 Plätzen auch im Umland, die Lebenshilfe-Werkstätten mit 380 Plätzen und natürlich in Bremen die Werkstatt Bremen/Martinshof, der mit seinen 1.820 Plätzen und 2.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an 38 Standorten in Bremen eine der ältesten und größten Werkstätten im Bundesgebiet ist.

Die Werkstätten zeichnen sich durch eine hohe Anzahl dezentraler Standorte und zahlreiche

Außenarbeitsgruppen in bremischen Betrieben aus (55 Standorte in Bremen und Bremerhaven). Bei den 3.000 Werkstattplätzen ist insbesondere ein Anteil von Menschen mit psychischen Behinderungen (810 Personen, 27%) beachtlich.

Überzeugende Produkte

Breit ist auf der Werkstätten:Messe in Nürnberg das Sortiment an Produkten und Dienstleistungen. Von Einrichtungsgegenständen, hochwertigem Spielzeug über ausgefallene Accessoires bis hin zu originellem Hobby- und Bastelbedarf – alle Produkte überzeugen mit hoher Qualität, Nachhaltigkeit und kunstvollem Design.

Vielfältige Ideen

Den Besucher erwarten zudem themenreiche Beiträge von den Werkstätten, musikalische Höhepunkte, Mitmach-Workshops für

Groß und Klein und vieles mehr. Jeder 1.000ste Besucher darf sich auf ein Geschenk freuen, gesponsert von den Werkstätten. Im Laufe der Messe wird zudem der Exzellente-Preis verliehen: Prämiert werden Institutionen mit besonders nachhaltigen und innovativen Ideen in den Kategorien Bildung, Kooperation und Produkt von und für Menschen mit Behinderung. Im praxisorientierten Fachvortragsprogramm kann man vieles über aktuelle Themen der Branche erfahren, zum Beispiel über innovative Konzepte oder Projekte mit Partnern zu Inklusion, Übergang, Bildung und lebenslangem Lernen.

Qualifizierte Teilhabe

Auf der Messe gewinnen Besucher darüber hinaus Einblick in die Arbeitsweisen der Werkstätten für Menschen mit Behinderung und das Arbeitsleben behinderter Menschen: Nur wer das Lehren, Lernen und Leben in Werkstätten kennt, kann wirklich etwas bewegen. Menschen mit Behinderung wollen an Arbeitsleben sowie an Bildung und Qualifizierung teilhaben. Die Werkstätten stehen daher im Dialog mit Partnern aus Industrie und Wirtschaft, um gemeinsam Perspektiven zu schaffen und Lösun-

gen für eine erfolgreiche Inklusion zu finden.

Karriere:Forum

Ein weiteres Angebot: Die Werkstätten:Messe informiert Menschen mit und ohne Behinderung, die sich beruflich orientieren wollen oder Arbeit suchen. Im Karriere:Forum und an den Bildungshaltestellen berichten Aussteller über die vielen Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen. Fachvorträge laden zur Diskussion ein – hier können sich Werkstattfachleute und Besucher austauschen und voneinander lernen.

Gastland Frankreich

Der internationale Aspekt der Werkstätten:Messe hat inzwischen eine lange Tradition. Flaggschiff dieses internationalen Netzwerks ist das jährlich wechselnde Gastland. 2014 begrüßt Nürnberg das Nachbarland Frankreich.

Einrichtungen und Dienste für Menschen mit Behinderungen aus Frankreich werden zeigen, in welchem hohem Maße ihre Arbeit mit der in Deutschland identisch ist. Diese beiden Länder nehmen mit ihrem differenzierten Rehabilitationsangebot in Europa eine herausragende Stellung ein. Die französischen Repräsentanten werden vor allem aus der Region Limousin (Zentralfrankreich) kommen, der Partnerregion des Bezirks Mittelfranken seit 1981.

„Längst hat sich die Veranstaltung über die Grenzen der Region hinaus einen Namen gemacht“, so Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly in seinem Grußwort. Auch europaweit sei die Werkstätten:Messe zu einer wichtigen Plattform geworden, die Inklusion erlebbar macht und damit zeigt, wie Inklusion lebbar ist. Der US-amerikanische Präsident Abraham Lincoln habe das

Kommunalforum Alpenraum:

Mehr Energie für die Gemeinden

Vernetzung und Wissenstransfer stehen am 17. März im neuen Lindner Traktoren Innovationszentrum im Mittelpunkt des Kommunalforums Alpenraum. Hochkarätige Experten diskutieren und zeigen Lösungen für Energiefragen auf.

Anfangs wird Univ.-Prof. DI Dr. Schleicher, Uni Graz, erörtern, was die Energiewende für die Gemeinden im Alpenraum bedeutet. Trinkwasserkraftwerke werden ebenso Thema sein, wie Smart Communities, Wärme aus der Region für die Region oder Wasserkraft & Ökologie, vorgetragen von Prof. Dr. Godde, Director Hydro Fleet Germany, E.ON Kraftwerke GmbH. Neben weiteren Vorträgen besteht im Rahmen der Thementische die Möglichkeit, in Kleingruppen Themen ausführlich zu besprechen.

Die Abschlussdiskussion bestreiten Helmut Mödlhammer, Präsident Österreichischer Gemeindebund und Bürgermeister in Hallwang, Andreas Schatzer, Präsident Südtiroler Gemeindenverband und Bürgermeister in Vahrn, Georg Keuschnigg, Forum Land, DI Elisabeth Blanik, Landtagsabgeordnete und Bürgermeisterin in Lienz, Mag. Johannes Tratter, Landesrat für Gemeindeangelegenheiten im Land Tirol, Ing. Rainer Siegele, Bürgermeister in Mäder und Obmann Umweltverband

Mit dem Kommunalforum Alpenraum schafft Lindner eine Plattform für mehr Vernetzung der Gemeinden. Kooperationspartner sind das Forum Land, der Bayerische Gemeindegtag, die Bayerische Gemeindezeitung, Kommunal – das Fachmagazin des Österreichischen Gemeindebundes, die Gemeindeverbände Vorarlberg, Tirol, Salzburger Land und Südtirol, der Österreichische Städtebund, Tiroler Tageszeitung und der Tiroler Fahrzeughersteller Lindner.

Programmdownload: www.gemeindezeitung.de/archiv/KommunalforumAlpenraum2014.pdf

wie folgt auf den Punkt gebracht: „Man hilft den Menschen nicht, wenn man für sie tut, was sie selbst tun können.“

Hilfe zur Selbsthilfe

„Hilfe zur Selbsthilfe“ laute das Motto. Und genau dies sei das Erfolgsrezept der Fachmesse, die seit 2006 in Nürnberg zuhause ist, betont Maly. „Sie ist Treffpunkt für Werkstattbeschäftigte und Mitarbeiter, für Einkäufer aus Industrie und Handel und für Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung, um sich über die gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung von Werkstätten und Inklusion auszutauschen - ein

Marktplatz im besten Sinne, der unter Beweis stellt, wie Menschen mit Behinderung ein so weit wie möglich selbstbestimmtes Leben leben können.“

Wie gefragt dieses Angebot ist, belegten die ständig steigenden Besucherzahlen. Im vergangenen Jahr konnte mit einem Plus von 14 Prozent ein neuer Besucherrekord verzeichnet werden. 21.909 Besucher und 234 Aussteller im Jahr 2013 sprachen für sich. „Und ich bin mir sicher, dass wieder zahlreiche Besucherinnen und Besucher zur Werkstätten:Messe unter dem Motto ‚Leistung - Vielfalt – Qualität‘ strömen“, zeigt sich OB Maly überzeugt. **DK**

FeuerTRUTZ 2014:

Brandschutz-Lösungen von A bis Z

Fachmesse für alle Facetten des vorbeugenden Brandschutzes
Kongress informiert über aktuelle Herausforderungen

Am 19. und 20. Februar 2014 findet die FeuerTRUTZ zum vierten Mal in Nürnberg statt. Ganz gleich ob Brandschutz in Sonderbauten, die Industriebauabschnittlinie 2014 oder der Umgang mit Abweichungen in der Praxis – Deutschlands führende Fachmesse mit Kongress für vorbeugenden Brandschutz bündelt die Kompetenz nationaler und internationaler Aussteller und Referenten. Sie präsentieren bauliche, gebäudetechnische und organisatorische Brandschutzlösungen von A bis Z und informieren zu aktuellen Fragen aus der Brandschutz-Praxis.

Zahlreiche Unternehmen präsentieren sich auf der FeuerTRUTZ 2014, darunter Keyplayer wie die Armacell GmbH, die Lindner AG oder die Notifier Sicherheitssysteme GmbH. Zu den Neuausstellern, die gebäudetechnische Brandschutzlösungen vorstellen, zählt auch die Siemens AG. Joachim Schütz, Referent Strategisches Marketing, über die Entscheidung für die FeuerTRUTZ: „Die FeuerTRUTZ hat sich in den zurückliegenden Jah-

ren als Experten-Plattform für Brandschutzthemen etabliert, was sich auch in der wachsenden Zahl der Aussteller und Besucher widerspiegelt. Beide schätzen die inhaltlich hochwertigen und sehr professionellen Informationsangebote. Für Anbieter von Sicherheitstechnik ist die FeuerTRUTZ eine hervorragende Gelegenheit zur Präsentation der Leistungsfähigkeit ihrer Produkte vor einem hochspezialisierten Publikum. Wir rechnen mit einem re-

gen Informationsaustausch mit Anwendern, Planern und Brandschutz-Experten.“ Umfangreiches Programm für Fachbesucher

Im Aussteller-Fachforum erhalten die Besucher wertvolle Informationen zu neuen Produkten, Trends oder Dienstleistungen. Das Fachforum bietet Kurzvorträge mit aktuellen Praxistipps. Auf dem „Treffpunkt Bildung und Karriere“ informieren zudem Ausbildungs- und Fortbildungseinrichtungen über Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten in der Brandschutzbranche.

Fachwissen für Sonderbauten

Beim FeuerTRUTZ Brandschutzkongress 2014 steht der Brandschutz in Sonderbauten im Mittelpunkt. Zu den Herausforderungen für alle Beteiligten zählen die Industriebauabschnittlinie 2014 (IndBauRL 2014), Änderungen bei der DIN 4102-4 zum Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen oder die Vorschriften für Brandmeldeanlagen nach DIN 14675. Insbesondere bei Sonderbauten wie Pflegeeinrichtungen, Museen oder Recyclingbetrieben kommt dem Brandschutz eine besondere Rolle zu.

Antworten auf aktuelle Fragen zum Umgang mit Abweichungen in Brandschutzkonzepten und bei Bauprodukten, Leitungs- und Lüftungsanlagen sowie Rauchabzügen runden den zweitägigen FeuerTRUTZ Brandschutzkongress 2014 mit 40 Vorträgen ab. Mit ihrem Teilnehmerzertifikat erhalten alle Kongressbesucher eine Punktebewertung ihrer Architektur- oder Ingenieurkammer als Fortbildungsnachweis.

Vorträge auch als Webcast

Sämtliche Vorträge stehen den Kongressteilnehmern nach der Veranstaltung exklusiv als Webcast zur Verfügung.
Weitere Informationen: www.brandschutzkongress.de



Wahlkampf einmal anders:

Speed-Dating mit Jugendlichen

Regensburg (obx) - Acht Kandidaten bewerben sich in Ostbayerns größter Stadt Regensburg bei den bevorstehenden Kommunalwahlen um den Posten des Oberbürgermeisters. Alle acht wurden mit einer ganz neuen Art von Wahlkampf konfrontiert: Sie wurden bei Speed-Dating-Runden in der Privaten Schule Pindl in Regensburg auf dem Prüfstand der Schüler gestellt. Speed-Dating, eigentlich als hochwirksames Instrument zum Kontakte knüpfen erfunden. Bei dem Polit-Talk zwang es die Politiker dazu, im Minutentakt die Gesprächspartner zu wechseln und eigene Standpunkte zu formulieren. Hier im Speed-Dating-Test mit Schülern: Christian Schlegel, der OB-Kandidat der CSU. □



Die Münchner Studentenvertretungen von LMU, TUM und HM hatten die OB-Kandidaten von SPD, CSU, Grünen, FDP, Die Linke, Freien Wählern, ÖDP und HUT im Rahmen von zwei Podiumsdiskussionen in das repräsentative Audimax der LMU eingeladen. Beide Veranstaltungen waren mit jeweils über 200 Gästen gut besucht. Das Publikum stellte eine Vielzahl engagierter Fragen und zeigte so die Bedeutung des Themas Wohnraum für die Studierenden. □

Kommunalpolitik verspricht Studierenden Mitgestaltung beim Thema Wohnraum

Alle OB-Kandidaten versprochen den Studierenden für die Zeit nach der Wahl eine enge Zusammenarbeit, um gemeinsam die Probleme am studentischen Wohnungsmarkt zu lösen. „An diesen Versprechen wird das neue Stadtoberhaupt gemessen werden – unabhängig vom Ausgang der Wahl“, so Manuel Beck, Referent für Hochschulpolitik der Studierendenvertretung der LMU und Initiator der Podiumsdiskussionen im Audimax.

Einig waren sich alle Kandidaten, dass die Leerstände in kommunalen wie in privaten Immobilien zügig abgestellt werden müssen. Auch für die kurzfristige Umwandlung ungenutzter Gewerbeflächen und -immobilien in Wohnraum sprachen sich alle Diskutanten einmütig aus.

Auseinander gingen die Meinungen hinsichtlich der Verantwortung der Stadt, im Rahmen des kommunalen Wohnungsbaus günstigen Wohnraum für Studierende zu schaffen. Uneinigkeit herrschte zudem darüber, inwiefern die Unterstützung von Genossenschaftsmodellen für Studierende sinnvoll ist.

Sebastian Biermann, Vorsitzender des Fachschaftenrates der TU München, erklärte: „Der neue OB wird vor einer zweifachen Herausforderung stehen: Einerseits muss er eine überzeugende Strategie vorlegen, die strukturell und langfristig die Probleme am studentischen Wohnungsmarkt löst. Andererseits muss er am Tag nach der Wahl Sofortmaßnahmen ergreifen, um den Studierenden heute ein bezahlbares Dach über dem Kopf zu schaffen.“ □



Daumen hoch für die 26.000 Euro teure Rampe: Mit Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger und dem körperbehinderten Schüler Thomas Vögele (vorne in der Mitte) freuen sich (vorne von links) Gerhard Dintel, Verena Gotzes und Schulleiter Franz Michael Schneider, (hinten von links) Schulverwaltungsamtsleiterin Sabine Ganser, Schulbetreuerin Valeria Deuring, Thomas' Klassenkameraden aus der 9cm, Hochbauamtsleiter Fabian Damm (Dritter von rechts), sein Kollege Alois Müller (Zweiter von rechts), sowie der Hausmeister der Lindenschule, Josef Macukadze.

Foto: Häfele/Pressestelle Stadt Memmingen

Ein großer Tag für den körperbehinderten Neuntklässler Thomas:

Rollstuhlrampe eingeweiht

Solch eine praktische Rollstuhlrampe hätte sich Gerhard Dintel auch gewünscht, als er vor über 50 Jahren die Memminger Lindenschule besuchte. Denn der Gatte der städtischen Behindertenbeauftragten Heidi Dintel ist seit Jugendtagen an den Rollstuhl gefesselt. Wegen seiner Behinderung musste der einstige Schulbub die Lindenschule verlassen und wurde stattdessen weit weg von zu Hause, im nordrhein-westfälischen Sauerland, unterrichtet. Weit aus besser hat es da der 14-jährige Lindenschüler Thomas Vögele: Die jetzt eingeweihte 26.000 Euro teure Rollstuhlrampe ermöglicht dem Neuntklässler einen komfortablen Schulbesuch.

„Ich bin sehr zufrieden“, schwärmte mit einem strahlenden Lächeln der 14-jährige Lindenschüler Thomas Vögele aus der Klasse 9cm, der seit seiner Geburt auf den Rollstuhl angewiesen ist. Gemeinsam mit Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger durfte der Neuntklässler als Eröffnungszeremonie ein Band in den Stadtfarben Memmings an der neuen Rampe durchschneiden.

Kameras übertragen den Unterricht

Damit Thomas auch am Schulunterricht in für ihn unerreichbaren Fachsälen teilhaben kann, wurden Kameras in diesen Räumen installiert, die den Unterricht in Thomas' Klassenzim-

mer übertragen, erklärte Schulleiter Franz Michael Schneider den interessierten Gästen.

„Die Lindenschule nimmt im Bereich Inklusion Vorbildfunktion ein“, freute sich Memmings Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, als er den körperbehinderten Thomas über die neue Rampe schob.

Inklusion ist selbstverständlich

„Für mich ist es besonders schön anzusehen, wie sich die Situation innerhalb der letzten Jahrzehnte gewandelt hat“, betonte der ehemalige Schüler Gerhard Dintel. „Dies zeigt, dass Inklusion hier mittlerweile etwas Selbstverständliches ist.“

„Toll, dass Thomas hier zur

Schule gehen kann“, bedankte sich die Vorsitzende des Behindertenbeirats, Verena Gotzes, für das Bemühen von Schulleitung und Stadtverwaltung. Gotzes sitzt wie Thomas und Gerhard Dintel im Rollstuhl und erinnerte die Gäste daran, dass die Lindenschule auch als Wahllokal genutzt wird und nach Schulschluss zahlreiche Volkshochschulkurse beherbergt: „Auch hier profitiert man künftig von einer Rampe.“

Schulbegleitung

Während des Unterrichts bekommt der 14-jährige Thomas zusätzlich Hilfe von seiner Schulbegleiterin Valeria Deuring, die für ihn die Hefteinträge notiert und dem Neuntklässler die Bücher reicht. „Dabei frische ich gleich mein eigenes Schulwissen auf“, erzählte Deuring. „Das ist, abgesehen von der Tatsache, dass ich jemandem etwas Gutes tun kann, ein schöner Nebeneffekt.“ Ein großer Schritt ist geschafft. Jetzt träumt Thomas noch von einem neuen, modernen Elektro-Rollstuhl. □

Bürgermeister des Landkreises Günzburg unterzeichnen Energiepakt

Der Freistaat Bayern unterstützt im Rahmen des CO2-Minderungsprogramms vor allem bayerische Kommunen bei der Durchführung von Maßnahmen, die eine Reduzierung der Kohlenstoffdioxid-(CO2)-Emissionen ihrer Liegenschaften zum Ziel haben. Aufbauend auf dem integrierten Klimaschutzkonzept wird der Landkreis Günzburg bei der Regierung von Schwaben einen Antrag zur Förderung für den „European energy award“, als Qualitätsmanagement- und Zertifizierungsverfahren für die im Konzept erarbeiteten Maßnahmen stellen.

Gleich die erste Gelegenheit im neuen Jahr nutzte Landrat Hubert Hafner, um die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister über das vom Freistaat Bayern geförderte CO2-Minderungsprogramm zu informieren. Dafür lud er Harald Kraus von der Regierung von Schwaben, zuständig für Rechtsfragen der Umwelt, zur ersten Bürgermeisterdienstbesprechung nach Ursberg ein. Kraus erläuterte den Bürgermeistern die gering-investiven Maßnahmen, wie z.B. Energiemanagement, Maßnahmen zur baulichen und technischen Energieeinsparung sowie Beratung und Schulung von Gebäudeverantwortlichen, die vom Freistaat bezuschusst werden.

Klimaschutz gemeinsam voranbringen

Im Anschluss bat Landrat Hubert Hafner die Kreis-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister zur offiziellen Unterzeichnung des Energiepakts. Der basiert genau auf den vorgestellten Maßnahmen, zu denen sich die Kommunalpolitiker beim vorangegangenen Bürgermeisterseminar selbst verpflichtet haben. „Kerngedanke des Zusammenschlusses ist es, den Klimaschutz gemeinsam vor-

anzubringen und schließlich als integrativen Bestandteil der kommunalen Planungsprozesse zu etablieren“, betonte Landrat Hafner und setzte damit ein klares Zeichen für die zukünftige energiepolitische Ausrichtung in seinem Landkreis.

Markenzeichen

Die Vorteile die sich aus dem Beitritt zum Energiepakt ergeben, sind im Wesentlichen die Unterstützung durch den Landkreis, der Erfahrungsaustausch unter den Städten und Gemeinden und nicht zuletzt der gemeinsame Weg zu einer effizienteren klimaschonenden Region. Für den Kreis und seine Kommunen bedeutet dies die Möglichkeit, unter einem „Markenzeichen“ zu handeln und die Arbeit mit anderen Akteuren und Interessensträgern effizient zu koordinieren.

Der Bürgermeister der Gemeinde Winterbach und Koordinator des „Energiepakt Landkreis Günzburg“, Karl Oberschmid, wertet das Ergebnis der teilnehmenden Städte, Märkte und Gemeinden als großen Vertrauensbeweis. Zugleich gab er die weiteren Aktivitäten bekannt. Für die Energiebeauftragten und Bürger-

meisterkollegen wird ein „Energie-seminar“ vorbereitet. Der jährliche Erfahrungsaustausch wird dann wieder beim nächsten turnusmäßigen Bürgermeisterseminar stattfinden.

Die Regionalmarketing Günzburg GbR – Wirtschaft und Tourismus, die an diesem Projekt ebenfalls beteiligt ist, sicherte Unterstützung beim Aufbau einer Internetseite für den Energiepakt zu. Auch der Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Günzburg, Gerhard Jauernig, betonte: „Die Energiewende wird sich langfristig vollziehen. Es ist jedoch leichter, bei einem kleinen Schiff die Richtung vorzugeben, als einen großen Dampfer umzusteuern. Vor allem dann, wenn sich das Schiff bereits in die richtige Richtung bewegt. Die Energieversorgung in Günzburg ist seit vielen Jahren von Nachhaltigkeit und Umweltschonung geprägt.“ Mit dem jetzt beschlossenen Energiepakt verfolge man diesen Weg weiter. Denn: „Die Energiewende gelingt nur, wenn sie vor Ort umgesetzt wird“, so Günzburgs Rathauschef abschließend. **hj**

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank

Kaufbeuren-Ostallgäu eG

Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Faschingsgesellschaften stürmten Landratsamt

„Landnar!“ Herbert Mirbeth: Die Narren sollen, ich darf's verraten, verhaften alle Bürokraten...

Regensburg. (RL) Zwei Stunden stellten die Narren aus dem Landkreis das Landratsamt Regensburg auf den Kopf, genauso wie es sich Landrat Herbert Mirbeth in seiner Büttenrede wünschte: „Der bittere Ernst wird heut vertrieben, jetzt wird mit Gaudi nach Belieben, die fade Bude umgekrempelt, wo sonst all-täglich nur gestemelt.“

Die drei Garden der Faschingsgesellschaft Saturnalia aus Neutraubling nahmen den Landrat und seinen Hofstaat unter dem diesjährigen Faschingsmotto „Viva Las Vegas“ mit tollen Tanzeinlagen mit auf eine Reise in die USA. Beim Prinzenwalzer durfte auch der Landrat das Tanzbein zusammen mit der Faschingsprinzessin Martina III. aus Neutraubling schwingen.

Dazu gab es natürlich auch von jeder Faschingsgesellschaft einen Orden für den Landrat und das obligatorische Bussi der Faschingsprinzessinnen mit dazu. Das Prinzenpaar Kevin I. und Martina III. und das Kinderprinzenpaar Richard I. und Elisabeth I. der Saturnalia aus Neutraubling, das Prinzenpaar Steffi II. und Maxi und das Kinderprinzenpaar Lena I. und Yannic I. des TV-Hemau 1904, Faschingsprinzessin Elisabeth I. und das Jugendprinzenpaar Bernadette I. und Lukas I. aus Köfering und Faschingsprinzessin Mandy I.

und das Kinderprinzenpaar Emily I. und Andreas III. der Faschingsgesellschaft Lari-Fari aus Diesenbach machten dem Landrat ihre Aufwartung. Als Ehrensenator der Saturnalia wurde der Landrat in diesem Jahr mit der goldenen Ehrennadel der Faschingsgesellschaft ausgezeichnet. Außerdem erhielt Mirbeth den Jubiläumsorden zum 25-jährigen Bestehen des Landesverbands Ostbayern im Bund Deutscher Karneval aus den Händen von Ehrenpräsident Holger Langschwager.

„Da rührt sich was in unserem Haus und ich freue mich jedes Jahr auf Ihr Kommen“, erklärte Landrat Herbert Mirbeth, der sich vor allem für die ehrenamtliche Jugendarbeit bedankte, die von der Faschingsgesellschaft das ganze Jahr über geleistet wurde. Beim Organisator und Präsidenten der Faschingsgesellschaft Saturnalia, Karl Brückl, bedankte sich Mirbeth: „Das war eine tolle Show“. □



Landrat Herbert Mirbeth mit Emily I. und Andreas III. □

Klinik am Greinberg als „Green Hospital Bayern“ ausgezeichnet

Würzburg. (keck) Der „Klinik am Greinberg - Spezialklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie“ in Würzburg ist jetzt die Auszeichnung „Green Hospital Bayern“ verliehen worden. Der Preis des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege und des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, der erstmals an insgesamt sieben Kliniken vergeben wurde, würdigt das besondere Engagement bayerischer Krankenhäuser für den Umwelt- und Ressourcenschutz, wobei ein ganzheitlicher Ansatz im Mittelpunkt steht. Notwendige Baumaßnahmen werden mit ökologischen Zielsetzungen in Einklang gebracht, ohne ökonomische Anforderungen zu vernachlässigen. Gleichzeitig soll eine angenehme, der Heilung förderliche und ökologisch hochwertige Umgebung für Patienten und Mitarbeiter geschaffen werden.

Laut Bayerischem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege verwirklicht die Klinik in der Trägerschaft des Bezirk Unterfranken und in Kooperation mit dem Universitätsklinikum Würzburg den Green Hospital Bayern Ansatz in vorbildlicher Weise: Der funktional gelungene, umfassend umweltgerecht gestaltete Neubau

belegt die Vereinbarkeit einer speziellen medizinischen Aufgabenstellung (Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit Schwer- und Mehrfachbehinderung und psychischer Störung) mit ökologischen Zielsetzungen. Insbesondere durch die Vielzahl von energetischen Maßnahmen wurde ein hocheffizientes Gebäude

geschaffen, das sich zudem durch seine ansprechende Gestaltung sowohl im Innen- als auch im Außenbereich auszeichnet. Als Highlights nennt das Ministerium die Solaranlage, die Wärmepumpe mit zehn Erdsonden und Klein-Blockheizkraftwerk sowie eine deckende regenerative Grundlast. Die Anforderungen des aktuellen Gesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich konnten um fast fünfzig Prozent übertroffen werden.

Stadtmaher Standort

„Der stadtnahe Standort der Klinik ermöglicht die Mitnutzung von Einrichtungen des direkt angrenzenden Blindeninstituts wie beispielsweise Schulräume, Sportanlage und Therapieräume. Außerdem liegt die Klinik in hinreichender Nähe zur Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universität, so dass auch die fachspezifische Versorgung gesichert ist. Dies gilt ebenso für die räumliche Nähe zu den anderen Spezialeinrichtungen des Klinikums der Universität“, so Bezirksstagspräsident Erwin Dotzel. „Damit ist der Klinik am Greinberg sicher auch ein regionaler Referenzcharakter beizumessen.“

Eröffnet wurde die Spezialeinrichtung für schwer- und mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche mit psychischer Erkrankung im April 2012. Mit dem Bau der „Klinik am Greinberg“ konnte eine Versorgungslücke in Nordbayern geschlossen werden, nachdem bislang in Bayern keine entsprechende stationäre Einrichtung zur Verfügung stand. □



Nahmen den Preis für die Auszeichnung „Green Hospital Bayern“ für die „Klinik am Greinberg“ vom Bayerischen Umweltminister Dr. Marcel Huber (l.) und der Bayerischen Gesundheitsministerin Melanie Huml (r.) entgegen (v.l.): Bezirksstagspräsident Erwin Dotzel, Ottmar Zipperich (Baureferent beim Bezirk Unterfranken), Erwin Götz (GKP-Architekten GmbH) und Rainer Klingert (Geschäftsleiter der Krankenhäuser und Heime des Bezirk Unterfranken). Foto: Bezirk Unterfranken)

Ricardo und sein cooler Chef

Die aja hilft jährlich 20 Jugendlichen mit schlechten Chancen auf eine Lehrstelle

Würzburg. Jugendarbeitslosigkeit scheint aktuell kein brennendes Problem in Würzburg zu sein. Doch es gibt nach wie vor junge Menschen, die nirgends unterkommen. „Ich wollte in diesem Jahr eigentlich eine Ausbildung beginnen“, erzählt Angelo Cawalla. „Aber ich fand nichts.“ Was tun? „Daheim rumhängen, dazu hatte ich keine Lust. Darum bewarb ich mich bei der aja.“ Der 18-Jährige ist einer von 14 Jugendlichen, die derzeit bei der „aktion jugend + arbeit“ beschäftigt sind.

Angelo ist in der Umzugsabteilung und hat dort recht viel Routinearbeit zu verrichten. Aber er lernte in den vergangenen Wochen auch einiges spannende Neue: „Zum Beispiel, wie man Sachen richtig trägt.“ Auch Ricardo Trebs ist in der Umzugs- und Transportabteilung eingesetzt. „Das ist oft echt anstrengend, wir arbeiten da richtig“, sagt er.

Manchmal stöhnen die zwei ein bisschen wegen der Buckelei. Ihr Anleiter Wolfgang Stimpfle baut sie aber immer wieder auf, wenn es ihnen zu viel wird. „Unser Chef ist echt cool“, finden die

Jugendlichen. Ricardo: „Ein richtiges Arbeitstier ist er. Aber wir machen auch Pause. Es geht auch nicht total ernst zu. Da wird zwischendurch immer mal wieder ein Spaßchen gemacht.“

Keine Gewinnorientierung

Die aja ist eine nicht gewinnorientierte Organisation, berichtet Geschäftsführer Matthias Denich: „Wir wollen aus unseren Einnahmen die Gehälter der Jugendlichen und die drei bei unserem Verein angestellten Anleiter zahlen.“ Insgesamt fünf Anleiter

hat der Verein. Zwei davon sind bei der Stadt angestellt. Neben der Stadt fördert auch der Europäische Sozialfonds die Institution, die Betrieb und soziale Einrichtung in einem ist. Hier erhalten Jugendliche nicht nur Arbeit, sondern Hilfe bei ihren vielfältigen Problemen.

Einige von ihnen hatten es schon mit der Justiz zu tun. Andere konsumieren Drogen, was sie regelmäßig in Schwierigkeiten bringt. Wieder andere sind verschuldet. Alle haben mehr oder weniger Probleme, sich an das, was in der Berufswelt erforderlich ist, anzupassen. „Unsere Jugendlichen benötigen heute mehr und intensivere Betreuung als noch vor wenigen Jahren“, stellt Denich fest. Wünschenswert wäre es deshalb, würde noch ein weiterer Anleiter eingestellt. Dass die aja-Klientel problematischer

Bundesverdienstkreuz für Hans Joas

„Eine Anerkennung Ihres langjährigen und außergewöhnlichen Engagements für die Allgemeinheit!“ Mit diesen Worten händigte Finanzstaatssekretär Johannes Hintersberger die Ordensinsignien des Verdienstkreuzes am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Johann Joas aus. Hintersberger gratulierte bei der Feierstunde in München dem Geehrten herzlich zu dieser vom Bundespräsidenten verliehenen hohen Auszeichnung für Verdienste um das Gemeinwohl.

Der ehemalige Erste Bürgermeister Johann Joas wurde bereits mit einundzwanzig Jahren Mitglied des Gemeinderats von Gundremmingen. Das Amt des Ersten Bürgermeisters der Gemeinde Bibertal übte er von 1978 bis 1996 aus. Darüber hinaus ist er seit über drei Jahrzehnten im Kreistag des Landkreises Günzburg nach wie vor in verschiedenen Ausschüssen engagiert. Von 1988 bis 2008 übernahm er die Funktion des stv.

Fraktionsvorsitzenden der CSU im Kreistag. Seit 1996 steht er dem Rechnungsausschuss vor. Daneben war der Geehrte von 1986 bis 2011



war er Gründungs- und Beiratsmitglied der „Bürgerstiftung Günzburg“. Er war auch Gründungsmitglied des „Fördervereins Bürgernetzwerk für den Landkreis Günzburg e. V.“, der sich die vielseitige ehrenamtliche Unterstützung der Landkreisbürger zum Ziel gesetzt hat. □

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Was haltet ihr von der Idee, im städtischen Museum eine Art Geräuscharchiv der Stadt einzurichten?“ Mein Chef, der Bürgermeister, führte gerade Vorstellungsgespräche mit Bewerbern um das Amt des Leiters des Museums unserer Stadt und da muss wohl diese Idee aufkommen sein.

Tatsächlich gibt es ja neuerdings im Internet ein virtuelles Museum der verlorenen Geräusche. Das sind Geräusche – oder Sounds, wie der Nerd sagen würde –, die uns allen noch von früher vertraut, aber eigentlich schon „ausgestorben“ sind. Wir haben hunderte von Geräuschen im Kopf, die uns ein Stück unseres Lebens begleitet haben und die es heute einfach nicht mehr gibt: Das Surren der Wählscheibe des analogen Telefons, das Pling und Ratter, wenn bei einer Schreibmaschine das Zeilenende erreicht war und man

Wie wär's mit einem Geräuscharchiv?

den Transportwagen zurückschieben musste, das Geräusch beim Auftreffen einer Plattenspieler-nadel auf dem Vinyl der LP und das markzerreisende Quietschen, wenn man sie unsauber aufsetzte, so dass sie quer über die Platte sauste.

Ganze Kulturepochen oder Revolutionen kann man mit Geräuschen dokumentieren. Etwa die informationstechnische Revolution: Erst vor wenigen Monaten hat die sparsame Stadtverwaltung meinen alten ozon- und feinstaubbläsenden Drucker entsorgt und schon ist das dominante Geräusch seines Lüfters aus dem Büro verbannt. Das ging vorher schon dem Einwählgeräusch des Modems ins Internet so, dem grausamen Kratzen des Nadeldruckers oder den feierlich-bombastischen Aufwärm- und Installationsgeräuschen der alten Windows-Computer. Und wer weiß, wie lange wir bei fortschreitendem Siegeszug der Touchscreens und Spracherkennungssoftwares noch das Tippgeräusch auf dem Computerkeyboard oder das Klicken der Mouse hören?

Nicht nur die Büros sind Schauplätze einer Geräusche-Evolution, die zum Verschwinden einiger Arten und zum Entstehen neuer führt. In

einer Stadt ist das genauso. Denken Sie an das Abrollgeräusch von eisenbeschlagenen Fuhrwerkskarren auf Kopfsteinpflaster. Oder gehören Sie einer Generation an, die noch die mobilen Scherenschleifer im Ohr hat, die früher von Straße zu Straße, von Innenhof zu Innenhof zogen, um ihre Dienste anzupreisen? Erinnern Sie sich noch an die Trompeter oder Leierkasten-

männer, die den Alltag der Hausfrauen durch ein kleines Ständchen aufhellten; zum Dank dafür wurde ihnen ein Zehnerl in eine Blechdose geworfen? Oder an die Inka-Anden-Panflötencombos, die in den 1980er Jahren in allen Innenstädten der Republik mit ihrem El cóndor pasa festes Inventar waren?

Die Idee des Bürgermeisters ist, mittels eines Geräuscharchivs möglichst Geräusche der Nachwelt zu erhalten, die für bestimmte Epochen typisch waren. Moderne digitale Technik dürfte es möglich machen, ganze Straßenszenen wieder aufleben zu lassen, oder etwa auch die Geräuschkulisse rund um den Bahnhof mit den fauchenden und pfeifenden Dampflok, den rumpelnden Karren der Dienstmänner oder den brutal-lauten Dieselmotoren der Postbusse, von denen wir uns in Zeiten hermetischer Motorenverkapselung gar keinen Begriff mehr machen können.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist fasziniert von dem Gedanken, damit die Vergangenheit ein klein wenig zu konservieren. Künftige Generationen könnten dann unsere Epoche auch sinnlich begreifen, was wir etwa bei mittelalterlichen Städten nicht können, die wir für ihren architektonischen Reichtum bewundern, aber uns nicht klarmachen können, wie erbärmlich es dort gerochen hat und wie entsetzlich der Lärm von Mensch und Vieh war. Dabei ist es zunächst einmal egal, ob der sinnliche Eindruck angenehm oder abstoßend sein mag, solange er authentisch ist. Denn wie subjektiv ist doch alles, was wir mit unseren Sinnen aufnehmen können! Denken wir nur an die feinsinnige Unterscheidung, die Kurt Tucholsky einst getroffen hat und die ich dem Chef twitterte: „Der eigene Hund macht keinen Lärm – er bellt nur.“

the
fabriku

geworden ist, liege im Übrigen indirekt auch an dem relativ guten Arbeitsmarkt.

Gerade Zeitarbeitsfirmen sind derzeit daran interessiert, ungelehrte Jugendliche einzustellen. Denich: „Dadurch fällt ein recht großes Klientel weg, das früher bei uns beschäftigt war.“ Jene Jugendlichen, die sogar bei Zeitarbeitsfirmen abblitzen, weil sie die dort gestellten Bedingungen nicht erfüllen, haben oft besondere und besonders viele Probleme. Viele können sich zum Beispiel nur schwer motivieren.

Keine Chance für notorische Blaumacher

Was diese Jungs echt abtörnt, ist die Pflicht, jeden Morgen irgendwo pünktlich auf der Matte zu stehen. Doch das müssen sie auch bei aja. Zwar fliegt man nicht gleich raus, wenn man ein- oder zweimal verpennt hat, so Denich: „Wir drücken schon mal ein Auge zu.“ Doch von notorischen Blaumachern muss sich auch die aja verabschieden.

Bei einem Drittel der derzeit Beschäftigten handelt es sich um ausländische Jugendliche im Alter zwischen 16 und 25 Jahren. Dass aktuell ausschließlich junge Männer in der Schreinerei, der Umzugsabteilung oder als Gärtner bei der aja arbeiten, ist Zufall: „Noch vor einem Jahr hatten wir auch immer ein paar junge Frauen. Was der Gruppe gut tat.“ Etwa jeder vierte der durchschnittlich 20 Jugendlichen, die pro Jahr bei der aja tätig sind, schafft den Sprung in den Ausbildungsmarkt. „Unser Ziel ist es, 50 Prozent der Jugendlichen entweder in Ausbildung oder in Arbeit zu bringen“, sagt Denich. Letztes Jahr wurde dieses Ziel nur ganz knapp verfehlt.

Pat Christ



Weil sie nicht daheim herumhängen und sich langweilen wollten, bewarben sich Angelo Cawalla und Ricardo Trebs bei der aja in Grombühl. Foto: Pat Christ

Aufruf zur Bürgerbeteiligung

Zukunftsvisionen für die Region Bamberg gesucht

Region Bamberg. Die LAG Region Bamberg will auch in der Förderperiode 2014-2020 wieder Leader-Fördergelder in die Region Bamberg holen und ruft die Bürger auf, Ideen und Projektvorschläge zu melden.

Die Lokale Aktionsgruppe (LAG) Region Bamberg e.V. hat in der Förderperiode 2007-2013 dafür gesorgt, dass für 27 Projekte insgesamt 1,4 Mio. Euro Fördergelder aus dem EU-Programm Leader bereit gestellt werden. Damit auch in der neuen Förderperiode 2014-2020 wieder viele Projekte in der Region Bamberg mit Leader-Mitteln unterstützt werden können, sammelt die LAG Ideen und ruft die Bürger auf, sich an der Aktion zu beteiligen.

Abgerufen werden Fragen und Anregungen, wie z. B. „Wie wohl fühlen Sie sich im Landkreis Bamberg?“, „Welche Ideen haben Sie für die weitere Entwicklung?“, „In welchen räumlichen Gebieten oder Tätigkeitsfeldern sehen Sie noch Handlungsbedarf

(z.B. Familienfreundlichkeit, Kultur, Mobilität, Tourismus, Umweltschutz etc.)?“ „Haben Sie konkrete Projektvorschläge?“

Antworten auf diese Fragen können bis zum 15. März 2014 per Post, Fax oder Email an die LAG Region Bamberg e.V., Ludwigstr. 23, 96052 Bamberg, Fax 0951 / 85-8450, Email leader@lra-ba.bayern.de gesandt werden.

Ein Flugblatt zur Aktion sowie weitere Informationen zur LAG Region Bamberg e. V. und zu Fördermöglichkeiten durch Leader finden sich unter www.regionbamberg.de. Außerdem veranstaltet die LAG Region Bamberg am 31. März 2014 im Landratsamt Bamberg eine Konferenz „Zukunftsvision Region Bamberg“. □

Für ein gutes Miteinander der Generationen

Landkreis Passau legt seniorenpolitisches Gesamtkonzept vor

Die Prognose lässt aufhorchen: Bis 2031 wird mit einem steigenden Anteil älterer Menschen im Landkreis Passau um 50 Prozent gerechnet. Vor diesem Hintergrund hat der Landkreis ein Seniorenpolitisches Gesamtkonzept erarbeiten lassen, in dem es letztlich darum geht, alle Lebensbereiche von Seniorinnen und Senioren so zu gestalten, dass ein möglichst lange selbst bestimmtes und eigenverantwortliches Leben in der eigenen Häuslichkeit möglich ist. Dies bedeutet auch, zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit beizutragen und alle Rahmenbedingungen auf dieses Ziel hin zu gestalten, gerade auch auf gemeindlicher Ebene. Ende Dezember 2013 wurde das Konzept im Passauer Kreistag verabschiedet.

Landrat Franz Meyer zufolge stand für den drittgrößten Landkreis in Bayern mit einer ausgesprochen vielfältigen Sozial-, Siedlungs- und Wohnstruktur die Herausforderung im Mittelpunkt, das Thema aus besonders vielen Perspektiven und praxisnah zu beleuchten. Daher setzte der Landkreis auf eine breite Bürgerbeteiligung und den moderierten Dialog mit möglichst vielen direkt Betroffenen bzw. Experten. Umfragen, Workshops und die strukturierte Begleitung des Gesamtprozesses durch die Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern führten so zu einem Katalog, der die Maßnahmen und Empfehlungen im Sinne einer nachhaltigen Seniorenpolitik bündelt.

Wie die Bürgerbefragung gezeigt hat, gibt es schon heute einen vergleichsweise hohen Anteil alleinlebender älterer Menschen von gut 20 %. Immerhin fast jeder Achte der Befragten erklärte, dass er keine Kinder habe, auf die er im Bedarfsfall als potenzielle Unterstützung zurückgreifen könnte, abgesehen davon, dass mehr als ein

Viertel der Kinder der Befragten nicht im Landkreis Passau, sondern weiter entfernt wohnt. Jedoch äußerten auch fast 20 % der Befragten, dass sie nicht abhängig sein möchten bzw. keinerlei Unterstützung von Seiten ihrer Kinder erwarten könnten oder wollten – was ebenfalls ein vergleichsweise sehr hoher Wert ist.

Bei der Umsetzung des Gesamtkonzepts könnte es, so die Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung in Bayern, sinnvoll erscheinen, die Schwerpunkte zunächst insbesondere auf diejenigen Bereiche und Themenfelder zu legen, die u. a. auch bei den beiden Workshops und den Sitzungen des Begleitgremiums eine wichtige Rolle gespielt haben, sich aber auch in der groß angelegten Befragung der älteren Landkreisbewohner widerspiegelt haben.

Zu den wichtigen Themenfeldern zählen zunächst das Betreute Wohnen und Betreutes Wohnen zu Hause, Nachbarschaftshilfen, ambulant betreute Wohngemeinschaften, gemeinschaftliche Wohnprojekte, barrierefreie bzw. -arme

Zugänge und Wohnungen im Zuge des Neubaus und von Renovierungen sowie generell das Thema neue Wohnformen und die Ausbildung und Schulung von Wohnberatern. Bislang gibt es im Landratsamt keine Fachstelle für Wohnungsanpassung und -beratung. Die Wohneigentumsquote ist aber mit über 60 % sehr hoch – nur weniger als jeder Fünfte wohnt zur Miete. Gut 20 % haben bereits heute Probleme in ihrer Wohnung und ein weiteres Siebtel befürchtet dies für die Zukunft. Es gibt im Landkreis bislang kein Angebot für Betreutes Wohnen zu Hause, nur zwei ambulant betreute Wohngemeinschaften.

Vernetzung forcieren

Hinzu kommt der generelle Ausbau von Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige, Beratung und Information etc. Vieles ist einfach noch zu wenig bekannt. Nichtsdestotrotz existiert eine große Bereitschaft, häusliche Pflege familiär zu organisieren. Die Vernetzungsstrukturen zwischen den Akteuren im Landkreis sind schon relativ gut, aber teilweise herrscht auch noch Nichtwissen über die vorhandenen Angebote. Eine vielfach geforderte zentrale Koordinierungs- bzw. Informationsstelle im Landratsamt als erste Anlaufstelle könnte hier gute Dienste leisten.

Seniorenbeauftragte (bislang nur in 15 Gemeinden vorhanden) sollte es als Mithil und Bindeglied künftig in jeder Gemeinde geben, so die Anregung. Austauschtreffen in regelmäßigen Abständen, eine – auch politische – Aufwertung dieser Funktion und eine bessere Bekanntmachung dieser Personen und ihrer Tätigkeit wurden häufig genannt. Vernetzung ist künftig auch hier angesagt.

Ein weiterer zentraler Bereich für die Befragten ist das Ehrenamt. Der Anteil der ehrenamtlich Engagierten ist im Landkreis mit 22 %

bislang nicht besonders hoch; weitere 17 % könnten sich dies durchaus vorstellen, haben aber noch nicht das Passende gefunden. Ehrenamtskoordination und -förderung sollte somit stärker als bisher aktiv gestaltet werden, auch auf Landkreisebene. Dazu könnte auch die Schaffung einer Ehrenamtsbörse beitragen. Die im Landkreis bereits eingeführte Bayerische Ehrenamtskarte und die Koordinationsstelle im Landratsamt können hier ebenfalls verstärkend wirken.

Gleiches gilt für die seit Herbst 2009 bestehende Möglichkeit der Ausstellung des „Ehrenamtsnachweises Bayern“ durch soziale Einrichtungen. Generell gibt es schon viele Möglichkeiten des Engagements auf Gemeindeebene und auch die Anerkennungskultur ist prinzipiell bereits gut, jedoch fehlt bislang ein „Kümmerer“.

Mobilität von morgen

Das Thema Mobilität steht – wie in den meisten Landkreisen – auf der Agenda der künftig und weiterhin zu thematisierenden Bereiche. Immerhin errichten über 75 % der Landkreisgemeinden ihre Anbindung an das ÖPNV-Netz als nicht ausreichend. Zudem ist die Taktung primär auf die Berufstätigen und die Schüler ausgerichtet. Verwiesen wird in diesem Kontext allerdings auf die bereits in Angriff genommene Initiative „Mobilität von morgen“.

Mangel an Pflegepersonal

In Anbetracht der Zunahme der Empfänger von Pflege- und Betreuungsdiensten und dem bereits aktuellen und deutlichen Mangel an Pflegepersonal im stationären und ambulanten Bereich im Landkreis Passau wird auf die Notwendigkeit der Rekrutierung und Ausbildung von Altenpflegepersonal und Betreuungspersonal hingewiesen, wo bereits heute große Probleme gesehen werden. Dies gilt insbesondere für Pflegefachkräfte und solchen mit gerontopsychiatrischer Zusatzqualifikation. Generell geht es darum, Pflege besser zu entlohnen und wertzuschätzen, Pflegeberufe besser anzuerkennen und Bürokratie

Wirtschaftsforum Passau geht Fachkräftemangel an

Bertelsmann Stiftung unterstützt Projekt für 12 Monate

Das Wirtschaftsforum der Region Passau e.V. möchte dem zunehmenden Fachkräftemangel begegnen. Die Initiatoren des Projekts wollen durch gezielte Maßnahmen Fachkräfte in die Region holen, Willkommens- und Integrationsstrukturen für deutsche sowie ausländische Fachkräfte etablieren und bereits vorhandene Potentiale der Region weiter stärken.

Unter dem Motto „Gemeinsam gegen den Fachkräftemangel in der Region“ werden die Mitglieder des Forums zusammen mit engagierten Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Vertretern aus Institutionen aus der Region ein Jahr lang intensiv in moderierten Arbeitsgruppen auf dieses Ziel hinarbeiten. Unter der Begleitung der Bertelsmann Stiftung sowie der Managementberatung :response sollen bestehende Ansätze vertieft und neue Lösungen gegen den Fachkräftemangel in unserer Region entwickelt und umgesetzt werden.

Kräfte bündeln, Strukturen nutzen

Hierbei ist es den Initiatoren des Projekts besonders wichtig, Kräfte zu bündeln, Synergien zu entdecken und schon vorhandene Strukturen zu nutzen, um dieser Herausforderung möglichst effizient begegnen zu können. Einige engagierte Unternehmen und Institutionen konnten bereits für eine Beteiligung am Fachkräfteprojekt gewonnen werden. von Bildung, Fachkräftemangel, Integration, Umwelt- und Klimaschutz bis hin zur Verantwortung in der Lieferkette. Wesentlich ist, dass sowohl die Region als auch die Unternehmer dauerhaft von diesen Vorhaben profitieren.

auch bei den ambulanten Diensten abzubauen.

Im Landkreis existieren zwei ambulant tätige Hospizvereine, die beide auch im Hospiz- und Palliativnetz Niederbayern e.V. engagiert sind. Jedoch besteht kein stationäres Hospiz, kein SAPV-Team für den Landkreis und es gibt bislang keinen Hausarzt mit palliativmedizinischer Spezialisierung. Die räumlich gesehen nächste nutzbare Palliativstation mit insgesamt zehn Betten befindet sich im Klinikum der Stadt Passau. Allerdings gibt es in allen drei Kreiskrankenhäusern jeweils einen Palliativmedizinischen Dienst. Häufig beklagt wurde auch ein Fachärztemangel, vor allem in den beiden Versorgungsregionen Nord und Süd.

Da das Seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis Passau vom Prinzip her ein „lernendes Konzept“ ist, rät die Arbeitsgemeinschaft Sozialplanung

in Bayern, bereits jetzt an ein die Umsetzungen begleitendes Monitoring zu denken. Auch die Ausarbeitung eines Evaluationskonzepts wird als sinnvoll und notwendig erachtet.

In diesem Kontext sei auch die Einrichtung einer festen und plural besetzten Arbeitsgruppe, die sich ca. ein- bis zweimal im Jahr trifft und sich auch mit diesen Themen und Ergebnissen der Umsetzung beschäftigt, in Erwägung zu ziehen. Die Arbeitsgruppe könnte zum Beispiel aus den Mitgliedern bzw. Teilen des bisherigen Begleitgremiums bestehen; Organisation und Federführung wären sinnvollerweise beim Landkreis angesiedelt. Weitere Inhalte ihrer Arbeit wären z. B. die Diskussion aktueller, auch gesetzlicher Entwicklungen sowie Veränderungen im Bereich der Seniorenarbeit und Seniorenpolitik wie auch ihre Implikationen für den Landkreis.

DK

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4, die am 13. Februar 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunikationstechnologie
- Umweltschutz · Luftreinhaltung · Lärmschutz
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Ihr Ansprechpartnerinnen für Anzeigen:

Constanze von Hassel
Telefon (081 71) 9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energiepartner
Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/890 668-900 • www.green-city-energy.de/keb
peter.keller@green-city-energy.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
053 26 / 502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.
Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111
www.stadtmobel.de

7. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

26. Juni 2014